



23. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall vom 18. bis 24. Oktober 2015



Gute Arbeit.
Gutes Leben.
IG Metall.

Protokoll Erster Tag
19. Oktober 2015

Montag, 19. Oktober 2015

1. Tag

Beginn: 9.00 Uhr

Jörg Hofmann, Zweiter Vorsitzender

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! - Jetzt müssen wir noch warten, bis die letzten Platz genommen haben. - Ich möchte Euch recht herzlich begrüßen - genauso die Gäste dieses Gewerkschaftstages - zum heutigen ersten Arbeitstag unseres 23. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall.

Detlef hat Euch gestern schon begrüßt und in einer Feier, die wir offiziell und feierlich miteinander erleben konnten, den 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag eröffnet.

Zu Beginn des Gewerkschaftstages haben wir einige Formalien miteinander zu erledigen. Das ist die Konstituierung, vor allem die Einsetzung der Gremien, die uns in den nächsten Tagen durch diesen Gewerkschaftstag steuern werden.

Ich rufe daher den Punkt 2 der Tagesordnung auf: Konstituierung des Gewerkschaftstages.

Ihr habt, Kolleginnen und Kollegen, in Euren Unterlagen die Vorschläge der Bezirke. Wie es unsere Satzung nach § 20 Ziffer 8 vorsieht, sind vor unserem Gewerkschaftstag in jedem Bezirk jeweils ein Mitglied der Mandatsprüfungs-, der Satzungsberatungs- und der Antragsberatungskommission in den Delegiertenvorbesprechungen gewählt worden.

Die Namen aller Kommissionsmitglieder sind in Euren Teilnehmerunterlagen ausgedruckt. Ihr findet sie dort unter dem Punkt 2 „Konstituierung“.

Ich will Euch auf eine Änderung aufmerksam machen: Der Kollege Bernd Kost, für NRW vorgeschlagenes Mitglied der Mandatsprüfungskommission, ist leider erkrankt und kann nicht teilnehmen. Wir danken ihm an dieser Stelle auch für die bisher geleistete Arbeit und wünschen dem Kollegen Kost von hier aus alles Gute.

Kolleginnen und Kollegen, die Delegierten des Bezirks haben gestern in einer Delegiertenvorbesprechung den Kollegen Peter Brauer aus der Verwaltungsstelle Bochum-Herne als neues Mitglied gewählt, sodass die Mandatsprüfungskommission wieder komplett ist. Ich würde die Stenografen bitten, die Liste der Kommissionsmitglieder in das Protokoll aufzunehmen, ohne dass ich jetzt alle Namen vorlese.

Satzungsberatungskommission:

Bezirk Nordrhein-Westfalen	Clarissa Bader
Bezirk Mitte	Michael Ebenau
Bezirk Küste	Kai Trulsson
Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt	Thorsten Gröger
Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen	Willi Eisele
Bezirk Bayern	Jürgen Scholz
Bezirk Baden-Württemberg	Martin Röhl

Antragsberatungskommission:

Bezirk Nordrhein-Westfalen	Witich Roßmann
Bezirk Mitte	Uwe Schütz
Bezirk Küste	Michael Hehemann
Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt	Eva Stassek
Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen	Klaus Abel
Bezirk Bayern	Andreas Weidemann
Bezirk Baden-Württemberg	Claudia Peter

Mandatsprüfungskommission:

Bezirk Nordrhein-Westfalen	Peter Brauer
Bezirk Mitte	Stephan Ahr
Bezirk Küste	Melanie Specken
Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt	Hannelore Laudan
Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen	Elke Merkel
Bezirk Bayern	Jürgen Schenk
Bezirk Baden-Württemberg	Andrea Reith

Kolleginnen und Kollegen, damit wir auf diesem Gewerkschaftstag Entscheidungen treffen können, müssen die Mandate der Delegierten anerkannt und es muss die Beschlussfähigkeit festgestellt werden. Dazu erteile ich jetzt dem Sprecher der Mandatsprüfungskommission Jürgen Schenk das Wort.

Jürgen Schenk, Sprecher der Mandatsprüfungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich an dieser Stelle kurz vorstellen: Mein Name ist Schenk, Jürgen; ich bin stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und Vertrauenskörperleiter bei der Firma Schaeffler in Schweinfurt, Bezirk Bayern.

An diesem Gewerkschaftstag bin ich als Sprecher der Mandatsprüfungskommission gewählt. Im Auftrag der Mandatsprüfungskommission gebe ich Euch den Bericht

über unsere Prüfung der Delegiertenmandate zum 23. Gewerkschaftstag in Frankfurt. Das bedeutet, Ihr werdet nachfolgend viele Formulierungen und Zahlen hören. Das ist aber unter anderem die Voraussetzung dafür, dass wir legitimierte Beschlüsse fassen und korrekte Wahlen durchführen können.

Zuerst aber noch eine Aufforderung an alle Delegierte: Wir bitten Euch - soweit dies noch nicht geschehen ist -, die Anwesenheitsbestätigungen umgehend im Tagungsbüro abzugeben, damit wir in der Lage sind, endgültige Anwesenheiten feststellen zu können.

Nun komme ich zum Bericht der Mandatsprüfungskommission. Entsprechend § 20 Ziffer 7 der Satzung der IG Metall hat der Vorstand zu prüfen, ob alle Delegierten nach den Bestimmungen der Wahlordnung gewählt wurden. Nur wer entsprechend gewählt ist, erhält ein Mandat für den Gewerkschaftstag.

Um dies sicherzustellen, wurden für den Gewerkschaftstag in den Delegiertenvorbesprechungen je Bezirk eine Kollegin oder ein Kollege für die Mandatsprüfungskommission gewählt. Ihre Aufgaben sind im § 20 der Satzung festgelegt.

Dort ist geregelt, dass nur solche Mitglieder wählbar sind, die am Tag der Wahl eine mindestens 36-monatige ununterbrochene Gewerkschaftszugehörigkeit und satzungsgemäße Beitragsleistungen während dieser Zeit haben.

In besonderen Fällen können Jugendliche bis zur Vollendung der 27. Lebensjahr mit einer mindestens zwölfmonatigen ununterbrochenen gewerkschaftlichen Mitgliedschaft und satzungsgemäßer Beitragsleistung während dieser Zeit als Delegierte gewählt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahlen der Delegierten für den Gewerkschaftstag erfolgten in den Wahlbezirken. Die Anzahl der Mandate einer Verwaltungsstelle errechnet sich aus der Mitgliederzahl der letzten vier Quartale vor der Ausschreibung des Gewerkschaftstages. Die Ausschreibung erfolgte im Januar 2015; also waren die Mitgliederzahlen von 2014 maßgeblich.

Alle Verwaltungsstellen haben Delegiertenmandate erhalten. In 155 Verwaltungsstellen waren insgesamt 485 Delegierte zu wählen. Die Prüfung der Ergebnisse der Delegiertenwahlen ergab: In allen Verwaltungsstellen wurden die Delegierten nach den Bestimmungen der Wahlordnung gewählt; in den Wahlversammlungen hat es keine Einsprüche gegeben.

Die Mandatsprüfungskommission stellt also fest: Alle 485 Mandate können anerkannt werden.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission enthält immer auch einen statistischen Teil. Wie gesagt, es wurden 485 Delegierte gewählt. Das sind vier Mandate mehr als am Gewerkschaftstag 2011. Dies ist auf die gute Mitgliederentwicklung zurückzuführen.

Der Anteil der Frauen an den Mitgliedern lag im Durchschnitt des Jahres 2014 wie auch 2010 bei 17,7 Prozent. Von den Delegierten des Gewerkschaftstages müssen daher nach § 13 der IG Metall-Satzung mindestens 86 weiblich sein.

Bei den Delegiertenwahlen 2015 sind 138 Frauen als Delegierte gewählt worden. Das sind sieben Kolleginnen mehr als 2011 und damit sind 28,2 Prozent der Delegierten weiblich. Ebenso wie auf dem Gewerkschaftstag 2011 ist damit der Anteil der weiblichen Delegierten höher als der Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft.

Beim Gewerkschaftstag 2011 in Karlsruhe hatten 18 der gewählten Delegierten einen Migrationshintergrund. Zu unserem Gewerkschaftstag 2015 in Frankfurt wurden 24 Kollegen mit Migrationshintergrund gewählt. Das entspricht knapp 5 Prozent der Delegierten.

Auch bei den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Delegierten hat sich die Zahl geändert. Waren in 2011 noch 400 der gewählten Delegierten ehrenamtlich tätig, so ist die Zahl um 19 Kolleginnen und Kollegen auf 419 Delegierte gestiegen, die eine ehrenamtliche Funktion in der IG Metall ausüben.

Umgekehrt ist die Anzahl der hauptamtlichen Delegierten von 81 im Jahr 2011 auf 66 hauptamtlich Beschäftigte zurückgegangen. Dies entspricht einem Anteil von 13,6 Prozent gegenüber 16,8 Prozent in 2011.

Von den gewählten Delegierten sind vier Auszubildende, vier Studierende, zwei Arbeitslose und vier Rentnerinnen und Rentner.

Der Durchschnittsbeitrag der Delegierten liegt bei 51,69 Euro. Gegenüber 2011 ist dies eine Steigerung von 5,68 Euro oder 12,25 Prozent.

Das Durchschnittsalter der Delegierten beträgt 48 Jahre und hat sich gegenüber dem Gewerkschaftstag 2011 nicht verändert. Wesentliches hat sich bei den Delegierten getan bei denen, die jünger als 27 Jahre, sind. Waren 2011 noch 28 Delegierte jünger als 27, ist die Zahl um 18 auf 46 Delegierte angewachsen. (Beifall) Die jüngste Delegierte ist 20 Jahre alt, der älteste Delegierte 75.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Fazit meines Berichts lautet: Die Delegierten des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Metall erfüllen alle Voraussetzungen der Satzung. Die Wahlen wurden ordnungsgemäß vollzogen. Es können somit maximal 485 Delegierte hier in Frankfurt anwesend sein. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind 463 Delegierte anwesend. Das ist mehr als die Hälfte aller gewählten Delegierten. Damit ist der Gewerkschaftstag beschlussfähig. - Danke schön. (Beifall)

Jörg Hofmann, Zweiter Vorsitzender

Vielen Dank für Deinen Bericht, Jürgen. Ich frage: Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann stelle ich fest, dass der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag beschlussfähig ist.

Wir können jetzt über die Anerkennung der Delegiertenmandate abstimmen. Wer für die Anerkennung der Delegiertenmandate stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit sind die Delegiertenmandate anerkannt. Ich stelle für das Protokoll fest, dass Ihr die Delegiertenmandate anerkannt habt. Wir sehen, dass die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission schon gut gearbeitet haben.

Wir brauchen aber auch eine Wahlkommission auf diesem Gewerkschaftstag. Ich schlage Euch vor, dass wir die Mandatsprüfungskommission gleichzeitig als Wahlkommission einsetzen können. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit kann ich feststellen, dass die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission von Euch auch als Wahlkommission akzeptiert sind.

Damit komme ich schon zu meinem letzten Punkt: Der Gewerkschaftstag wird von einem Präsidium geleitet. Die Präsidiumsmitglieder werden nach Paragraph 20 Ziffer 13 der Satzung von den Delegierten des Gewerkschaftstags, also von Euch, gewählt. Da auch diese Aufgabe eine erhebliche Vorbereitung erfordert, sind in den Bezirken Vorschläge - wieder für jeden Bezirk eine Kollegin beziehungsweise ein Kollege - gemacht worden.

Ich darf Euch die Namen in alphabetischer Reihenfolge vortragen:

Daniela Cavallo, Verwaltungsstelle Wolfsburg
Birgit von Garrel, Verwaltungsstelle Landshut
Mirko Geiger, Verwaltungsstelle Heidelberg
Bettina Haller, Verwaltungsstelle Berlin
Ulrike Jakob, Verwaltungsstelle Nordhessen

Ina Morgenroth, Verwaltungsstelle Region Hamburg
Karola Pieschnik, Verwaltungsstelle Herford

Ihr seht also eine geballte Frauenpower auf dem Präsidium.

Ich frage Euch: gibt es hierzu weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Vorschlag per Akklamation abstimmen. Wer diesen Vorschlägen zum Präsidium zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist auch das Präsidium einstimmig von Euch so bestätigt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun haben wir schon einen großen Teil der Konstituierung geschafft. Ihr habt ein Präsidium gewählt. Damit ist mein Job hier beendet. Das Präsidium wird jetzt die Leitung des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstages übernehmen. Ich bitte deshalb die Kolleginnen und Kollegen, hier vorn Platz zu nehmen. Euch und uns allen wünsche ich einen guten Verlauf des Gewerkschaftstags. - Vielen Dank.

Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Euch einen schönen guten Morgen. Ich hoffe, Ihr seid alle gut drauf und hattet eine angenehme erste Nacht hier in Frankfurt. Ich begrüße Euch ganz herzlich hier in Frankfurt zum 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag und bedanke mich natürlich im Namen des gesamten Präsidiums für unsere Wahl und das Vertrauen, das Ihr uns entgegengebracht habt und - wie ich hoffe - auch über die ganze Woche entgegenbringt. (Beifall) - Ihr könnt gern klatschen.

Ich bin auch sicher, weil Ihr vielleicht überrascht seid, diese Zusammensetzung hier im Präsidium ist kein Versehen und zeigt eigentlich, dass sich die Bezirke im Vorfeld gründlich Gedanken über ihre Vorschläge gemacht haben. „Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten“. Diese Losung der IG Metall ist hier voll durchgeschlagen und angekommen. Wahlen haben wir ja auch noch. Wir fühlen uns als Frauen in der Organisation sehr geehrt und sind davon überzeugt, dass dieses Bild nach innen wie nach außen auch gut wirkt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und Mirko neben mir - ich kann es Euch versichern -, er fühlt sich total wohl bei uns, und er wird jetzt auch nichts anderes behaupten. (Heiterkeit - Beifall)

Jetzt kurz zu mir persönlich. Ich bin Ulrike Jakob. Ich komme aus der Verwaltungsstelle Nordhessen, bin 22 Jahre Betriebsratsmitglied bei Volkswagen in Kassel und bin stellvertretende Betriebsratsvorsitzende dort.

Wir freuen uns natürlich auf eine gute Zusammenarbeit mit Euch in einer sicherlich sehr arbeitsreichen Woche, die wir hier miteinander haben werden. Wir versichern Euch, wir geben alles. Und wenn Ihr das genauso haltet, dann wird das sicherlich ein sensationell guter Gewerkschaftstag werden, Kolleginnen und Kollegen. Wir finden, dass die gestrige Eröffnungsfeier wirklich ein schöner und auch sehr gelungener Auftakt für unseren Gewerkschaftstag war. Ich hoffe, das habt Ihr genauso empfunden. Das, was bei uns angekommen ist als Kritik im Hinblick auf das Catering, haben wir natürlich aufgenommen. Wir werden uns darum kümmern. Ich sage einmal: Versuch macht klug. (Beifall) - Ja. Ich denke, wir werden daraus unsere Schlüsse ziehen. Das ist - ich will Euch das einfach sagen - angekommen.

Jetzt ist heute also unser erster richtiger Arbeitstag, und ich will zu Beginn, weil es guter Brauch ist und auch die Stimmung sicherlich fördert, damit beginnen, unseren Geburtstagskindern zu gratulieren. Gestern bereits, an unserem Eröffnungstag, hatte unser Kollege Antonio Fernandez von der Verwaltungsstelle Hagen Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch nachträglich von uns allen! (Beifall) Antonio, wir haben ein kleines Geschenk für Dich. Jetzt wäre es schön, wenn Du kurz aufstehen würdest, damit wir Dir das auch überreichen können. - Da steht er. Jetzt muss nur noch das Geschenk dahin. - Ist schon da. Super. Sehr schön. Einen schönen Tag Dir heute auch nach dem Geburtstag. (Vereinzelt Beifall)

Heute feiern ihren Geburtstag die Kollegen Ralf Beckert aus der Verwaltungsstelle Bad Kreuznach und Jan Engelhardt aus der Vorstandsverwaltung. Euch allen ebenfalls die herzlichsten Glückwünsche. Bitte steht ebenfalls kurz auf, damit wir wissen, wohin wir die Geschenke bringen dürfen, damit sie auch bei Euch ankommen. (Beifall) Wer nicht aufsteht, kriegt kein Geschenk. Nein, Spaß, es klappt alles. (Beifall)

Ich glaube, ich kann jetzt einfach weitermachen. Bevor es jetzt Hinweise und viele weitere Informationen rund um unseren Kongress gibt, Kolleginnen und Kollegen, möchte ich zuerst den Tagesordnungspunkt Konstituierung mit weiteren notwendigen Formalien und Abstimmungen fortführen.

Dazu gehört, dass wir über unsere Tagesordnung abstimmen. Die 13 Tagesordnungspunkte hat der Vorstand der IG Metall bereits am 12. Januar 2015 beschlossen und auch veröffentlicht.

Diese Tagesordnung wurde Euch mit den weiteren persönlichen Teilnehmerunterlagen ebenfalls rechtzeitig zugesandt. Als Delegierte zum Gewerkschaftstag beschließt Ihr die Tagesordnung. Ich frage Euch: Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist, glaube ich, nicht der Fall. Dann würde ich gern über die Euch vorliegende Tagesordnung abstimmen lassen. Das machen wir wie eben auch per Akklamation durch Handzeichen. Wer ist für die vorgeschlagene Tagesordnung? -

Danke schön. Gibt es Enthaltungen? - Gibt es ansonsten Einwände? - Nein. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen. - Vielen Dank.

Die Regeln für unseren Gewerkschaftstag bestimmen wir in der Geschäftsordnung. Die vom Vorstand der IG Metall vorgeschlagene Geschäftsordnung liegt Euch ebenfalls vor. Ich stelle sie hiermit zur Diskussion. Gibt es zur vorgeschlagenen Geschäftsordnung Wortmeldungen von Euch? - Ich sehe keine. Dann würden wir auch hier zur Abstimmung kommen. Wer für die vorgeschlagene Geschäftsordnung ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt keine. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist diese Geschäftsordnung von Euch so akzeptiert worden, Kolleginnen und Kollegen.

Nach den Beschlussfassungen über die Tagesordnung und die Geschäftsordnung kommen wir nun zur Aufwandsentschädigung. Gemäß Paragraf 20 Ziffer 9 unserer Satzung fasst der Gewerkschaftstag einen Beschluss über die Aufwandsentschädigung. Der Vorstand schlägt Euch einen Tagessatz von 24 Euro vor. Ich frage Euch auch hier: Gibt es zu diesem Vorschlag Wortmeldungen von Euch? - Ich sehe, das ist auch nicht der Fall. Dann würde ich hier ebenfalls abstimmen lassen. Wer diesem Vorschlag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir den Tagessatz für unsere ehrenamtlichen Delegierten und Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Satzung beschlossen.

Ich will dazu noch ein paar Worte verlieren, Kolleginnen und Kollegen. In guter Tradition soll auch auf diesem Gewerkschaftstag für die Arbeit von Amnesty International geworben und auch gespendet werden. Deswegen macht Euch der Vorstand gleichzeitig den Vorschlag, einen Tagessatz von 24 Euro bei der Spesenabrechnung an Amnesty International zu spenden. Die Spende ist selbstverständlich freiwillig. Der Vorstand würde den erreichten Spendenbetrag aufstocken. Die Übergabe des Schecks an Amnesty International wird auf jeden Fall noch diese Woche, wahrscheinlich am Donnerstag, erfolgen. Über all dies müssen wir hier nicht formal abstimmen, Kolleginnen und Kollegen. Es ist eine Information. Es wäre schön, wenn Ihr von dieser Spendenmöglichkeit entsprechend Gebrauch machtet.

Ich danke Euch schon jetzt für diese ersten Übungen zum Abstimmungsverfahren. Das ging zügig und prima.

Ich komme damit zur Arbeitsweise auf dem Kongress. Im Präsidium haben wir uns die Arbeit aufgeteilt. Daher werdet Ihr hier am Mikrofon eine wechselnde Besetzung vorfinden. Ab und an werden auch Einzelne von uns auf andere Plätze hier ins Plenum zu Euch kommen, damit wir ein Gefühl für den Kongress aus Eurem Blickwinkel erhalten. Ihr habt ja die Dimension dieser riesigen Halle erfasst. Sie führt

dazu, dass wir schön Platz haben, aber wir sind nicht sehr dicht beieinander. Das ist schon eine kleine Herausforderung.

Jetzt habe ich noch einige Hinweise und auch Bitten, die unsere weitere Zusammenarbeit in dieser Woche betreffen.

Die erste Bitte geht an die Raucherinnen und Raucher. Es wird Euch sicherlich nicht überraschen, dass ein Rauchverbot während des gesamten Gewerkschaftstages und auch während der Veranstaltungen gilt. Allerdings ändert ein solches Verbot nicht automatisch etwas am Suchtverhalten. Das ist nicht böse gemeint. Es gibt deshalb auch zwei Raucherbereiche, und zwar einmal draußen auf der Terrasse, die sehr groß ist, und direkt am Eingang zum Portalhaus. Wir versprechen Euch - ich denke, das halten wir -, dass wir die Pausen entsprechend einhalten.

Alle Delegierten und Teilnehmer nach Satzung haben ein Arbeitsmittel für diesen Gewerkschaftstag erhalten, nämlich ein Tablet. Wer keines erhalten hat, geht bitte in der Pause in die Tabletwerkstatt im Ausstellungsraum. Ihr könnt Euch dort Euer Tablet abholen.

Für die Nutzung dieses Tablets wurde eigens ein Google-Account angelegt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Eure privaten Daten wurden nicht weitergegeben. Diesen Account werden wir vier Wochen nach dem Kongress löschen. Das müsst Ihr wissen. Wir haben heute Morgen gehört, dass dazu schon nachgefragt wurde. Ihr wurdet darauf auch bereits bei der Tabletausgabe hingewiesen. Alles, was Ihr vielleicht an Stichworten mitschreiben möchtet, ist in vier Wochen nicht mehr da. Ihr müsst also zu Hause schnell informieren oder Euch überlegen, was Ihr mit diesen Informationen vorher möglicherweise machen könnt.

Auf dem Tablet befindet sich die Konferenz-App, die Euch mit allen Informationen rund um den Gewerkschaftstag versorgt. Mit dieser App ist auch das Bestreiten der Antragsberatung möglich. Zusätzlich werden wir dort alle Ergänzungs- und Initiativanträge einstellen.

Solltet Ihr im Kongressverlauf Probleme oder Fragen zu den Tablets oder zu dieser App haben, findet Ihr im Ausstellerbereich die Tabletwerkstatt. Dort findet Ihr kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Sie helfen Euch gern weiter.

Darüber hinaus möchten wir Euch ebenfalls anbieten, eine halbe Stunde vor Ablauf der Mittagspause einen zehnminütigen Informationsservice rund um das Tablet und um die Konferenz-App als neues Arbeitsmittel zu erhalten. Ich sage an alle, die kurz und schnell und professionell über alles, was das Tablet und die App bieten,

informiert werden möchten: Plant diese Information bitte ein. Wir sagen nachher noch einmal, wann es so weit ist.

Der Ort wird die sogenannte Via-Ebene sein. Das ist dort, wo wir gestern den Hesseschen Abend miteinander verbracht haben.

Für alle Teilnehmer des Kongresses, die kein Tablet bekommen haben, weil sie keine Delegierten oder keine Delegierten nach Satzung sind, sage ich: Es gibt die Kongress-App auch zum Download auf das private Tablet oder das Smartphone. Die App ist sowohl für Apple- als auch für Android-Geräte verfügbar. So können auch alle Gäste und Zuhörer mit aktuellen Informationen und Meldungen rund um den Kongress versorgt werden.

An den Plätzen findet Ihr Steckdosen, um Eure Tablets zu laden. Die Konferenz-App ist nur mit Internetverbindung arbeitsfähig. Deshalb wurde das bei der WLAN-Einrichtung hier bei der Messe bereits auf den Tablets eingerichtet. Das heißt, Eure Tablets wählen sich automatisch in das WLAN ein. (Zurufe)- Das ist nicht der Fall? Na toll, dann haben wir jetzt die erste Übung zum Umgang mit Unvorhergesehenem. Wir lassen das jetzt einfach einmal so stehen und schauen, wie wir diese Information korrigieren. Dann bekommt Ihr sie. Das ist überhaupt kein Problem. Ist in Ordnung; wenn Ihr meckert, dann wissen wir, dass die Dinge anders sind, als wir sie hier sagen.

Wir haben die Bitte, dass mobile Hotspots auf Euren Handys ausgeschaltet werden, denn sie können das WLAN-Signal hier stören. Wer eine solche Einrichtung hat, bitte ausstellen.

Im Moment ist das WLAN-Netz komplett weg. Insofern kann es auch nicht gestört werden. Das ist ein bisschen erheiternd, gleich zu Beginn. Mal gucken, was sonst noch passiert. Wir dachten es uns schon, dass uns die modernen Arbeitsmittel ein bisschen in Schweiß bringen. Das ist nun einmal so, Kolleginnen und Kollegen. Wir üben das einfach.

Ich bitte Euch noch ein bisschen um Aufmerksamkeit, auch wenn Euch das jetzt alles umtreibt. An dieser Stelle der Hinweis, dass es sich bei den Tablets natürlich um Arbeitsmittel handelt. Deshalb bitten wir Euch, in den Pausen zu surfen, damit der Kongress ungestört verlaufen kann. Wir bitten Euch natürlich, Handys und Tablets im Saal auf lautlos zu stellen.

Es ist logisch, wenn man konzentriert zuhören möchte, dann stört es sehr, wenn nebenan jemand telefoniert, ein Handy klingelt oder die Tastentöne des Tablets an sind. Das kennt Ihr sicherlich aus Eurem Arbeitsalltag. Ihr wisst, schlechtestenfalls

gibt das Ärger, und den wollen wir hier doch vermeiden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es gibt hier vorne in der ersten Reihe ein paar wenige Kolleginnen und Kollegen, die uns zuarbeiten und dafür technische Unterstützung benötigen. Das heißt im Klartext, die dürfen im Grunde alles das, was Ihr nicht dürft; aber das hat dann seine Richtigkeit.

Ich will dann gleich noch etwas zu den Anträgen sagen. Es können ab sofort Initiativ- und Ergänzungsanträge abgegeben werden. Es gibt eine Ausnahme: In der Mittagspause werden wir keine Initiativ- oder Ergänzungsanträge annehmen. Beide benötigen zur Einreichung die Unterstützung von mindestens einem Zehntel der stimmberechtigten Delegierten. Das sind ziemlich genau 49 Unterschriften.

Bei Initiativanträgen ist zu berücksichtigen, dass die Ursache für den Initiativantrag nach Ablauf der Antragsfrist - das ist der 1. Mai dieses Jahres - entstanden sein muss. Ergänzungsanträge können nur zu den Entschlüssen und Leitanträgen gestellt werden, da diese erst nach Antragsschluss durch den Vorstand beschlossen wurden. Die Ergänzungsanträge werden vor der jeweiligen Entschlüsselung beziehungsweise dem Leitantrag aufgerufen und abgestimmt und würden dann bei Annahme die Entschlüsse beziehungsweise den Leitantrag verändern. - Das sind die großen Informationen vorab, die wir an den entsprechenden Stellen, wenn wir im Verlauf des Kongresses so weit sind, wiederholen werden, damit sich das einfach einprägen kann.

Wir möchten Euch vorschlagen, dass die Ergänzungs- und Initiativanträge bis heute um 17 Uhr abgegeben werden können. Also Antragsschluss für Ergänzungs- und Initiativanträge ist heute um 17 Uhr. Findet das Eure Zustimmung, oder gibt es Widerspruch? - Ich werte die Stille als Zustimmung, wenn Ihr einverstanden seid. Damit ist der Antragsschluss für diese Anträge auf heute 17 Uhr festgelegt.

Dann möchte ich noch einige weitere Hinweise zu den Ergänzungsanträgen und Initiativanträgen geben. Beim Präsidium liegen Unterschriftenlisten für Initiativ- und Ergänzungsanträge bereit. Liegen bereit? - Liegen bestimmt bereit.

Die bereits gefertigten Initiativ- und Ergänzungsanträge können natürlich auch so, die ausreichende Anzahl von Unterschriften vorausgesetzt, hier bei uns, beim Präsidium eingereicht werden. Bitte gebt die so schnell wie möglich bei uns ab, da sie noch den Entschlüssen und Leitanträgen zugeordnet und von den Kommissionen beraten werden müssen. Die Abgabe erfolgt bitte bei uns hier oben, nämlich von Euch aus gesehen links, von mir aus gesehen rechts.

Zur Prüfung der Unterschriften gebt bitte unbedingt Eure Delegiertennummern mit an. Wenn möglich gebt bitte zusätzlich auch eine elektronische Fassung, zum Beispiel auf einem USB-Stick, mit ab. Wir haben auch Sticks hier im Präsidium vorrätig.

Jetzt noch eine weitere Information zum Thema Wortmeldungen. Nach unserer vorhin beschlossenen Geschäftsordnung können nur zu bereits aufgerufenen Tagesordnungspunkten Wortmeldungen abgegeben werden. Das bedeutet beispielsweise, dass die Wortmeldungen zur Aussprache zum Geschäftsbericht auch erst dann hier bei uns abgegeben werden können, wenn wir den entsprechenden Tagesordnungspunkt 6 aufgerufen haben.

An dieser Stelle ein weiterer Punkt aus unserer Geschäftsordnung. Es geht um sogenannte Geschäftsordnungsanträge. Dazu gibt es folgendes Verfahren: Stellt jemand von Euch einen Geschäftsordnungsantrag, dann wird dieser Kollegin, diesem Kollegen das Wort außerhalb der Reihe verteilt. Es gibt dann nur für einen weiteren Delegierten, eine weitere Delegierte die Möglichkeit der Gegenrede. Erfolgt keine Gegenrede, ist der Geschäftsordnungsantrag sofort angenommen. Anderenfalls wird sofort über den Geschäftsordnungsantrag abgestimmt.

Für den Fall, dass jemand einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte stellt, ist es eine Selbstverständlich, dass der Antragsteller oder die Antragstellerin selbst noch nicht zur Sache gesprochen haben darf.

Noch ein weiterer Hinweis: Es liegt auf Euren Tischen eine Erklärung zur Flüchtlingssituation aus, mit der wir uns heute befassen wollen und auch im Rahmen der Beschlussfassung im Laufe der Konferenz. Wir wollen Euch diese Erklärung an passender Stelle zur Abstimmung stellen. Ich habe die Bitte, dass Ihr Euch die schon einmal durchlest und Euch inhaltlich damit beschäftigt. Das ist sicherlich ein Thema, das uns emotional auf dieser Konferenz noch bewegen wird.

Damit möchte ich den Tagesordnungspunkt 2 schließen und schlage Euch Folgendes vor: Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 3 kommen, sind zwei Grußworte vorgesehen. Vorgesehen ist als erster eigentlich der Bürgermeister der Stadt Frankfurt, Peter Feldmann. Ist er schon da? - Nein, er ist noch nicht da. Das macht aber nichts; denn wir haben ja noch einen zweiten.

Wir sind ja mit unserem Gewerkschaftstag in diesem Jahr in Frankfurt. Frankfurt gehört, wie Ihr wisst, zum Bezirk Mitte, und damit gehört auch die Verwaltungsstelle Frankfurt hierhin. Ich weiß, dass diese Verwaltungsstelle mindestens einen Betrieb hat, in dem alle Beschäftigten zu 100 Prozent in der IG Metall organisiert sind. Das ist unsere Vorstandsverwaltung. Die gehört nämlich zur Verwaltungsstelle Frankfurt.

Michael Erhardt, wir sind auch hundertprozentig gern hier in Frankfurt bei Euch zu Gast. Wir geben Dir als Erstem Bevollmächtigten dieser Verwaltungsstelle als erstem die Gelegenheit für ein Grußwort. Bitte komm nach vorne, Du hast das Wort. (Beifall)

Michael Erhardt, Verwaltungsstelle Frankfurt am Main

Vielen Dank, Uli. - Lieber Detlef, lieber Jörg. Improvisieren ist ja eh unsere Stärke. Von daher ist es kein Problem, dass der Peter Feldmann noch nicht da ist. Der zweitbeste organisierte Betrieb ist nicht nur die Verwaltungsstelle Frankfurt, sondern es ist die - davon gehe ich aus - auch zu 100 Prozent organisierte Bezirksleitung. Und wir haben auch die Firma Zumtobel in Usingen, die zu 80 Prozent organisiert ist. Darauf sind wir auch stolz. Die Arbeitgeber haben auch den hinreichenden Respekt vor uns an dieser Stelle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist uns eine Ehre, dass der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag hier in Frankfurt am Main in unserer wunderschönen Stadt stattfindet. Ich stelle jetzt Frankfurt einfach mal ein bisschen vor, und die Verwaltungsstelle vielleicht auch mit dazu.

Frankfurt ist eine sehr weltoffene Stadt. Ohne Migrantinnen und Migranten wären wir nicht mal die Hälfte der 700.000 Einwohner, die wir haben. Also, da treffen sich dauernd Leute, und es ist gut, wenn sich Leute treffen; denn dann hat man keine Angst vor dem Fremden. Das ist unsere Realität, Kolleginnen und Kollegen, und so wollen wir hier in Frankfurt auch leben.

Deshalb ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir in diesen Zeiten als IG Metall Geflüchteten helfen. Es gibt schon seit drei Jahren im DGB-Jugendclub bei uns im Gewerkschaftshaus Sprachkurse für Geflüchtete. In der Vorstandsverwaltung haben wir jetzt eine Ausbildung von Ehrenamtlichen für Sprachkurse und die Begleitung von Flüchtlingen. Es gibt Mentorinnen und Mentoren auf der Suche nach Ausbildungsmöglichkeiten. Aber es gibt auch die kleinen Gesten, Kolleginnen und Kollegen, die so wichtig sind, wie der Betriebsrat von der Firma Rolls Royce, der gestern in seinem Dorf den Dorfbackofen aktiviert hat und die Flüchtlinge, die in seinem Dorf gelandet sind, zu einem Backtag eingeladen hat. So etwas zählt auch, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stellen uns auch in den Weg, wenn die Pegidas dieser Erde versuchen, die Ängste der Leute für ihre Zwecke zu missbrauchen. Dazu ist ja gestern schon von Sigmar Gabriel und von Detlef viel gesagt worden. Das machen wir gemeinsam mit allen Demokratinnen und Demokraten in unserer Stadt.

Ich bin auch sehr froh, dass wir einen Oberbürgermeister haben, der immer mit dabei ist.

Zu sagen ist an dieser Stelle zum Thema Demokratie aber auch - das ist ja auch gestern schon von Detlef dankenswerterweise gesagt worden -: 1848 - das ist schon ein paar Tage her - erstes demokratisch gewähltes Parlament in der Paulskirche.

Wir sind auch sehr stolz darauf, dass wir in dieser Paulskirche im nächsten Jahr 125 Jahre IG Metall feiern werden, die vor 125 hier eben in Form des DMV in Frankfurt gegründet worden ist.

Zu heute: Frankfurt am Main ist eine Industriestadt. Das hat vor zehn Jahren nur sehr Wenige interessiert, weil alle gedacht haben, Frankfurt prosperiert deswegen, weil es Banken gibt, weil es Versicherungen gibt. Alle waren megaglücklich, dass Hedgefonds erlaubt worden sind; eine ganz tolle Sache, was ich an der Stelle aber nicht weiter ausführen will.

Aber seit den Siebzigerjahren sind in der Frankfurter Industrie sehr, sehr viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Und seit den Neunzigerjahren haben wir als IG Metall gemeinsam mit anderen das Thema Industriepolitik auf die Bahn geschoben und haben dann vor der Finanzkrise Anfang 2008 gesagt, wir brauchen eine Renaissance dieser Industriepolitik. Wir haben das gemeinsam mit dem DGB gemacht und gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen von der IG BCE.

Aber unsere Kraft schöpfen wir letztendlich aus den Betrieben; auch das wissen wir alle. Ich bin sehr froh, heute hier stehen zu können und sagen zu können: Auch die IG Metall-Verwaltungsstelle Frankfurt ist in den Betrieben in den letzten vier Jahren, seit dem letzten Gewerkschaftstag gewachsen, und wir werden ernst genommen von der Politik und auch von den Arbeitgebern.

Aktuell diskutieren wir einen sogenannten Masterplan Industrie, den wir gemeinsam mit der Stadt, ihrer Wirtschaftsförderung, den Arbeitgebern, den Kammern und den Hochschulen in den letzten drei Jahren erarbeitet haben. Dieser Plan hat 28 sehr konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur Sicherung von Flächen für die Industrie, für bessere Datenleitungen im Zusammenhang mit Industrie 4.0 bis hin zu einem Wohnheim für Auszubildende. Wer mehr wissen möchte, kann sich gerne auf dem Stand des Bezirks Mitte auf dem Gewerkschaftstag unten in der Ausstellerfläche genauer darüber informieren.

Wir sind überzeugt davon, dass die Arbeitsplätze in unserer Industrie zukunftssicher sind. Viele dieser Arbeitsplätze hier in Frankfurt sind in Forschung und Entwicklung, Verwaltung und im Vertrieb, also eben nicht schwerpunktmäßig in der Produktion.

Das spiegelt sich auch in der Mitgliedschaft in der IG Metall-Verwaltungsstelle Frankfurt wider. Wir sind eine Angestellten-Verwaltungsstelle. Das heißt, unser Mitgliedsanteil an Angestellten beträgt 43 Prozent der Vollbeitragszahler. Das ist ein schwieriges Geschäft. Das muss ich Euch allen nicht erzählen. Umso mehr freut es uns, dass die Debatte um Gute Arbeit und um unsere Arbeitszeitpolitik Fahrt aufgenommen hat. Das kommt bei unseren Leuten richtig gut an.

Die Stärke der Frankfurter IG Metall und die Sicherheit der Arbeitsplätze sind untrennbar miteinander verbunden. Unsere Durchsetzungskraft sowohl bei der Sicherung der Arbeitsplätze als auch in der Tarif- und Betriebspolitik hängt letztendlich davon ab, wie viele wir sind und davon, was wir hinbekommen. Wir sind hier in Frankfurt stolz darauf, dass wir in den Tarifbewegungen der Vergangenheit unseren Beitrag geleistet haben mit einem Konzept, das auf maximale Beteiligung setzt. Wir holen also alles raus, was geht. Auch das kommt bei unseren Leuten ganz gut an, wie man an der Warnstreikbeteiligung des letzten Jahres sieht.

Wir haben auch gute Erfahrungen gemacht mit betrieblichen Auseinandersetzungen, bei denen auch ein Bonus, der nur unseren Mitgliedern zugutekommt, rauspringt. Schön ist auch, dass wir bei der Verteidigung von Arbeitsplätze auch auf die Solidarität unseres Oberbürgermeisters setzen können, der inzwischen eingetroffen ist. Herzlich willkommen, Peter Feldmann, und vielen Dank, dass Du in dieser Auseinandersetzung an unserer Seite stehst. (Beifall)

Die Frage unserer Stärke und wie viele wir sind, ist erst recht entscheidend für unsere Durchsetzungskraft bei gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Das fängt bei Fragestellungen an, die hier in Frankfurt durchaus speziell sind.

Die Angst unserer Leute vor Altersarmut ist auch auf die astronomischen Mieten hier in Frankfurt und Umgebung zurückzuführen. Um Euch einen Begriff zu geben: Wir sind inzwischen auf dem freien Markt bei einem Preis für eine Mietwohnung von mindestens zwölf Euro je Quadratmeter angelangt. Das sind deutlich mehr als tausend Euro warm im Monat für eine Wohnung von 75 Quadratmetern.

Das trifft natürlich die Jungen, die Leiharbeiter und andere prekär Beschäftigte. Aber auch für die Facharbeiterinnen und Facharbeiter ist es durchaus schwierig, für ihre Familien solche Mieten zu bezahlen. Daran ändert auch keine Rente mit 45

Versicherungsjahren grundlegend etwas, was unsere Leute aber schon als Erfolg empfinden - das will ich hier klar sagen -, und ein Mindestlohn schon gar nicht.

Deshalb ist für die IG Metall Frankfurt unser gemeinsamer Kampf gegen die Senkung des Nettorentenniveaus und gegen prekäre Beschäftigung wichtig. Er wird ergänzt durch eine Initiative für bezahlbares Wohnen, die wir mit unseren Schwestergewerkschaften im Rahmen des DGB auf den Weg gebracht haben und die von unserem Oberbürgermeister unterstützt wird.

Durchsetzungskraft brauchen wir aber auch in den großen Fragen unserer Zeit. Gerade haben 250.000 Menschen in Berlin gegen TTIP und Co demonstriert. In Frankfurt haben wir ein unglaublich breites Bündnis, das von den Kirchen über Umweltverbände und Datenschützer so weit reicht, dass sogar eine Reihe von Ortsvereinen der SPD mitmacht. Das freut uns ganz besonders, insbesondere ob der Ausführungen unseres Freundes Sigmar, über die im Rahmen der Antragsdebatte sicherlich noch zu reden sein wird; denn das eine oder andere kann man sicherlich nicht einfach so stehen lassen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die großen und kleinen Fragestellungen bearbeiten wir in der Verwaltungsstelle Frankfurt unter Leitung des Ortsvorstands mit einem Team von neun Kolleginnen und Kollegen. Besonders wichtig ist uns die Jugendarbeit. Wir hatten in den letzten Jahren gute Erfolge bei der Mitgliederentwicklung, bei den Auszubildenden und den jungen Leuten.

Auch unsere Ehrenamtlichen sind schwer aktiv: Wir haben zehn thematische Arbeitskreise, wir haben ehrenamtliche Beraterinnen und Berater zu Fragestellungen rund um das Thema Rente, um das Thema Arbeitslosigkeit und für das Arbeitsrecht. Wir unterscheiden uns dabei nicht sehr von anderen Verwaltungsstellen. Die Kraft der IG Metall kommt nun mal aus dem ehrenamtlichen Engagement. Das ist in Frankfurt so, das ist in Flensburg so, und das ist sicherlich auch in Augsburg so.

Wir haben uns erlaubt, auf Eure Plätze eine ganz kleine Aufmerksamkeit zu legen, die Euch diesen Gewerkschaftstag versüßen soll. Bethmännchen sind eine Frankfurter Spezialität. Wir hatten ursprünglich Apfelwein und Handkäs erwogen. Aber das hat der Vorstand ja schon gestern Abend übernommen. Sammelbildchen von unserem Fußballverein Eintracht Frankfurt, den wir trotz Samstag sehr lieben, haben wir uns auch erspart.

Der Ortsvorstand und das Team der Verwaltungsstelle Frankfurt der IG Metall wünscht Euch also, dass Ihr Euch in unserer schönen Stadt wohl fühlt. Wir freuen uns gemeinsam mit Euch auf einen spannenden Gewerkschaftstag für unsere IG Metall. Glück auf! (Beifall)

Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums

Lieber Michael, vielen Dank für Dein Grußwort. - Dann darf ich für das Präsidium den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt ganz herzlich begrüßen. Herr Peter Feldmann, wir freuen uns natürlich auch darüber, dass Sie Zeit gefunden haben, zu uns zu kommen. Jetzt haben Sie die Gelegenheit für ein Grußwort. Ich darf Sie nach vorne bitten. (Beifall)

Peter Feldmann, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

Liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf das sagen, weil mein Vater, als ich beim ersten Zeitungsausträgerjob 14 war, gesagt hat: „Du organisierst Dich bitte nicht nur bei den Falken, sondern das ist Deine erste richtige Arbeit, und da geht es in die Gewerkschaft rein, und das bleibt dann bitte so.“ Das ist meine Geschichte in Bezug auf die Gewerkschaft.

Lieber Detlef Wetzels, lieber Jörg Hofmann, liebe Kolleginnen und Kollegen und meine Damen und Herren, die aus unserer Stadt als Gäste hier sind! Ich freue mich, dass die IG Metall ihren Gewerkschaftstag in Frankfurt am Main abhält. Ich sage im Namen der gesamten Stadt, auch des Magistrats der Stadt Frankfurt deshalb ein herzliches Willkommen. (Beifall)

Sie haben bei der Anfahrt hier nach Frankfurt mit dem Auto oder mit dem Zug die Skyline gesehen. Eines der Hochhäuser dieser Skyline ist das Hochhaus der IG Metall. Es passt gut zu unserer Stadt und gibt mir die Gelegenheit, vielleicht auch dazu etwas auszuführen.

Die meisten von Ihnen, von Euch kennen die Stadt Frankfurt am Main als die Stadt der Banken, als die Stadt der Versicherungen. Aber es spricht sich rum: Frankfurt ist mehr. Die Frankfurter können nicht nur ihren Fußballklub - Michael Erhardt hat es deutlich gemacht - feiern, egal, wo er steht, sie können als eigentlich alte WeinStadt nicht nur dieses unnachahmliche Getränk Äpfelwoi auch unbeschadet konsumieren, sondern die Frankfurter können vor allem feiern. Die Frankfurter haben das nicht nur bei der Queen bewiesen, sondern sie haben es auch vor wenigen Tagen beim Tag der deutschen Einheit bewiesen. Wenn die Frankfurter feiern, ist das nicht nur eine Feier, sondern nach Eurem Verständnis ist das sicherlich auch viel Politik.

Da geht es etwas anders zu als im preußischen Berlin. Da gibt es kein Brandenburger Tor, aber es gibt Millionen auf der Straße, die zeigen, wie bunt, wie vielfältig und auch wie laut manchmal diese sicherlich internationalste Stadt Deutschlands, aber wahrscheinlich auch Europas ist.

Diese Stadt hat ein Lebensgefühl, auf das sie stolz ist, das nichts ist, was erfunden werden musste. Diese Stadt ist eine Händlerstadt seit Jahrhunderten, weshalb die alten Frankfurter oft sagen, wir seien so etwas wie die nördlichste Stadt Italiens. Das wirkt sich natürlich auch in den Verästelungen dieses Lebensgefühls aus. Diejenigen, die die Frankfurter nicht kennen, sind manchmal schockiert, wenn die Frankfurter trotz wirklich sehr niedriger Temperaturen im Februar bei den ersten drei Sonnenstrahlen dann die Winterjacken ablegen und sich in die italienischen Eiscafés quetschen. Auch das ist für diejenigen, die herkommen, etwas gewöhnungsbedürftig.

Nicht gewöhnungsbedürftig ist und darauf sind wir genauso stolz, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Stadt eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeitet - eben ist es erwähnt worden: mit den Gewerkschaften, mit den Arbeitgebern, mit den Kammern, mit den Wissenschaftlern - beim „Masterplan Industrie“. Wir streben mit diesem „Masterplan Industrie“ eine langfristige Strategie an, weil wir wissen, dass dieser Industriestandort uns auch sichert in den Phasen des Unbills, der Schwankungen und der Wirrungen in der Finanzindustrie. Wir fangen hier nicht bei Null an. Wir können auf Strategien aufbauen, die seit den Neunzigerjahren in Frankfurt angegangen wurden.

Kolleginnen und Kollegen, ja, es ist uns bewusst in einer Stadt mit den Gemarkungsgrenzen Frankfurts, die relativ überschaubar sind, wo wir inzwischen in der Region eher den Charakter einer Innenstadt haben für eine Region von 5,5 Millionen Menschen, wo Gemarkungsgrenzen verschwimmen, nicht mehr so deutlich sind, dass hier auch Nutzungskonflikte entstehen bei dem, was Michael angesprochen hat im Bereich des Wohnens, aber natürlich auch bei den Industriestandorten.

Wir sind uns deshalb sicher, dass wir hier eine Aussage treffen müssen, eine deutlichere Aussage als in der Vergangenheit, bei den 38.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Industrie. Das sind, für diejenigen, die es gerne lieber in Zahlen haben, gut 7 Prozent. Aber - und das ist etwas, was verkannt wird - es sind über 30 Prozent unserer Gewerbesteuern.

Lasst mich deutlich machen, dass diejenigen, die manchmal voller Stolz die Bankentürme der Stadt betrachten und glauben, dass diese Stadt ihnen gehört, feststellen müssen, dass sie zum Gewerbesteueraufkommen weniger beitragen als eine einzige Firma im Frankfurter Westen aus der Pharmabranche. Auch das muss man manchmal den Herren in den Hochhäusern sagen, natürlich mit Ausnahme des IG Metall-Hochhauses, den anderen in den verschiedenen Banken und Versicherungsinstituten, die glauben, ihnen gehört nicht nur diese Stadt, sondern ihnen gehört die gesamte Welt.

Dass das nicht so ist, machen wir immer wieder deutlich. Der Masterplan gibt uns auch hier die politische Basis, von der IHK bis zu den Gewerkschaften. Ich positioniere mich deshalb klar, und es ist richtig: Wir bauen, wir bauen und wir bauen im Bereich der bezahlbaren Wohnungen. Das sind Projekte, die vorwärtsweisend sind, die in die Zukunft zeigen. Aber wir brauchen gleichzeitig im Bereich Industrie eine klare Aussage, wohin wir wollen. Dabei brauchen wir starke Bündnispartner, die wir in den Gewerkschaften gefunden haben.

Wir brauchen die Gewerkschaften auch als Motor unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Und ich sage ganz klar: Wir brauchen Euch in einer Weise, wie es vielleicht in der Vergangenheit in dieser Stadt der Dienstleistungen und der Beschäftigten aus dem Bereich der Banken und Versicherungen zu wenig deutlich geworden ist. Ich stehe dabei Seit an Seit mit den Gewerkschaften, und ich stehe als Oberbürgermeister dieser Stadt auch dafür, dass wir die Industrie und den Wohnungsbau in der Flächenkonkurrenz nicht gegeneinander ausspielen.

Wir arbeiten in Frankfurt eng mit den Gewerkschaften zusammen. Das gilt nicht nur für den „Masterplan Industrie“. Das gilt auch im Bündnis für bezahlbares Wohnen, das gilt aber insbesondere für das Bündnis gegen Fragida. Diese Herrschaften haben in Frankfurt nie Füße auf den Boden bekommen. Wenn sie aufrufen und gut mobilisiert haben, dann sind sie stolz, wenn sie vermelden können, dass sie auf der Frankfurter Hauptwache zwischen 80 und 100 Personen mobilisieren. Zum gleichen Zeitpunkt demonstrieren unsere Kirchen, die Gewerkschaften und die Bevölkerung dieser Stadt mit 16.500 Menschen vor dem Rathaus. (Beifall)

Aber eines war vielleicht in dieser Stadt in der Vergangenheit etwas gewöhnungsbedürftig: Da demonstriert nicht nur der Oberbürgermeister, da demonstrieren die gesamte Stadtregierung und das Stadtparlament. Und die Mitarbeiter, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind durch den Oberbürgermeister und den Stadtverordnetenvorsteher als Präsidenten unseres Stadtparlaments gemeinsam aufgerufen, das auch zu tun und als Mitarbeiter der Stadt klar zu zeigen, wo sie stehen, nämlich dass in dieser Stadt Platz für vieles ist, aber es ist kein Platz für Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit, und das bleibt so. (Beifall)

Wir haben in dieser Stadt, liebe Kolleginnen und Kollegen, 48 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund. Das sind sozusagen 30 Prozent offizielle Ausländer, aber es kommen diejenigen mit dem berühmten Pünktchen-Pünktchen-Pünktchen-Hintergrund dazu. In anderen Städten, vor allem im deutschen Osten, würde das Stirnrnzeln hervorrufen. Man würde sich Gedanken machen, was mit den Flüchtlings- und Asylbewerberheimen passiert. Frankfurt, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ist friedlich.

Es ist normal in unserer Stadt, verschieden zu sein. Wir sind eine alte Händlerstadt. Wir haben immer von der Migration profitiert. Es gäbe diese Messestadt, es gäbe diese Messehallen, also auch diese Halle, in der Ihr tagt, überhaupt nicht ohne Migration.

Die Händler, die hergekommen sind, die die Gäste gut bewirten haben, die ihnen Kleidung, Nahrung, ein Dach über dem Kopf verkauft haben, die dafür gesorgt haben, dass aus dieser kleinen Kaiserpfalz ein Messestandort wurde, die dafür gesorgt haben, dass Händler hergekommen sind, die dann festgestellt haben, dass es vielleicht besser und einfacher mit Münzen zu tauschen als zehn Hühner gegen zwei Schweine oder zwei Schweine gegen eine Kuh zu tauschen, die dafür gesorgt haben, dass irgendwann die Rothschilds und die Banker herkamen, dass das Banken- und Versicherungswesen sich entwickelt hat, wussten nicht, dass hier irgendwann einmal eine Europäische Zentralbank uns zur quasi dritten europäischen Hauptstadt nach Brüssel und Straßburg macht, dass die Deutsche Bank und die Bundesbank sich hier niederlassen werden. Aber sie wussten, dass es ihnen gut geht in dieser Stadt und dass Arm und Reich zusammengehören. Sie wussten schon damals, insbesondere der jüdische Bevölkerungsanteil in unserer Stadt, dass es gut ist, wenn die mit den starken Schultern die Schwachen mitnehmen. Sie wussten, dass es gut ist, Stiftungen zu gründen, die weniger als zum Beispiel die in Hamburg und Berlin für Kulturauszeichnungen und für die entsprechenden Ausstellungen zuständig sind, sondern sich als Sozialstiftungen prominent hervorgetan haben. Die jüdischen Händler wussten damals, dass sie, wenn sie nicht aufpassten, aus der Stadt getrieben werden, wenn sie die Schwachen nicht mitnehmen.

Die Geschichte dieser Stadt zeigt deshalb die Erfolge in diesem Bereich, aber zeigt natürlich auch die Dramatik, wo sich ein Teil der Bürgertums bewusst auf die Seite - wie man früher im KP-Jargon gesagt hat - der aufkommenden Arbeiterbewegung, der Arbeiterklasse gestellt hat, weil die Menschen nur dann sicher waren, dass sie in dieser Stadt überleben.

Es gehört auch zur Dramatik in dieser Stadtentwicklung, dass die Juden in jedem Jahrhundert einmal vertrieben wurden.

Zur Entwicklung dieser Stadt gehört auch, dass sie Menschen hervorgebracht hat, die gesagt haben: Ich komme aus dem Bürgertum, aber ich komme nicht in die bürgerlichen Salons hinein; die wollen mich nicht, weil ich eine andere Konfession oder Ethnie habe. Sie haben verstanden, dass es gut ist, in Bockenheim bei den ersten Gewerkschaftskongressen, bei den ersten Parteikongressen zu sagen: Ja, ich bin bürgerlich; aber ich kann lesen und schreiben; ich kann reden; ich kann einen Arbeiterbildungsverein gründen; ich kann eine Volkshochschule gründen; ich kann

eine Partei gründen; und ich weiß, es gibt Menschen, die mit mir zusammen aufstehen werden, weil sie in einer sozialen Lage sind, wo sie diejenigen brauchen, die ihnen das Rechnen, Lesen und Schreiben beibringen.

Das ist die Geschichte dieser Stadt - eine Geschichte, die mich als Oberbürgermeister so stolz auf diese Stadt macht. Dieser Zusammenhalt ist quasi ein Teil dessen, was uns als Erfolgskonzept, als Vision von einer anderen Gesellschaft sehr früh schon begleitet hat, trotz unterschiedlicher Stadtregierungen. Davon ist auch das christliche Bürgertum geprägt, und das gibt auch den Gewerkschaften hier in dieser Stadt heute eine Stärke, wie man sie anhand der Beschäftigtenzahlen vielleicht gar nicht vermuten würde.

Wenn ich dann einen Anruf von Michael Erhardt bekomme - er hat eben zu Euch gesprochen -, dass Arbeitsplätze in Gefahr sind, wenn bei Atos, Informationstechnologie, oder bei Mersen in Kalbach, Arbeitsplätze abgebaut werden, dann fährt der Oberbürgermeister dieser Stadt dort hin und stellt sich mit einem Schild zusammen mit Michael Erhardt und den Kolleginnen und Kollegen vor die Tür, weil das richtig so ist und weil das in dieser Stadt immer normal ist. Da gehört der Oberbürgermeister ganz klar auf die Seite der Beschäftigten und nicht irgendwo anders hin. (Beifall)

Ich habe auch gelernt, dass man dann sagt: Der Oberbürgermeister gehört ins Rathaus; er soll sich als Politiker nicht in Tarifeinsetzungen einmischen. Aber wenn die Menschen vor Ort in dieser Stadt Unterstützung brauchen, dann wissen sie: Der Oberbürgermeister hat keine Angst vor ihnen, sondern er ist auf ihrer Seite, und er weiß, dass er nicht zufällig in der Gewerkschaft organisiert ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt - ich glaube, Ihr habt das gespürt -: Wir brauchen in dieser Stadt weiter starke Gewerkschaften, wir brauchen sie bundesweit. Ich freue mich, dass die Zentrale der IG Metall bei uns in Frankfurt am Main steht. Das ist ein Symbol für Gute Arbeit an unserem Industriestandort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will es kurz machen: Das Herz der IG Metall schlägt frankfurterisch. Willkommen bei Euch zu Hause! - Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall)

Ulrike Jakob, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank dem Oberbürgermeister dieser Stadt Frankfurt, Herrn Feldmann, für das Grußwort und auch für die klare Haltung in Kernfragen, die Sie hier zum Ausdruck gebracht haben.

Bevor wir jetzt in den Tagesordnungspunkt 3 einsteigen - ich glaube nicht, dass weitere Gäste gekommen sind, die ich jetzt begrüßen müsste; sonst hätten wir ein Signal bekommen -, möchte ich Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die große Aufmerksamkeit zu Beginn unseres Gewerkschaftstages herzlich danken. Ich finde, Ihr habt jetzt eine Pause von 20 Minuten verdient. Ich würde Euch vorschlagen, dass wir uns um 10.25 Uhr wieder hier einfinden.

Ich möchte Euch noch einen Hinweis geben: Eine Etage tiefer gibt es einen Catering-Bereich. Dort gibt es Kaffee und mehr, und dort befindet sich auch unser Ausstellerbereich. Wer den noch nicht gesehen hat, sollte ihn unbedingt besuchen. Aber bedenkt, dass Ihr die Zeit nicht verdaddelt! 20 Minuten sind schnell vorbei. Genießt die kurze Zeit, und dann seid pünktlich um 10.25 Uhr wieder hier an Bord! - Danke schön.

(Unterbrechung des Kongresses: 10.04 Uhr)

•

(Fortsetzung des Kongresses: 10.31 Uhr)

Ina Morgenroth, Sprecherin des Präsidiums

Kolleginnen und Kollegen, nehmt bitte wieder Eure Plätze ein. - Noch einmal der Hinweis: Es wäre schön, wenn gerade die Delegierten ihre Plätze einnehmen. Wir wollen fortfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich begrüße Euch ganz herzlich zum 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag hier in Frankfurt am Main. Kurz zu meiner Person: Mein Name ist Ina Morgenroth. Ich bin zweite Bevollmächtigte in der Verwaltungsstelle Region Hamburg aus dem wunderschönen Bezirk Küste mit den wunderbaren Meeren an beiden Seiten. (Beifall) - Danke. Wir fahren jetzt fort.

Bevor wir fortfahren, habe ich seitens des Präsidiums noch eine Sache zu entschuldigen. Wir haben jemanden vergessen, der auch Geburtstag hatte. Das kann mal vorkommen. Bitte auch immer alle melden, falls wir noch einmal jemanden vergessen sollten. Wir bemühen uns aber, dass uns das nicht passiert.

Der Kollege Frank Kreutz aus der Verwaltungsstelle Homburg-Saarpfalz hatte auch gestern Geburtstag. - Frank, wo bist Du? - Dahinten stehst Du. Dir wird jemand gleich entgegenkommen und Dir Dein Geschenk überreichen. Alles Gute nachträglich! (Beifall)

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 3, Bericht des Vorstands, auf. Dazu haben wir auch hier ein paar Bemerkungen im Vorwege. Der schriftliche Geschäftsbericht liegt uns allen vor. Den haben wir schon vor einiger Zeit bekommen, und Ihr habt ihn vor allen Dingen mit den Unterlagen zum Gewerkschaftstag auch gesehen.

Der schriftliche Geschäftsbericht umfasst den Zeitraum 2012 bis 2014. Hier geht es jetzt darum, dass die mündlichen Ergänzungen der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder gegeben werden zu ihrem schriftlichen Geschäftsbericht.

Diese mündliche Ergänzung umfasst den Zeitraum vom Jahreswechsel bis heute. Es gibt für diese Berichterstattungen zwischen den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern und dem Präsidium verabredete Redezeiten.

Als kleiner Hinweis, Kolleginnen und Kollegen, weil wir schon angesprochen worden sind: Die Aussprache zu den ganzen Tagesordnungspunkten, die jetzt kommen, erfolgt nachher unter dem Tagesordnungspunkt 6. Dort können dann auch, wenn dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen wird, die Wortmeldezettel abgegeben werden.

Deswegen auch hier ein Hinweis schon einmal von uns an Euch zu den Wortmeldezetteln: Ihr habt in Euren Konferenzunterlagen eine Beispielübersicht gesehen, wie so ein Wortmeldezettel aussieht. Dieser ist noch einmal angepasst worden und sieht jetzt nicht mehr gelb, sondern weiß aus. Diese weißen Wortmeldezettel bekommt Ihr nachher in den Pausen auch alle bei uns ganz außen am Präsidiumstisch. Wir bitten Euch, falls Ihr es jetzt schon gemacht und eingetragen habt, wozu Ihr reden möchtet, dies dann noch einmal zu übertragen, damit Ihr die richtigen Wortmeldezettel benutzt.

Das hier schon einmal als Hinweis. Allerdings: Wortmeldungen zu diesen Tagesordnungspunkten erst unter Tagesordnungspunkt 6!

Wir werden jetzt unter dem Bericht des Vorstands als Ersten unseren Vorsitzenden, dann den Zweiten Vorsitzenden, dann den Hauptkassierer und in der weiteren Reihenfolge die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder so aufrufen, wie sie auch für die Vorstandsbereiche zuständig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Ersten bitte ich den Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Detlef Wetzels, an das Rednerpult. Bitte, Detlef, Du hast das Wort. (Beifall)

Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender

Auch von mir einen schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich stehe heute hier mit meinem Geschäftsbericht, der vielleicht dem Anlass entsprechend ein ganz klein wenig mehr ist als ein Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre.

Ich habe mich heute Morgen daran erinnert, dass ich 2007 mich bei den damaligen Delegierten des Gewerkschaftstags beworben und um einen Auftrag geworben habe. Ich habe damals gesagt: „Wir stehen nach wie vor vor großen Fragen: Welche Rolle spielen wir und die Gewerkschaften überhaupt in der Zukunft? Wie gehen wir mit dem Thema Globalisierung um? Kann es uns gelingen - und vor allen Dingen, wie -, unsere Kraft und unsere Stärke, die wir in den Betrieben und in der Gesellschaft haben, zu erhalten und dort, wo es nötig ist, auszubauen?“

Ja, wir wollten daran arbeiten, dass die IG Metall zukunftsfähig bleibt.

Ich möchte es an dieser Stelle schon einmal vorwegnehmen: Wir haben innerhalb der IG Metall in den letzten Jahren viel erreicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die IG Metall ist ein starker, durchsetzungsfähiger Faktor und ganz wesentlich für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft (Beifall), gerade in einer Zeit, in der die Welt - so kann man ja den Eindruck haben - aus den Fugen zu geraten scheint.

Gerade erst hatten wir uns in der Weltwirtschaft von den Krisen des Jahres 2007/2008 erholt, und jetzt bestimmen uns schon wieder ganz andere Unsicherheiten. Der Konflikt in der Ukraine, im Nahen Osten, die Krise in Griechenland, die Flüchtlingsströme. Mit immer mehr Tempo halten uns die großen Krisen in Atem. In vielen Staaten bestimmen radikale Kräfte das Geschehen. Sie nehmen den Menschen die Sicherheit und vertreiben sie aus ihrem Land. Ob in Somalia, Afghanistan, im Nahen Osten - nirgendwo gelingt es der internationalen Staatengemeinschaft, Frieden und Stabilität zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 15 Jahre militärische Interventionen haben die Konflikte nur befeuert und verschärft. Statt Recht und Gesetz gewinnen in vielen Ländern Leid und Willkür wieder die Oberhand. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch unerträglich! (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Leitsatz unserer IG Metall ist „Gute Arbeit. Gutes Leben.“ Diesem Satz zugrunde liegt ja unsere ganz tiefe Überzeugung, dass die Würde des Menschen - aller Menschen - im Mittelpunkt stehen muss. Aber ein Blick in die globalisierte Welt zeigt, dass wir weit davon entfernt sind, ja, wir sind weit entfernt von Sicherheit und Gerechtigkeit. Das gilt insbesondere in Bezug auf die wirtschaftlichen Fragen und in Bezug auf die soziale und ökologische Situation.

Na ja, immerhin, die deutsche Politik hat in der Flüchtlingspolitik jetzt Maßnahmen beschlossen. Und immerhin: Rechtsradikale Angriffe auf die Flüchtlinge und ihre Unterkünfte werden bei uns in breiter Form zurückgewiesen und rechtsstaatlich verfolgt.

Wir haben gestern im Vorstand zusammengesessen und Euch eine Positionsbestimmung zum Thema Flüchtlingspolitik auf die Tische gelegt. Das Präsidium hat ja schon darauf hingewiesen, dass wir im Laufe des Vormittags oder heute Nachmittag dann über diese Erklärung auch noch einmal sprechen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Ort der Stabilität“ ist Deutschland in dieser Frage nicht, und Solidarität und Gerechtigkeit sind hier natürlich nicht mehr für alle eine Selbstverständlichkeit. Gerade in Zeiten, in denen Veränderungen mit höchster Geschwindigkeit auf uns zurollen, sind wir als IG Metall permanent in unserer Handlungsfähigkeit gefordert. Das war in der Vergangenheit so und wird auch in der Zukunft nicht anders aussehen.

Es ist nicht genug, zu wissen, man muss auch anwenden. Es ist nicht genug, zu wollen, man muss es auch tun. - Das sagte Goethe, und wir folgen dieser Aufforderung täglich.

Ich habe gestern schon gesagt, wie sehr es mich freut, wie viel Ihr mit Euren Kolleginnen und Kollegen für die Flüchtlingshilfe tut. Und es freut mich, wie sehr wir uns dem Kampf gegen Rassismus als IG Metallerinnen und Metaller stellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, rechte Hatz auf der Straße oder in den sozialen Netzwerken, das trifft unseren entschiedenen Widerstand. (Beifall)

Ich stelle fest, dass wir als Organisation ein Stückchen mehr Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft geschaffen haben. Wir haben zusammen mit anderen Gewerkschaften den Mindestlohn erreicht, durch den sich für viele Millionen Menschen die soziale Lage verbessert hat.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Wir haben die abschlagsfreie Rente nach 45 Arbeitsjahren zur Realität gemacht. Wenn ich „wir“ sage, dann meine ich Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Euch als Jugendvertreter, als Vertrauensleute, als Betriebsrätinnen und Betriebsräte, als Bevollmächtigte und als Sekretäre. Ich meine Euch und alle Aktiven, die in Kommissionen und Gremien unsere Forderungen mit Sachverstand und Leidenschaft vertreten. Nur so konnte die IG Metall ihre große Kraft entfalten: Für gute Arbeit. Für mehr Gerechtigkeit. Für ein gutes Leben.

Das ist unser Mantra, das wir vor uns hertragen und wonach wir gemeinsam unsere gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben und in den Verwaltungen mit unseren Kolleginnen und Kollegen organisieren. Herzlichen Dank dafür. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten erfolgreiche Tarifrunden. Darauf wird später noch einzugehen sein. Unsere Abschlüsse lagen in den letzten Jahren immer deutlich über dem verteilungsneutralen Spielraum.

Und unsere qualitativen Erfolge können sich wahrlich sehen lassen: in der letzten Runde Bildungstarifverträge und verbesserte Altersübergänge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Ansehen ist weit über unsere Mitgliedschaft hinaus gewachsen. Wir sind sichtbar auf dem politischen Parkett. Und dafür haben wir viel getan!

Aber machen wir uns bewusst: Das ist immer nur eine Momentaufnahme. In Deutschland, in Europa, ja, weltweit wächst die Ungleichheit. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Die reichsten 10 Prozent in Deutschland besitzen sage und schreibe 80 Prozent des gesamten Vermögens. Das zerrüttet den Zusammenhalt der Gesellschaft. Und ich sage: Das geht auf Kosten der gerechten Verteilung von Lebenschancen.

Thomas Piketty hat in seinem Werk „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ eine, wie ich glaube, ganz wesentliche Schlussfolgerung gezogen. Ich zitiere: „Um die Ungleichheitsdynamik zu regulieren, bedarf es außerordentlich starker gewerkschaftlicher Strukturen.“

Für uns als IG Metall, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedeutet das: Für eine lebendige Demokratie sind Gewerkschaften wichtiger denn je, und zwar nicht nur in Deutschland, denn mehr denn je müssen wir über die Grenzen von Deutschland und Europa hinausdenken. Wir müssen ein internationales Korrektiv von Ungleichheit sein.

Wir fangen an, uns auf diese Rolle einzustellen, und wir beginnen zu handeln. Wir müssen handeln: An vielen ausländischen Standorten unserer Großunternehmen werden Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten. Deshalb haben wir internationale Erschließungsprojekte in den USA und in Ungarn gestartet. Zusammen mit unseren Partnergewerkschaften UAW und Vasas werden wir versuchen, einen weltweiten Billigkreislauf zu verhindern. Standortwettbewerb darf nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen!

Wir dürfen uns da nicht verunsichern lassen. Spaltungen von Belegschaften national und international dürfen wir gemeinsam nicht zulassen! (Beifall)

Der Kampf gegen die Spaltung von Belegschaften war auch in Deutschland einer unserer Schwerpunkte. Deshalb haben wir uns 2007 gemeinsam auf den Weg gemacht, um den zunehmenden Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu korrigieren. Wir mussten uns auf ungewohntes Terrain begeben: Die prekären Beschäftigungsformen spielten in der damaligen öffentlichen Debatte kaum eine Rolle, sondern wurden höchstens von Spezialisten in der Fachwelt diskutiert.

Dazu kam, dass es außerordentlich schwierig war, die Leihbeschäftigten in den Betrieben anzusprechen. Wir brauchten völlig neue Ansprache- und Betreuungskonzepte.

Als Antwort auf diese Aufgabe haben wir die Kampagne „Gleiche Arbeit - Gleiches Geld“ gestartet. Nur so war es möglich, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, bei dem wir am Ende unsere Erfolge erzielen konnten. Heute sind wir *die* Gewerkschaft der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Sie wissen, dass sie mit uns ihre Arbeitsbedingungen konkret verbessern können. Mit uns wählen sie mehr Gerechtigkeit und gute Arbeit statt Lohndumping und Angst. Es ist gut, dass wir das gemeinsam so hinbekommen haben. (Beifall)

Im Zuge dessen haben sich mehr als 90.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter bei uns organisiert. Das ist einfach nur schön. Das hat uns zusätzliche Kraft in einer Beschäftigtengruppe gegeben, in der wir bisher nicht vertreten gewesen sind.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Arbeitgeber sind dadurch ja nicht wirklich dauerhaft zivilisiert. Heute heißt es: ein bisschen weg von der Leiharbeit, hin zur Fremdvergabe. Das ist schon lange kein Randthema mehr in der Arbeitswelt. Das ist eine ganz tief greifende Strategie der Arbeitgeber.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein: Die zunehmende Zerstückelung von Wertschöpfungsketten und die Vergabe von Werkverträgen ist die Handschrift eines neuen ungezügelter Kapitalismus.

Hier kündigen die Arbeitgeber ganz gezielt betriebliche Übereinkünfte und Kulturen auf, ja, sie beschädigen das Soziale im Rahmen unserer Marktwirtschaft. In immer kürzerer Zeit schaffen sie neue Dumpingzonen und ersticken die Mitbestimmung.

Kolleginnen und Kollegen, wir akzeptieren nicht, dass Kolleginnen und Kollegen für die gleiche Tätigkeit weniger Geld und schlechtere Arbeitsbedingungen bekommen. Wir akzeptieren nicht, dass sie nicht von Tarifverträgen profitieren. Wir akzeptieren nicht, dass es keine Mitbestimmung für sie gibt.

Das ist es, was wir uns für die nächsten Jahre vornehmen wollen und wo wir in den letzten Jahren die Voraussetzung geschaffen haben, eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik mit den Kolleginnen und Kollegen in den Werkvertragsunternehmen organisieren zu können. (Beifall)

Es ist für uns von ganz elementarer Bedeutung, dass wir hier noch strategiefähiger werden. Denn der Konflikt um Werkverträge wird um einiges härter als der um Leiharbeit. Das haben wir in den letzten Monaten schon erlebt.

Wir gehen auch hier systematisch vor: Mitglieder gewinnen, Öffentlichkeit erzeugen, politischen Druck ausüben! Dafür haben wir unsere Kampagne „Arbeit - sicher und fair“ um den Schwerpunkt Werkverträge erweitert. Wir haben verschiedene Erschließungsprojekte und Auseinandersetzungen gestartet. 30 Kontraktlogistiker haben mittlerweile einen Tarifvertrag mit der IG Metall. Wir konnten 4.000 Beschäftigte bei den industrienahen Dienstleistungen für die IG Metall allein in diesem Jahr gewinnen. Kolleginnen und Kollegen, darauf bauen wir auf.

An unseren Aktionstagen haben wir vor einigen Tagen gegen den Missbrauch von Werkverträgen während der Arbeitszeit zu einem politischen Thema demonstriert und die Politik aufgefordert, die im Koalitionsvertrag angekündigten Gesetze auch umzusetzen.

Ich bin mir sicher, genauso wie ich mir beim Thema Leiharbeit sicher war: Wenn wir hier gemeinsam an einem Strang ziehen, dann schaffen wir es, den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern - nicht morgen, aber mittelfristig. Das ist eine große Aufgabe, der sich die IG Metall stellen muss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Zergliederung der Wertschöpfungsketten und der tariflose und mitbestimmungsfreie Niedriglohnsektor werden uns auch auf anderer Ebene beschäftigen, zum Beispiel beim Verhältnis der DGB-Gewerkschaften zueinander. Die Medien tun so, als ginge es darum, welche Gewerkschaft denn nun welche Belegschaften mal so einfach für sich reklamieren könne. Das ist doch alles Unsinn. Jeder von uns weiß, dass wir Mitglieder nicht dadurch gewinnen, dass wir sie sozusagen als Zuständigkeit betrachten. Wir gewinnen sie doch nur, wenn wir mit ihnen zusammen ihre Interessen durchsetzen.

Was wir brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Verständigung zwischen den Gewerkschaften, wie unser Prinzip „ein Betrieb - eine Gewerkschaft - ein Tarifvertrag“ unter den heutigen Bedingungen überhaupt durchsetzbar ist.

Wie in Zukunft die Interessenvertretung für die Beschäftigten am besten zu organisieren ist, ist eine zutiefst politische Frage. Dabei helfen uns leider Gottes die Branchenkataloge aus den Siebzigerjahren keinen Millimeter weiter. Deshalb bin ich froh, dass wir inzwischen mit all unseren Schwesterorganisationen darin übereinstimmen, dass diese Frage nicht mehr entlang der Branchen, sondern entlang der Wertschöpfungsketten beantwortet werden muss.

Mit den Industriegewerkschaften konnten wir dieses Prinzip in einer Kooperationsvereinbarung festhalten, und mit Verdi - das sage ich ganz deutlich - sind wir auf einem sehr guten Weg.

Hier geht es nämlich um die Frage, ob wir als Gewerkschaftsbewegung ein Organisationskonzept finden, das die Zukunft abbildet und uns in der Zukunft auch handlungsfähig werden lässt.

Wir müssen ein Gegengewicht sein, das sicherstellt, dass sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf Augenhöhe bewegen und wir konflikt- und gestaltungsfähig bleiben. Das funktioniert ja nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir geschlossen zusammenstehen und die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten verhindern.

Die Konkurrenz der Gewerkschaften untereinander - damit meine ich jetzt nicht die des DGB, sondern das, was mit Spartengewerkschaften verbunden wird - und die Spaltung der Beschäftigten ist doch der Wunschtraum der Neoliberalen in unserer Gesellschaft und auch der Wunsch der Arbeitgeber, die sich dann, wenn es so ist, die ihnen genehme Gewerkschaft aussuchen können.

Wir haben uns nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ohne Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Einheitsgewerkschaft stark gemacht. „Wir müssen sie wie unseren Augapfel hüten“, um Willi Bleicher an dieser Stelle zu zitieren.

Wenn wir Solidarität zwischen den Beschäftigtengruppen wollen, ist es nicht nur richtig, das Prinzip „ein Betrieb - eine Gewerkschaft - ein Tarifvertrag“ wieder zu stärken. Sondern es ist absolut notwendig, dass wir das in der Realität auch tatsächlich umsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein anderes Thema. Die Industrie ist Motor für Wachstum und Innovation - so vertraut uns dieser Satz heute vorkommt, so um-

stritten war er noch vor zehn Jahren. Sigmar Gabriel hat ja gestern Abend bei unserer Auftaktveranstaltung darauf hingewiesen, dass die Dienstleistungsgesellschaft gefeiert wurde, New Economy boomte, die Industrie galt als dreckiges, gestriges Auslaufmodell. Viele von Euch kennen das nur zu gut aus den Regionen, in denen Ihr arbeitet.

In Ostdeutschland oder im Ruhrgebiet haben wir gesehen, was De-Industrialisierung für Menschen und Regionen bedeutet, nämlich Arbeitslosigkeit, De-Qualifizierung, keine Perspektive und Abwanderung. Es hat ja offenbar der Bankenkrise bedurft, damit Politik und Öffentlichkeit begreifen konnten, von welcher wichtiger strategischer Bedeutung unsere industriellen Betriebe sind. Heute beneidet uns ganz Europa um unseren starken Industriesektor.

Aber wir stehen jetzt vor einem tiefgreifenden Wandel: Digitalisierung, Industrie 4.0 werden unsere Industrien völlig neu prägen. Ob wir zukunftsfähig bleiben und ob die deutsche Ingenieursleistung weiterhin Exportschlager bleibt, ist ja nicht nur eine Frage von Grips und Technik, das hängt auch ganz entscheidend davon ab, ob strategische Industriepolitik auf allen Ebenen betrieben wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere IG Metall-Wettbewerbsstrategie „Besser statt billiger“ war noch nie so richtig wie heute. In den letzten Jahren konnten wir zusammen mit der Politik, den Unternehmen und der Wissenschaft die Nationale Plattform Elektromobilität auf den Weg bringen. Dabei gibt es richtige Ansätze, aber es bleibt ein sehr mühsames Geschäft.

An den offenen Fragen der Elektromobilität sieht man, dass eigentlich viel zu wenig in den letzten Jahren getan worden ist. Wir fragen uns: Wird in Deutschland nur geforscht oder auch produziert? Wo findet die Wertschöpfung industrieller Elektromobilität statt, in Deutschland oder irgendwo in der Welt? Oder geben wir die Batteriezellenfertigung aus der Hand, bevor die Elektromobilität überhaupt mal marktreif ist und die Batteriezellenfertigung, der Antriebsstrang eigentlich das technologische Element der Elektromobilität ist und heute ausschließlich in Korea und in Japan angesiedelt ist? Oder wo soll man in der Stadt sein Elektroauto, wenn man denn eines hat, überhaupt aufladen?

Kolleginnen und Kollegen, solange diese und andere Fragen nicht geklärt sind, bleibt es bei wenigen Elektroautos auf der Straße. Deshalb haben wir zusammen mit dem VDA-Präsidenten Wissmann die Bundesregierung aufgefordert, hier deutlich aktiver zu werden. Wenn wir Elektroautos weltweit verkaufen wollen, dann müssen wir dafür auch jetzt hier in Deutschland einen Markt schaffen.

Man sieht das an diesem Beispiel, aber das gilt auch für andere Branchen: Wenn unsere Industrie auch zukünftig erfolgreich sein soll, brauchen wir einfach mehr als guten Willen. Wir brauchen eine Politik, die in die notwendigen Entwicklungen investiert. Wir brauchen große Lösungen, bei denen alle Akteure an einem Strang ziehen.

Die IG Metall hat im November letzten Jahres zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister Gabriel und Ulrich Grillo, dem Präsidenten des BDI, das Bündnis „Zukunft der Industrie“ gegründet. In diesem Bündnis sind wir uns einig, wie wichtig eine starke Industrie für Deutschland ist. Wir haben das gemeinsam so formuliert. Ich halte es bemerkenswert, diesen Satz, den ich jetzt zitiere, gemeinsam mit der Politik und den Arbeitgebern formuliert zu haben. Dieser Satz lautet: „Die Industrie bietet sichere und attraktive Arbeitsplätze. Mitbestimmung und Tarifbindung sind die Garanten für gute Arbeit, faire Entlohnung und innovative Produkte. Die Industrie ist Motor unseres Wohlstandes.“

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt gilt es zu handeln. Wir sind es, die dabei harte Maßstäbe anlegen. Industriepolitik muss sich niederschlagen in zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Ansonsten hat sie ihre Aufgabe verfehlt.

Industrie der Zukunft heißt für uns qualifizierte und sichere Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen, und nichts anderes. (Beifall)

Deshalb sind wir alle solidarisch mit denen, die vom VW-Thema negativ betroffen sind. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei VW und anderswo dürfen nicht die Folgen dieser Krise tragen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr kennt meinen Leitsatz: Die Mitgliederfrage ist die politischste Frage in einer Gewerkschaft überhaupt. Mitgliederstärke ist der Garant für Durchsetzungsstärke. Ich bin natürlich froh, wenn ich heute hier sagen kann: Wir werden immer mehr. 2014 sind wir zum vierten Mal in Folge gewachsen; das wissen wir alle. Wir werden das auch dieses Jahr ganz wunderbar schaffen. Wir werden dem vierten Jahr ein fünftes Jahr hinzufügen, in dem die IG Metall größer geworden ist. Das ist ja schon ein großes Rad, liebe Kolleginnen und Kollegen, das wir drehen müssen.

Wachsen bedeutet nämlich, dass wir jedes Jahr ungefähr so viele Menschen gewinnen müssen, wie in Jena oder in Bremerhaven leben. Jedes Jahr eine Großstadt, die wir neu organisieren müssen. Das ist uns gelungen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist eine Meisterleistung.

Ja, wir gehen auf die Menschen zu, gehen hin und nehmen ihre Bedürfnisse ernst.

Wir haben viele neue Bereiche für uns erschlossen. Eines ist auch klar: Wo wir neu hinkommen, steht kein Willkommensschild für die IG Metall. Es ist uns trotzdem gelungen, neue Mitglieder zu gewinnen, neue Betriebsräte zu gründen und neue Vertrauensleute- und Aktivenstrukturen aufzubauen.

Hilfreich war dabei unser Strategischer Investitionsfonds. Seine Erfolge sind deutlich: Durch mehr als 100 Projekte, die gefördert wurden, konnten wir nahezu 37.000 neue Mitglieder gewinnen. Anders ausgedrückt: Fast zehn Prozent unserer Neumitglieder können wir bis heute auf Projekte des Strategischen Investitionsfonds zurückführen.

Unser Ziel muss es natürlich sein, das, was wir bis jetzt getan haben, auch weiterzuentwickeln. Wir dürfen uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen.

Zu diesem Zweck haben wir in den letzten Monaten eine intensive Diskussion im Vorstand mit den Bezirksleitern geführt. Wir wollen unsere strategische Erschließungsarbeit weiterentwickeln. Die Bezirke waren beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, das passgenau ihre Chancen in Angriff nehmen kann.

Regional verzahnen wir damit auch die Erschließungsarbeit mit der Organisations- und Personalpolitik. Wenn wir diese Konzepte alle beschlossen haben - fünf von sieben haben wir schon beschlossen, Kolleginnen und Kollegen -, dann wird die IG Metall in den kommenden zehn Jahren zusätzlich 190 Millionen Euro in die eigene Zukunft investieren. Ich finde es großartig, dass wir das wieder können, dass wir die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass die IG Metall zu einer großen Kraftleistung in der Lage ist und hoffentlich auch in der Lage ist, ihre Zukunftsfähigkeit auch durch dieses Projekt neu zu sichern. Das ist eine ganz hervorragende Sache. (Beifall)

Das Geld ist also da. Jetzt muss es nur noch klappen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so versuchen wir unsere Zukunft als durchsetzungsfähige Organisation zu sichern. Dass wir heute eine starke IG Metall sind, die sich nicht treiben lässt, sondern treibt, die Strategien und Konzepte hat, eine IG Metall, die sich bei Bedarf ändert und lernt, das ist das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darüber freue ich mich, und das macht mich stolz. - Herzlichen Dank. (Lebhafter Beifall)

Ina Morgenroth, Sprecherin des Präsidiums

Lieber Detlef, vielen Dank für Deinen Bericht.

Es folgt nun unser Zweiter Vorsitzender der IG Metall, Jörg Hofmann. Lieber Jörg, Du hast das Wort.

Jörg Hofmann, Zweiter Vorsitzender

Kolleginnen und Kollegen! Der Erfolg unserer Arbeit als Gewerkschafter wird zu großen Teilen daran gemessen, was wir in der Betriebs- und in der Tarifpolitik erreichen können. Unsere Mitglieder erwarten in allererster Linie, dass ihre IG Metall die Arbeitsplätze heute und morgen sichert, Entgelte und Arbeitsbedingungen verbessert. Und genau das haben wir alle zusammen getan.

Lasst uns darauf zurückblicken, was wir im Jahr 2015 in beiden Handlungsfeldern gemeinsam erreicht haben und welche Themen sich uns stellten. Ich sage dies ergänzend zum schriftlichen Geschäftsbericht, der die Jahre davor beschreibt.

Aktuell bereiten wir in einigen Verwaltungsstellen die Vertrauensleutewahlen vor, auch dieses Jahr, in den meisten im ersten Quartal 2016. Uns allen ist klar: Für die IG Metall sind das wichtige Wahlen. Wir brauchen anerkannte, engagierte und qualifizierte Vertrauensleute in allen Bereichen der Betriebe.

Vertrauensleute sind nicht nur bei Auseinandersetzungen gefordert, sie sind auch und vor allem betriebliche Gestalter. Mit der Initiative „Anpacken statt abwarten“ haben wir im ersten Halbjahr in über 50 Betrieben Impulse für eine Weiterentwicklung der Vertrauensleutearbeit gesetzt. Wir wollen, dass dies eine breite, flächendeckende Bewegung wird.

Und ich will, dass wir das von Frankfurt aus tatkräftig unterstützen. Wir haben deshalb in den Gremien, vor allem im zentralen Vertrauensleuteausschuss, intensiv über die Aufgabe und Ziele unserer Vertrauensleutearbeit diskutiert. Den Zwischenstand werden wir hier auf dem Gewerkschaftstag mit dem Leitantrag „Beteiligung“ beraten.

Gewerkschaftliche organisierte Betriebsräte und Vertrauensleute sind das Herz dieser IG Metall. Und dieses Herz muss noch kräftiger schlagen. Daran lasst uns weiter gemeinsam arbeiten, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein beliebtes Spiel der Arbeitgeber ist es, Standorte in Unternehmen gegeneinander auszuspielen. Da hilft nur gemeinsames Handeln der Belegschaften. Und dazu braucht es eine handlungsfähige Unternehmensbetreuung.

Wir haben in den Verwaltungsstellen und Bezirken in den letzten Monaten ein Konzept für eine effektive Arbeit der Unternehmensbeauftragten entwickelt. Das umfasst neben zusätzlichen Hilfen auch einen stärkeren finanziellen Beitrag der Hauptkasse. Insgesamt stehen jetzt zwei Millionen Euro für eine bessere Unternehmensbetreuung zur Verfügung, um zum Beispiel Vernetzungstreffen von Vertrauensleuten, Betriebsräten und Betriebsbetreuern zu organisieren. Wir handeln gemeinsam gegen Teile-und-herrsche-Strategien der Arbeitgeber. Unser Credo ist: Solidarität macht stark. Und das gilt auch für unsere Unternehmenspolitik. (Beifall)

Das gilt auch, wenn aggressive Arbeitgeber versuchen, Betriebsratswahlen zu behindern und Betriebsräte in ihrer Arbeit zu mobben und Prozesse gegen Betriebsratsarbeit führen. Immer noch akzeptieren offensichtlich nicht alle Arbeitgeber das Recht auf Betriebsratswahlen und gewerkschaftliche Betätigung. Und es gibt genügend zwischenzeitlich spezialisierte Winkeladvokaten, die den Rechtsbruch - mindestens die Rechtsbeugung - zu einem lukrativen Geschäftsfeld für sich ausgebaut haben.

Ein Beispiel ist Aluplast in Karlsruhe. Da sagt der Chef wörtlich: „Ich kann die Firma auch an Investoren verkaufen, wenn die IG Metall-Liste gewinnt. Ich werde definitiv nicht mit IG Metall-Leuten an einem Tisch sitzen.“ Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Beispiel von vielen der letzten Monate. Meyer Werft und Kärcher sind andere Beispiele.

Ich habe größten Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen, die in diesen und vielen anderen Fällen drangsaliert und gemobbt werden. Für diesen Mut gebührt ihnen unser Dank und unser Respekt, Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Wir haben deswegen zusammen mit dem DGB-Rechtsschutz eine schnelle Einsatztruppe, wie ich es einmal nennen möchte, aufgebaut, um schnelles und professionelles rechtliches Vorgehen in solchen Fällen abzusichern.

Viele von Euch waren vielleicht dabei - das vermute ich mal -, als wir im Juni eine große Zuliefererkonferenz in Leipzig für die Branche des Fahrzeugbaus durchgeführt haben. Betriebsräte und Vertrauensleute haben die Themen und Probleme der Automobilindustrie entlang ihrer Wertschöpfungskette bearbeitet. Und gemeinsam haben wir festgestellt:

Erstens: Der Erfolg der deutschen Automobilindustrie beruht auf der Innovationspartnerschaft zwischen Endherstellern und Zulieferunternehmen. Er beruht nicht auf unfairen, teils erpresserischen Preisverhandlungen.

Zweitens: Mit einer gemeinsamen Branchenpolitik wollen wir den Strukturwandel - wie Leichtbau, E-Mobilität, Digitalisierung oder autonomes Fahren - mitgestalten. Damit die Beschäftigten nicht unter die Räder kommen, müssen wir aktiv dabei sein.

Drittens: Die IG Metall macht ernst mit Klimaschutz und Verbraucherschutz. Klimaschutz und Beschäftigung stehen nicht im Widerspruch, wenn wir offen für Innovationen sind. Und Verbraucherschutz vertraut realitätsnahen Verbrauchs- und Emissionsangaben der Hersteller. Und auch für diese Frage stehen die IG Metall und ihre Betriebsräte offen in der Debatte mit dieser Branche und dieser Industrie. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu einem zentralen Handlungsfeld der IG Metall in den letzten Monaten. Das ist unser Kampf gegen den Missbrauch von Werkverträgen. Detlef hat unseren Weg beschrieben, wie wir seit 2007 den Kampf gegen prekäre Beschäftigung geführt haben, auch gegen den Missbrauch von Werkverträgen.

Der Vorstand hat zu Beginn des Jahres Schwerpunkte gesetzt. Industrielle Kontraktlogistik, industrielle Services und Entwicklungsdienstleister stehen im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Ich bin schon ein bisschen stolz darauf, dass wir hier große Schritte nach vorne gemacht haben. Wir haben die Dumpingstrategien der Arbeitgeber an das Licht der Öffentlichkeit gebracht. Und die Arbeitgeber reagieren gereizt. Wir kennen dies aus der Psychologie: Reizüberflutung führt zu Fehlleistungen.

Eine glatte Fehlleistung ist etwa die Aussage des Hauptgeschäftsführers von Gesamtmetall, Herrn Zander, zu unserem Aktionstag am 7. Oktober gegen den Missbrauch von Werkverträgen. Ich zitiere: „Wer daran rüttelt, will das System volkseigener Betriebe wieder einführen. Es scheint also kein Zufall, dass der Aufruf der Gewerkschaften auf den Gründungstag der DDR fällt.“

Ich kann nur sagen, meine Herren von Gesamtmetall: Diffamierung hilft uns nicht weiter! (Beifall)

Nur so kann ich verstehen, dass die Reizüberflutung wohl zu permanenter Fehlleistung anregt, wenn wir gleichzeitig zu hören bekommen, die IG Metall würde diese Kampagne nur zur Mitgliederwerbung nutzen. Kolleginnen und Kollegen, das ist ungefähr so, als würde man BMW vorwerfen, Autos zu entwickeln, nur um diese zu verkaufen. (Beifall)

Der Markenkern von Gewerkschaften ist doch der solidarische Verbund von abhängig Beschäftigten. Und das geht nun mal über Mitgliedschaft. Und deshalb ist es so wichtig und gut, dass wir auch in diesen Branchen Mitglieder gewinnen. Lasst uns

gemeinsam daran arbeiten, dass zu den 4.000 neuen Mitgliedern in der Kontraktlogistik noch viele weitere hinzukommen. Mitgliederstärke macht uns gemeinsam stark zur Gründung von Betriebsräten, um gemeinsam Tarifverträge durchzusetzen. (Beifall)

Und wir zeigen Gesicht. Unsere Aktionstage am 24. September und am 7. Oktober waren wichtig. Tausende Kolleginnen und Kollegen haben sehr engagiert deutlich gemacht, was sie von den Arbeitgeberstrategien halten, nämlich nichts.

Und es war ein klares Signal an die Politik: Wir fordern ein, dass dieser Teil des Koalitionsvertrages, die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen, noch dieses Jahr auf die Tagesordnung des Kabinetts kommt und dass wir gesetzliche Regelungen bekommen, die uns als Betriebsräte, uns als Gewerkschaften unterstützen im Kampf gegen den Missbrauch von Werkverträgen. Das ist eine notwendige Reform, das ist eine notwendige Anstrengung, die wir der Politik auch abverlangen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Eine weitere Fehlleistung der Arbeitgeber ist, sich mit diesem Thema den Konflikt selbst ins Haus zu holen. Ich nenne als Beispiel Transco in Mannheim. Das ist eine Werksvertragsfirma, die von Daimler engagiert wurde. Transco wollte als Leiharbeiter eingesetzte Kollegen übernehmen, aber zu noch schlechteren Bedingungen. Die Kollegen machten da nicht mit, und in der Lkw-Montage in Wörth fielen mehrere Schichten aus. Gut so. Das erzeugt Lernprozesse auch bei den Arbeitgebern. Das zeigt etwa die Erklärung von BMW, keine Werkvertragsunternehmen ohne Metalltarif mehr im Werk zu beschäftigen. Und auch die Logistiker lernen. So bietet uns nun der Arbeitgeberverband des Speditionsgewerbes Gespräche über Tarifbindung an.

Das war und ist ein mühevoller Kampf. Das waren und sind harte Auseinandersetzungen. Hier haben die Verwaltungsstellen vor Ort vieles geleistet. Dass wir so weit sind - das will ich an der Stelle noch einmal deutlich betonen -, ist vor allem auch das Verdienst des Drucks von Betriebsräten und Vertrauensleuten in den Stammbetrieben. Dieses solidarische Miteinander hat uns stark gemacht und wird uns weiter stark machen, wenn es darum geht, den Missbrauch von Werkverträgen allemal aus unseren Branchen zu verbannen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Es ist ein Erfolgsfaktor unserer Tarifpolitik, dass sie solidarisch für alle Beschäftigten wirkt. Detlef hat es schon gesagt: ein Betrieb - ein Tarifvertrag - eine Gewerkschaft. Dies ist ein klares Gegenmodell zu den Berufsgewerkschaften des Beamtenbunds und anderer.

Nein, die IG Metall steht für eine solidarische Tarifpolitik. Wir sind die Interessenvertretung aller Lohnabhängigen, ob Bandarbeiter oder Ingenieur. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit verlangt Einheit und nicht Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen. Daher ist die Tarifeinheit auch ein klares politisches Gebot solidarischer Tarifpolitik, Kolleginnen und Kollegen, und das Streikrecht ist ihre unabdingbare Voraussetzung. Beides ist unverzichtbarer und verpflichtender Maßstab für unser Handeln auch in der politischen Bewertung dessen, was heute auf dem Parkett des Tarifeinheitgesetzes liegt. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, „Wir für mehr!“ - das war unser Motto für die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie. Ein anspruchsvolles, ein selbstbewusstes Motto, und ein erfolgreiches. Das gilt sowohl für den Verlauf als auch für das Ergebnis der Tarifrunde. Grundlage war die breite Diskussion in den Tarifkommissionen über unsere mittelfristigen Ziele der Tarifpolitik und die Forderung 2015.

Wir haben sehr einmütig unsere Forderungen aufgestellt. Die transparente Zeitplanung mit Tarifkommissionssitzungen in allen Regionen am gleichen Tag hat sich bewährt. Unter dem Motto „Wir für mehr!“ hat sich die gesamte IG Metall versammelt. Das große WIR wurde zum Renner. Es gibt kaum ein Foto von der Tarifrunde, auf dem sich nicht viele Menschen hinter diesen drei großen Buchstaben versammelt haben.

So haben sich insgesamt 900.000 Kolleginnen und Kollegen an den Warnstreiks beteiligt, in großen wie in kleinen Betrieben, in allen Bezirken flächendeckend.

Dieses Mal können wir sagen, das glaube ich schon: Nicht nur in der A-Note für das erreichte Ergebnis, auch in der B-Note für Anlage und Ausführung haben wir eine gute Punktzahl erreicht. Darauf können wir alle stolz sein, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Beide erreichten qualitativen Ergebnisse sichern unseren Mitgliedern den Anspruch, zeitweilig die Arbeitszeit zu verkürzen, und legen damit die Spur für ein zentrales Thema der Tarifpolitik der nächsten Jahre, wie ich meine, nämlich die Arbeitszeit. Jetzt geht es darum, diese Erfolge im Betrieb umzusetzen. Die anderen werden es nicht für uns tun.

Kolleginnen und Kollegen, in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie haben wir eine Einmalzahlung und eine Entgelterhöhung von 3,4 Prozent durchgesetzt. Wir wollten einen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit und für mehr Kaufkraft, und das haben wir erreicht.

Gesamtmetall möchte ich an dieser Stelle ins Stammbuch schreiben: Reden Sie doch die Leistungsfähigkeit der eigenen Industrie nicht immer schlecht. Der Tarifabschluss ist nicht nur gut für unsere Mitglieder und für die Konjunktur, er ist auch bezahlbar. Punkt. (Beifall)

Auch wenn Metall und Elektro oft im Fokus stehen, unsere Tarifpolitik geht weit darüber hinaus. Das zeigen die jüngsten Tarifabschlüsse. So konnten wir etwa in der Textilindustrie Ost die Entgelte um 5,3 Prozent in zwei Stufen erhöhen und die Altersteilzeit regeln. Bei den Textilien Diensten konnten wir die Arbeitszeit einheitlich in Ost und West auf 38 Stunden absenken.

Auch im Handwerk sind uns Verbesserungen gelungen. Ich nenne nur zwei Beispiele: Im Kfz-Handwerk haben wir in vielen Tarifbezirken Entgelterhöhungen um 5,8 Prozent auf zwei Jahre durchgesetzt, und im Elektrohandwerk konnten wir erstmalig ein einheitliches Mindestentgelt für Ost und West von 10,95 Euro erreichen.

Hiermit ist ein Stichwort aufgegriffen, dem sich die IG Metall wie erst recht die Arbeitgeber 25 Jahre nach der deutschen Einheit stellen müssen und dem wir uns in der Tarifpolitik stellen: Die Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse zwischen Ost und West ist und bleibt ein sozialstaatliches Gebot, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das werden wir auch weiter ernst nehmen. (Beifall)

Zu den großen Herausforderungen gehören - Detlef hat darauf hingewiesen - natürlich auch die Fragen: Wie gestalten wir die Digitalisierung der Arbeitswelt? Was bedeutet für uns Industrie 4.0? Wer schon Gelegenheit hatte, in den Ausstellerbereich zu gehen, sieht schon dort, wie wichtig uns das Thema ist. Unser zentrales Anliegen ist: Wir können die Zukunft der digitalisierten Arbeitswelt nicht den Arbeitgebern und Technologen überlassen.

Wir haben uns frühzeitig, entschieden und kompetent in die Debatte eingemischt. Dafür haben wir das Ressort „Zukunft der Arbeit“ eingerichtet, das ich verantworte. Wir haben deutlich gemacht, worum es im Kern geht: Um die Gestaltung guter Arbeit, um faire Teilhabe und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Unsere Botschaft ist angekommen. Die Politik hat damit begonnen, etwa in Form des Grünbuchs Arbeit 4.0, neue Handlungsfelder und Perspektiven für eine gute Zukunft der Arbeit zu erarbeiten. Das Thema ist in der Politik verankert, und wir sitzen dabei als IG Metall nicht am Katzentisch - das ist auch wichtig, Kolleginnen und Kollegen -, sondern seit diesem Jahr etwa gleichberechtigt in den entscheidenden Plattformen der Bundesregierung.

Vor allem unsere Verankerung in den Betrieben und die Erfahrung der Betriebsräte machen uns dabei zu gefragten Gesprächspartnern. Oder anders, es gilt auch in diesem Feld: Die Tore werden auch hier im Betrieb geschossen. Aber wie schießen wir die Tore? Ich nenne drei Beispiele.

Mehr als 300 Millionen Euro stellt jetzt die Bundesregierung für Forschung zum Themenbereich Digitalisierung und Arbeitswelt bereit. Auch das ist ein Ergebnis unseres Tuns.

Die IG Metall ist jetzt an zahlreichen Projekten beteiligt, und überall geht es um unsere Themen: Wie kann Arbeitsorganisation, wie kann Technik so gestaltet werden, dass die Arbeit in der digitalen Arbeitswelt gute Arbeit ist? Welche Qualifikationen brauchen wir, und wie können wir sie entwickeln? Wie können wir Mitbestimmung und Beteiligung organisieren, um die Arbeitswelt von morgen mitzugestalten?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schriftliche Bestätigung steht zwar noch aus, aber ich kann Euch verraten, dass wir in der letzten Woche für einen eigenen Projektantrag „Arbeit und Innovation“ den Zuschlag bekommen haben. Damit stehen ab 2016 mehr als fünf Millionen Euro für Umsetzungs- und Qualifizierungsprojekte im Betrieb zur Verfügung, offen für Betriebsräte und Vertrauensleute, die eigene Ideen entwickeln wollen, wie digitale Arbeit menschengerecht im Betrieb gestaltet werden kann. Ich denke, das ist eine gute Sache. (Beifall)

Ein zweiter Schwerpunkt unserer Aktivitäten: Beispiele für gute Beteiligung schaffen. Ein Leuchtturmprojekt ist etwa die Beteiligung der Beschäftigten bei Daimler bei der Entwicklung von Regeln zum mobilen Arbeiten. Gesamtbetriebsrat und IG Metall sind hier Initiatoren und Treiber des Prozesses. Mehr als 80.000 Beschäftigte wurden zu ihren Wünschen über Möglichkeiten und Regelungen für mobiles Arbeiten befragt. Mehr als 34.000 Kolleginnen und Kollegen haben geantwortet. Jetzt sind sie eingeladen, in Workshops, Blogs und Veranstaltungen die Regeln mitzugestalten, die ihre Arbeitswelt zukünftig prägen. Die Beschäftigten sprechen mit über ihre Zukunft, und wir beteiligen sie. Wir organisieren Beteiligungsprozesse. Das ist ein wichtiger Zugang, um das Thema „Digitale Arbeitswelt“ für uns beherrschbar zu machen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Zum Dritten: Vernetzung der Aktiven. In unserer Dialogplattform Industrie 4.0 treffen sich Betriebsräte, Vertreter der Bezirke und Verwaltungsstellen, die sich rund um die Digitalisierung der Arbeitswelt engagieren.

Der neu gegründete Beirat „Zukunft der Arbeit“ beim IG Metall-Vorstand ist ein Forum für Betriebsräte, Unternehmensvertreter, Wissenschaftler und der Politik aus

Bund und EU, um uns bei unserer Arbeit zu begleiten. - So weit zu diesem Arbeitsfeld.

Kolleginnen und Kollegen, die Zukunft der Arbeit aktiv mitgestalten, durch eine starke Betriebs- und Tarifpolitik, selbstbewusst und solidarisch, das prägte unsere Arbeit auch im Jahre 2015.

So weit meine Ergänzungen zum Geschäftsbericht. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Ina Morgenroth, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Jörg, für Deinen Bericht. - Nun bitte ich den Hauptkassierer der IG Metall, Jürgen Kerner, seine Ergänzungen zu dem schriftlichen Geschäftsbericht vorzutragen. Jürgen, Du hast das Wort.

Jürgen Kerner, Hauptkassierer

(Mit Beifall begrüßt)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! „Geld im rechten Augenblick zu haben, das allein ist Geld.“ Der Satz stammt von Detlef von Liliencron, einem deutschen Lyriker und Autor des 19. Jahrhunderts.

Ja, wer nicht im rechten Augenblick Geld hat, der kann leicht ausgebeutet werden. Und für eine Gewerkschaft ist die Bedeutung des rechten Augenblicks in Bezug auf Geld hoch politisch.

Die Geschichte lehrt uns, dass uns nichts in den Schoß fällt. Wir müssen uns zusammmentun, uns organisieren und für unsere Rechte kämpfen. Das ist die Geschichte der Arbeiterbewegung. Das ist die Geschichte unserer IG Metall, die nächstes Jahr ihr 125-jähriges Jubiläum begeht.

Auch heute gilt: Wir vertreten die Interessen unser Mitglieder so wirkungsvoll, weil wir stark sind, weil wir viele Metallerinnen und Metaller sind, weil wir solidarisch sind und weil wir ein stabiles finanzielles Fundament haben.

Kolleginnen und Kollegen, um heute unsere Ideen und Konzepte für „Gute Arbeit“ und „Gutes Leben“ durchzusetzen, brauchen wir betriebliche, politische und finanzielle Schlagkraft. Meine Aufgabe ist es vor allem, die finanzielle Schlagkraft zu sichern und auszubauen.

Kolleginnen und Kollegen, unsere Beitragseinnahmen werden dieses Jahr auf 532 Millionen Euro steigen. 2013 waren es noch knapp unter 500 Millionen Euro. 2011, also vor vier Jahren auf unserem letzten Ordentlichen Gewerkschaftstag, waren es 459 Millionen Euro.

Das fällt nicht vom Himmel. Dafür gibt es vier entscheidende Gründe: erstens die gute Mitgliederarbeit in den Betrieben - im fünften Jahr in Folge freuen wir uns über Mitgliederzuwachs; zweitens die guten Tarifiergebnisse; drittens konsequente Anpassung der Beiträge und viertens solides finanzielles Handeln und professionelles Controlling auf allen Ebenen.

Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, wie schwer es ist, Mitglieder zu halten und obendrauf neue zu gewinnen. Ich weiß auch, wie schwer es ist, immer wieder und wieder die Beitragsehrlichkeit durchzusetzen. Daher danke ich Euch von Herzen für Euren tagtäglichen Einsatz vor Ort in den Betrieben und Verwaltungsstellen. Kolleginnen und Kollegen, die gute Finanzentwicklung ist Euer Erfolg. Herzlichen Dank! (Beifall)

In den letzten vier Jahren haben wir durchgängig positive Ergebnisse in der Hauptkasse erzielt. 2014 waren es 5,5 Millionen Euro. Auch im laufenden Jahr wird die Hauptkasse positiv abschließen - selbstverständlich nach den Rückstellungen.

Unsere klare Linie bleibt. Wir führen auch weiterhin 15 Prozent der Beitragseinnahmen den Rücklagen zu. Damit stärken wir die Streikkasse und sichern die Verpflichtungen der IG Metall gegenüber den Mitgliedern und den Beschäftigten.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind stolz, dass wir mit unseren Verwaltungsstellen überall im Land aktiv sind. Die Stärke der IG Metall geht von den Betrieben aus, von der ehrenamtlichen Arbeit in den Verwaltungsstellen.

Das spiegelt auch die Entwicklung der Ortskassen wider. Diese sind in den vergangenen Jahren auf 260 Millionen Euro gestiegen - 34 Millionen Euro mehr als in 2011. Die allermeisten Verwaltungsstellen haben so ihre politische Handlungsfähigkeit weiter erhöht. Auch das, Kolleginnen und Kollegen, sind die Früchte der guten Arbeit vor Ort. Vielen Dank an Euch und an Euer Engagement. Man sieht das auch an den Ortskassen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Der Ortskassenanteil an den Beitragseinnahmen ist mit gut 35 Prozent stabil. 2012 und 2013 war er höher. Das lag an der Entschuldung einiger Verwaltungsstellen, also damit an Einmaleffekten.

Kolleginnen und Kollegen, unsere finanziellen Ergebnisse sind in der Summe gut. Sie dürfen uns aber nicht dazu verleiten, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen. Wir müssen den Herausforderungen ins Auge schauen.

Unsere Verwaltungsstellen sind die Quelle der Vielfalt für die IG Metall. Das ist gut so. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Der Paragraph 14 Absatz 6 unserer Satzung regelt die Verteilung der Beiträge innerhalb der Organisation. Damit können allerdings nicht alle Besonderheiten gleichermaßen gut berücksichtigt werden.

49 Verwaltungsstellen verzeichnen ein negatives Ergebnis von insgesamt 3,3 Millionen Euro. Die anderen zwei Drittel unserer Verwaltungsstellen erreichen ein positives Ergebnis von 10,6 Millionen Euro.

Wir haben intensiv darüber diskutiert, ob eine Erhöhung des Sockelbetrages die Lösung ist. Das würde indes nicht die finanziellen Probleme der betroffenen Verwaltungsstellen lösen, und wir würden Mittel binden, die wir für Mitgliederprojekte, also für die Zukunft der IG Metall, benötigen.

Der Vorstand der IG Metall hat deswegen eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die im Wesentlichen aus den Verwaltungsstellen und Bezirken besetzt ist. Sie wird nach dem Gewerkschaftstag einen Vorschlag für die Finanzierung der Verwaltungsstellen in der Fläche erarbeiten und bis Mitte 2016 dem Beirat vorlegen.

Kolleginnen und Kollegen, als Hauptkassierer stehe ich dafür, dass die IG Metall weiterhin in ganz Deutschland betriebs- und gesellschaftspolitisch aktiv sein kann, auch in Regionen, wo unsere Branchen aktuell weniger Gewicht haben.

Kolleginnen und Kollegen, wir - die IG Metall - bleiben in der Fläche präsent und wirksam. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werfen wir nun einen Blick auf die Ausgaben.

Eine wichtige Position in den Jahresrechnungen der IG Metall sind die Satzungsleistungen. 1,9 Millionen Euro erstatteten wir für Streik und Aussperrung. 22,6 Millionen Euro erhielten die Rentnerinnen und Rentner. 50 Millionen Euro betrug die Unterstützung im Todesfall. 14,4 Millionen Euro zahlten wir für Freizeitunfälle aus. Und 800.000 Euro stellten wir für außerordentliche Notfälle bereit, zum Beispiel für die Hochwasserhilfe, wo wir mit die Ersten waren, die die Mitglieder vor Ort mit Geld wirklich unterstützen konnten. Insgesamt sind so 89,7 Millionen Euro direkt Mitgliedern der IG Metall zugutegekommen.

Mit 97,7 Millionen Euro haben wir unsere Mitglieder im Rechtsschutz unterstützt - direkt oder über den DGB.

Unsere Mitglieder schätzen die metallzeitung sehr. Die metallzeitung ist von hoher journalistischer und politischer Qualität. Alle Mitglieder erhalten unser mediales Flaggschiff Monat für Monat direkt in den Briefkasten. Dafür stellen wir 69 Millionen Euro bereit. Gerade in Zeiten des schnelllebigen Internets ist das für mich klug investiertes Geld.

Auch bei der Bildung unserer Mitglieder und unserer Funktionärinnen und Funktionäre verlassen wir uns nicht auf andere.

107,8 Millionen Euro haben wir in den letzten vier Jahren in Bildung investiert. Dieses Geld steht für Maßnahmen vor Ort und in den Bildungszentren zur Verfügung. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Investitionen in die Zukunft der IG Metall. Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns einig: Bildung ist und bleibt eine zentrale Zukunftsinvestition für die IG Metall. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, immer wieder wird spekuliert, wie hoch das Vermögen der IG Metall wohl ist. Ihr wisst, wir geben aus gutem Grund keine Auskunft. Und das halten wir auch weiter so. Warum sollten wir uns auch ausrechenbar machen?

Zwei Botschaften möchte ich Euch aber auch mitgeben:

1. Unsere Streikkasse ist nach wie vor sehr gut gefüllt. Am Geld wird keine Auseinandersetzung scheitern!
2. Auch in schwierigem Umfeld, bei Finanzmärkten mit niedrigen Zinsen, wächst unser Vermögen.

Dabei gehen wir keine unangemessenen Risiken ein, wir suchen nicht den letzten Renditepunkt auf Teufel komm raus, und wir zocken nicht!

Als Hauptkassierer stehe ich für solides Wirtschaften mit strengem Risikocontrolling.

Kolleginnen und Kollegen, Geld steckt auch in unseren Immobilien. Gute Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen. Das gilt ebenfalls für die Gewerkschaftsarbeit. Und dabei spielen Häuser eine wertvolle Rolle.

Die IG Metall hat durch ihre Immobiliengesellschaft IGEMET in den vergangenen Jahren 115,4 Millionen Euro in Gewerkschaftshäuser und Bildungszentren investiert. 48,9 Millionen Euro davon gingen in die Modernisierung und energetische Sanierung vor allem der Bildungszentren.

Unsere Gewerkschaftshäuser unterstützen die Mitglieder- und Beteiligungsorientierung der IG Metall. Sie bieten den ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionären gute Rahmenbedingungen für ihr Engagement. Sie unterstützen die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit modernen Arbeitsplätzen. Sie sind repräsentativer Ort spannender Veranstaltungen für die Menschen in der Region.

Wo sind in den letzten Jahren neue Gewerkschaftshäuser entstanden? - In Landshut, in Heidenheim, in Münster und aktuell in Freiburg. Darauf können die Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu Recht stolz sein, darauf können wir gemeinsam stolz sein, dass wir immer mehr eigene Gewerkschaftshäuser haben, die einen Platz der Zusammenkunft bilden und einen Platz der Aktion. Herzlichen Dank! (Beifall)

Diesen Weg werden wir fortsetzen. Das Gewerkschaftshaus in Rheda-Wiedenbrück steht kurz vor der Fertigstellung, für Kempten ist ein Gewerkschaftshaus beschlossen, und für Leipzig laufen die Vorarbeiten.

Kolleginnen und Kollegen, ich verantworte die Arbeit der IG Metall in der Luft- und Raumfahrtindustrie, in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie und bei Siemens. In den letzten Jahrzehnten ist mit politischer Unterstützung und mit öffentlichen Mitteln eine moderne und leistungsfähige Luft- und Raumfahrtindustrie in Deutschland etabliert worden.

Heute stehen wir an einem Wendepunkt. Warum? - Heute entscheidet sich, ob und wie sich die Luft- und Raumfahrtindustrie weiterentwickelt. Wir wollen die Weichen stellen, damit diese Branche auch in 20 Jahren sichere und gute Arbeitsplätze bietet und eine Leitbranche in Deutschland ist und bleibt.

Dafür müssen viele Akteure an einen Tisch: die Unternehmen, die Bundesregierung, die Bundesländer, die Forschungseinrichtungen und selbstverständlich auch Betriebsräte, Vertrauensleute und die IG Metall.

Von der Bundesregierung haben wir deshalb einen industriepolitischen Dialog eingefordert. Aktuell werden die Ergebnisse der bisher vier Runden Tische in einem Papier zusammengeführt. Der Dialog wird dann fortgesetzt werden.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben den gemeinsamen Prozess angestoßen und konsequent vorangetrieben. Wir haben in den Runden Tischen die zentralen Handlungsfelder benannt. Dazu gehören auch in dieser Branche der zu hohe Anteil an Leiharbeit und der Missbrauch von Werkverträgen.

Kolleginnen und Kollegen, die IG Metall vertritt auch die Beschäftigten der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in über 100 Betrieben. Für uns als IG Metall kein einfacher Bereich. Ihr wisst das. Wir sind als IG Metall selbstverständlich dem Frieden verpflichtet.

Gemeinsam mit den Betriebsrätinnen und Betriebsräten der Branche haben wir klare Positionen entwickelt und im Vorstand beschlossen. So dürfen Waffenexporte nie vor Menschenrechte gehen, und bei Zweifeln ist ein Export undenkbar, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Eine strikte Endverbleibskontrolle ist zwingend.

Weil dies bei Kleinwaffen nicht funktioniert, bin ich hier für klare Kante: Kein Export von Kleinwaffen außerhalb von EU und NATO. Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht kontrollierbar. Deswegen klare Position der IG Metall: Kein Export außerhalb dieser Bereiche. (Beifall)

Statt einseitiger Rüstungsabhängigkeiten ist es für Unternehmen besser, zivile Märkte zu erschließen. Dafür setzen wir uns gemeinsam ein!

Auf Initiative der IG Metall hat das Bundeswirtschaftsministerium einen Innovationsfonds eingerichtet. Das ist ein erster Erfolg.

Der Vorstand der IG Metall hat im Oktober eine neue Initiative für Konversion beschlossen.

Kolleginnen und Kollegen, „Mensch vor Marge“, so lautet unser Motto bei Siemens. Den Sparplänen des Vorstands haben wir mit drei konzernweiten Aktionstagen in den letzten Jahren widersprochen. Der letzte war am 9. Juni mit enormer Medienresonanz bis in die Tagesschau und Heute.

Wir sind betriebspolitisch stärker geworden, die IG Metall sitzt längst nicht mehr am Katzentisch. Unsere gemeinsam mit dem Gesamtbetriebsrat entwickelte Deutschlandstrategie Siemens 2020 kommt gut voran. Erstmals seit Jahrzehnten gibt es sogar wieder eine Industrieansiedlung in Deutschland.

Der Aufbau einer Windkraftfertigung mit bis zu 1.000 neuen Arbeitsplätzen erfolgt in Cuxhaven, statt - wie ursprünglich von großen Teilen des Vorstands gewollt - im

Ausland. Und, Kolleginnen und Kollegen, diese Fertigung wird mit Tarifvertrag stattfinden. - Gerade in dieser Branche ein wichtiges Zeichen: Wind und Tarifverträge gehören zusammen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Unser Standort- und Beschäftigungsabkommen - Radolfzell II - schließt betriebsbedingte Kündigungen aus. Das wollte das Management mal wieder kippen. Wir haben das gemeinsam mit den Betriebs- und Vertrauensleuten verhindert.

Stattdessen wurde ein Zukunftstarifvertrag geschlossen. Kern ist ein Innovationsfonds mit 100 Millionen Euro, der von einer paritätischen Kommission geführt wird.

Die engagierte gewerkschaftliche Arbeit wirkt auch auf die Mitgliederzahlen.

Unsere Mitgliederbasis ist gewachsen - innerhalb der letzten vier Jahre um zehn Prozent.

Dafür danke ich all unseren ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionären sehr herzlich. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, die bevorstehenden Entwicklungen stellen uns als Organisation auch vor langfristige Herausforderungen. Ich will Euch drei Beispiele nennen: Erstens das Beteiligungsmanagement. Auf allen Ebenen ist die IG Metall Mitglied in fast 250 Vereinen und gemeinnützigen Gesellschaften.

Zudem wirkt die Internationalisierung stärker auf unsere Arbeit ein. Detlef hat das in seinem Bericht angesprochen. Wir gründen neue Gesellschaften, um Organizing-Aktivitäten in den USA und Ungarn zu unterstützen.

All diese Aktivitäten machen ein Risikocontrolling und ein Beteiligungsmanagement zwingend.

Zweites Beispiel: Die Aus- und Weiterbildung unserer Hauptamtlichen und unserer betrieblichen Funktionäre wird immer wichtiger und vielfältiger.

Die IG Metall hat im Oktober beschlossen, auf dem Frankfurter Unigelände in enger Kooperation mit der Europäischen Akademie der Arbeit, der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen ein Lehrgebäude zu errichten. Gleichzeitig wird die EAdA personell und inhaltlich gestärkt. In direkter Nähe des House of Finance hier in Frankfurt entsteht also unser House of Labour - ein richtiges Zeichen für die Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital. (Beifall)

Drittes Beispiel: Die Altersstruktur unserer Mitglieder und die längerfristige Beschäftigungsentwicklung erfordern neue Strategien, um unsere Mitgliederstärke zu halten und auszubauen.

Dafür haben wir in den letzten Jahren mehr Mittel bereitgestellt. 2012 wurde der Investitionsfonds eingeführt und kontinuierlich ausgebaut. 2015 stehen insgesamt 22,4 Millionen Euro zur Verfügung - eine stattliche Summe.

Die neuen Mitgliederentwicklungsprojekte der Bezirke werden über diesen Investitionsfonds und über weitere Mittel aus dem Vermögen finanziert.

Wir werden dafür in den kommenden neun Jahren - wir als Finanzbereich rechnen genau - 191 Millionen Euro investieren.

Kolleginnen und Kollegen, wir alle machen dieselbe Erfahrung: Nur wenn wir stark sind, finden wir Gehör. Ich stelle heute fest: Wir erfüllen die Satzungsleistungen für die Mitglieder; wir entsprechen den Verpflichtungen gegenüber den Beschäftigten der IG Metall; wir füllen weiter unsere Streikkasse und wir investieren in strategische und konkrete Zukunftsprojekte.

Die Finanzen der IG Metall sind gut geordnet. Wir haben sie in den letzten Jahren sogar noch weiter verbessert - und das trotz der ungünstigen Zinsentwicklung.

Ich versichere Euch: Wir sind unabhängig, wir sind jederzeit handlungsfähig, und zwar uneingeschränkt, wenn es ums Geld geht.

Kolleginnen und Kollegen, Homer hat im achten Jahrhundert vor Christus geschrieben: „Mancher Menschen Weltanschauung ist nur eine Geldanschauung.“ Geldanschauung ist nicht unser Ding. „Die IG Metall hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen der Mitglieder zu fördern.“ So lautet der erste Satz von Paragraf 2 unserer Satzung.

Dafür brauchen wir unsere Finanzkraft. Ich bedanke mich bei Euch allen und bei allen, die zu dieser guten Arbeit beigetragen haben. Ihr seid ein tolles Team!

Ich wünsche uns einen erfolgreichen Verlauf unseres Gewerkschaftstags. - Danke.
(Beifall)

Ina Morgenroth, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Jürgen, für Deine Ergänzung. - Es folgt nun das Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb. Wolfgang, Du hast das Wort.

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin als geschäftsführendes Vorstandsmitglied ja erst zu Beginn der zweiten Halbzeit der jetzt ablaufenden Wahlperiode eingewechselt worden. Das hieß für mich zunächst zuhören und Neues lernen, aber dann auch entschlossen handeln.

Wir haben in den letzten zwei Jahren erstmals ein eigenständiges Ressort Industrie-, Struktur- und Energiepolitik gebildet. Wir haben ein Projekt „Zukunft Ost“ gegründet, ein Verbindungsbüro der IG Metall in Brüssel eröffnet und eine weltweit einzigartige Netzwerkinitiative gestartet. Und wir haben neben dem Bündnis „Zukunft der Industrie“ in Branchendialogen und einer Expertenkommission des Wirtschaftsministeriums kräftig mitgemischt. Das sind die wesentlichen Eckpunkte, zu denen ich ein paar Anmerkungen machen will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein hoher industrieller Anteil an der Wertschöpfung ist der Schlüssel zum Wohlstand einer Gesellschaft. Wir Metallerinnen und Metaller wissen das schon lange, nicht erst seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Mit Dienstleistungen allein kann man keinen Wohlstand erzeugen. Wohlstand muss man erst produzieren, bevor man davon profitieren kann. Dafür, Kolleginnen und Kollegen, braucht es eine starke Industrie in Deutschland.

Aber gute industrielle Entwicklung ist kein Selbstläufer. Sie muss gefördert werden. Da geht es aktuell um den Erhalt der Wertschöpfungsketten, um den Erhalt zukunftsfähiger innovationsstarker Industriebranchen. Und das braucht eine gute und vor allen Dingen eine verlässliche Industriepolitik. Wir haben uns in den Branchendialogen eingebracht und spielen dort eine gewichtige Rolle, ebenso wie in einer Expertenkommission von Sigmar Gabriel. Das sind Gremien, in denen es darum geht, den Strukturwandel zu erkennen und Innovationen zu stärken.

Nur ein Beispiel: Wir haben 55.000 hoch qualifizierte Bahnbeschäftigte in der Industrie. Wenn wir sie behalten wollen, dann müssen wir der internationalen Konkurrenz begegnen. Die Deutsche Bahn aber bestellt global, was sie auch bei deutschen Ausrüstern bestellen könnte. Die Deutsche Bahn ist aber ein Staatsunternehmen. Sie hat Verantwortung für Arbeitsplätze in unserem Land. Ich sage deshalb: Was die da machen, geht nicht! Da muss die Politik handeln. Deshalb haben wir dem Wirtschaftsministerium ein aktuelles Maßnahmenpaket vorgeschlagen, wie Arbeitsplätze zum Beispiel in dieser Branche gesichert werden können. (Beifall)

In der Expertenkommission ging es um die künftigen Investitionsstrategien in Deutschland. Wir haben - und das wollten keineswegs alle in der Kommission - zunächst eine Diskussion über Rolle und Funktion des Staates geführt. Denn andere Teilnehmer der Kommission, die Banker und Versicherer, sehen die Lösung in privatem Kapital.

Klar: Die versprechen sich gute Renditen. Aber das ist doch Wahnsinn, erst recht bei den niedrigen Zinsen zurzeit, die für den Staat gegen null gehen. Die Privaten wollen Profit machen und wir Steuerzahler sollen das dann bezahlen. Kolleginnen und Kollegen, diesen Weg gehen wir nicht mit, da machen wir nicht mit! (Beifall)

Deshalb haben wir im April dieses Jahres in der Kommission eine Alternative vorgeschlagen, einen Pakt zur gerechten Finanzierung öffentlicher Investitionen. Es ist ein Weg, der aufzeigt, wie - selbst unter den Restriktionen einer schwarzen Null - öffentliche Investitionen finanziert werden können.

Und weil wir die Zukunft im Blick behalten müssen, haben wir in meinem Verantwortungsbereich für den Maschinenbau, eine der Leitbranchen in Deutschland, ein Expertenteam gegründet, mit Betriebsräten aus allen betroffenen Branchen, als Rat- und Impulsgeber für unsere Aktivitäten gegenüber der Politik. Wir haben im Maschinenbau über eine Million Beschäftigte. Er ist also ein wichtiger Garant für den Wohlstand unserer Gesellschaft.

Auch das, Kolleginnen und Kollegen, ist kein Selbstläufer. Da gibt es unterschiedliche Interessen. Da sind die konventionellen Kraftwerksbauer. Und dann sind da unsere Kolleginnen und Kollegen, die Windräder produzieren. Deren Interessen sind unterschiedlich, aber alle berechtigt. Und sie sind wichtig für uns. In allen Teilbranchen treibt uns die Frage um, wie eine zukunftsfähige Hochtechnologiestrategie sichergestellt werden kann und neue Potenziale in Leitmärkten erschlossen werden können.

Das gilt auch für die Energiewende. Die Energiewende muss gelingen, und zwar wegen unserer Verantwortung für den Klimaschutz, wegen der ökonomischen Chancen für Deutschland und Europa. Wir haben unsere Positionen klargemacht: bei der Reformdebatte zum EEG, bei der Debatte zum Strommarktdesign der Zukunft, bei den Umweltleitlinien der EU.

Beschäftigungspolitisch aber müssen wir dafür sorgen, dass in dieser Diskussion keiner zurückbleibt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Beschäftigungspolitische Herausforderungen gibt es nach wie vor auch im Osten unseres Landes. Da ist vieles besser geworden, aber viele Regionen leiden noch immer unter Deindustrialisierung. Das Einkommensgefälle ist immer noch groß.

Das darf, Kolleginnen und Kollegen, auf Dauer nicht so bleiben. Wir treten für gleichwertige Lebensbedingungen ein. Jörg hat bereits darauf hingewiesen und die IG Metall bleibt dabei: Wir treten für gleichwertige Lebensbedingungen in Ost und West ein. (Beifall)

Und wie wir - nach 25 Jahren - weiter vorankommen, darüber muss geredet werden. Das ist kein einfaches Thema. Deshalb haben wir das Projekt „Zukunft Ost“ ins Leben gerufen. Unser Ziel ist: Organisationsgrade im Osten weiter steigern, Tarifbindung ausbauen, Mitbestimmung und Gute Arbeit durchsetzen, damit jungen Leuten eine Perspektive gegeben werden kann.

Und wir wollen der rechten Hetze begegnen, die in Dresden und anderswo die Stimmung vergiftet. Wir leisten Gegenwehr gegen Pegida und Co, gegen die rechten Rattenfänger, die mit den Ängsten der Menschen aus der Mitte der Gesellschaft spielen, die „Wir sind das Volk“ grölen. Kolleginnen und Kollegen, das ist noch nicht einmal der Stammtisch, denn die große Mehrheit der Menschen in unserem Land tickt anders. Sie ist hilfsbereit, sie ist großzügig, sie heißt willkommen. Das ist „das Volk“. Und deshalb ist es so wichtig, dass die Mitglieder in unseren Verwaltungsstellen nicht nur im Osten Flagge zeigen und Gegenwehr organisiert haben und das auch weiterhin tun werden. Dafür herzlichen Dank! (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, Flagge zeigen müssten auch die europäischen Staats- und Regierungschefs bei der solidarischen Bewältigung der Flüchtlingskrise. Was wir da aber erleben, ist ein Armutszeugnis. Neue Grenzanlagen und Zäune lösen keine Probleme, aber sie zerstören die Grundwerte Europas. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als IG Metall sind uns unserer Verantwortung in Europa und für Europa bewusst. Deshalb mischen wir uns auch in Europa ein. Europa befindet sich aber nach wie vor in einer tiefen wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Krise.

Ein paar Beispiele: Zu Beginn der Finanzkrise 2008 hatte Portugal 1,9 Millionen Arbeitsplätze mit Tarifvertrag, jetzt weniger als 300.000.

Unter Cameron werden in Großbritannien gerade die Rechte der Arbeitnehmer weiter geschliffen. Ab sofort werden dort Leiharbeiter als Streikbrecher legalisiert, wenn überhaupt noch gestreikt werden darf. U-Bahn-Fahrer zum Beispiel sollen in Zukunft nicht mehr streiken dürfen.

In Spanien war die berufliche Weiterbildung mal stark, weil mitbestimmt durch die Gewerkschaften. Jetzt wird sie durch die Hintertür privatisiert.

Und in Griechenland? Da musste man den Eindruck haben, dass erneut ein Exempel statuiert werden soll nach dem Motto: Egal, welche Regierung sich ein Volk wählt, dem Spardiktat wird es nicht entkommen!

Ist das etwa Europa, Kolleginnen und Kollegen? Nein, das ist nicht unser Europa! (Beifall)

Wir kämpfen gegen ein Europa des Sozialdumpings. Wir kämpfen gegen ein gewerkschaftsfeindliches Europa und gegen ein Europa der Privatisierungen.

Austeritätspolitik und angebotsorientierte Wettbewerbspolitik führen Europa nicht aus der Krise, sondern weiter in die Sackgasse. Wir setzen unser ganzes Gewicht dafür ein, dass wir in einem Europa leben, das gerecht ist, das solidarisch ist, ein Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem wir gerne leben und in dem vor allen Dingen die Jugend Europas wieder eine Zukunft hat. (Beifall)

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, haben wir ein Büro in Brüssel eröffnet. Den allermeisten wird nicht bekannt sein, wann wir das getan haben. Ich sage nur: 7:1. Also an dem Tag, an dem Deutschland 7:1 im Halbfinale der Fußballweltmeisterschaft gewonnen hat. Vielleicht ja ein gutes Omen.

Kolleginnen und Kollegen, es kann ja nicht sein, dass diejenigen, die mit Arbeitnehmerinteressen gar nix am Hut haben, da ungestört ihre Lobbyarbeit machen. 20.000 Lobbyisten der Konzerne und der Finanzwirtschaft sind tagtäglich in Brüssel unterwegs. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, ist es richtig, dass jetzt auch wir, die IG Metall, dort sind. Als einzige deutsche Gewerkschaft sind wir da ständig vor Ort, mit einer gewichtigen Stimme, mit Eurer Stimme.

Ihr habt auch persönlich etwas davon. Wenn Ihr die Hauptdarsteller dort treffen wollt, dann wendet Euch an uns. Wir machen das möglich. Wenn Ihr jemanden aus der Kommission oder aus dem Parlament sprechen wollt, dann geht das. Die sind mittlerweile gesprächsbereit. Wir werden gehört, wir haben Einfluss, und zwar Euretwegen. Wir spielen in Brüssel deshalb eine Rolle, weil wir stark sind, weil wir viele sind, und weil die wissen, dass Metallerrinnen und Metalller etwas durchsetzen können. (Beifall)

Klar, die IG Metall kann „nicht die Welt retten“. Aber wir können sie menschlicher machen. Ja, Kolleginnen und Kollegen, ich bin davon überzeugt, das können wir.

Dazu trägt auch die neue transnationale Partnerschaftsinitiative in den USA und in Ungarn bei. In Kürze werden wir die Büros in den USA und in Ungarn eröffnen. International hört sich immer weit weg an, ist aber ganz nah. Auch hierzu ein Beispiel:

Der Audi A3 wurde mal ausschließlich in Ingolstadt produziert, nun auch in Győr, in Ungarn. Natürlich fragt man sich dann: Wie weit lassen die sich drücken? Wie sehr werden unsere Standards aufgeweicht? Verlieren wir dadurch Arbeitsplätze bei uns?

Wir haben uns mit den Audi-Kollegen abgestimmt, Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen in Győr aufgenommen, uns getroffen, Solidarität vereinbart. Das Ergebnis ist: Die Kolleginnen und Kollegen in Győr lassen sich nicht so einfach unterbuttern. Das zeigt, Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam sind wir stärker. (Beifall)

Von alleine geht das aber nicht. Die Doppelmoral deutscher Unternehmen kennen wir. In Deutschland akzeptieren sie ja vielleicht noch die Mitbestimmung. Im Ausland scheren sie sich einen feuchten Kehricht um die Arbeitnehmerrechte. Das dürfen wir denen nicht durchgehen lassen. Den Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern zuliebe, aber auch uns zuliebe. Wir lassen uns nicht weiter gegeneinander ausspielen.

Zweites Beispiel China. Da haben wir vor kurzem bei Siemens in China - das ist fast sensationell - eine Art Gesamtbetriebsrat gegründet. Das ist nicht etwa ein zahnlöser Tiger. Chinesen und Deutsche treten da offensiv der Geschäftsleitung entgegen. Das ist in China ein Riesenschritt. Das ist ein völlig neues Konzept, gewerkschaftliche Arbeit länderübergreifend entlang der Wertschöpfung zu entwickeln. Das, Kolleginnen und Kollegen, ist neu für uns und ist weltweit einzigartig.

Wir stimmen uns auch bei den anderen Themen international ab. Stichworte TTIP und CETA. Bei TTIP mit unseren amerikanischen Kollegen. Eine Viertelmillion Menschen hat vor wenigen Tagen eindrucksvoll für fairen Handel demonstriert. Viele von Euch waren dabei. Für fairen Handel. Für Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzrechte. Gegen Schiedsgerichte. Gegen Geheimverhandlungen. Aber für mehr Transparenz. Herzlichen Dank an Euch alle, die Ihr diesen eindrucksvollen Protest möglich gemacht habt. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wenn man für Internationales zuständig ist, ist man viel unterwegs. Das ist normal. Das gehört zu meiner Aufgabe. Mein Anspruch ist aber - das wissen viele von Euch -, mich, wann immer es geht, auch bei Euch vor Ort sehen zu lassen. Europa und Internationales fängt bei Euch in den Betrieben an. Um Euch geht es zuallererst, um Eure Interessen.

Aber um die in der globalisierten Welt zu wahren, müssen wir über den eigenen Tellerrand hinausschauen. Wir müssen global denken, uns stärker vernetzen und global handeln.

Ich will, Kolleginnen und Kollegen, daran gerne weiter mit Euch arbeiten. Das ist Eure Entscheidung. Für eine gute Zukunft der IG Metall. - Herzlichen Dank. (Beifall)

Ina Morgenroth, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Wolfgang. - Nun hat das geschäftsführende Vorstandsmitglied Christiane Benner das Wort. Christiane, bitte.

Christiane Benner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Vielen Dank, Ina. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass ich zu den Bereichen Zielgruppenarbeit und Kampagnen sprechen kann.

Wer von Euch erinnert sich an den Gewerkschaftstag 1989 in Berlin? Das war wenige Tage vor dem 9. November. Die Welt wurde auch damals durcheinander gewirbelt, die Arbeitswelt ebenso. „Einheit in Vielfalt muss die Losung unserer Politik sein“, hatte Franz Steinkühler als Antwort auf die drängenden Fragen der damaligen Zeit vorgeschlagen.

Heute, 26 Jahre später, bin ich überzeugt: Die IG Metall hat das verinnerlicht. Wir beziehen Kraft aus der Unterschiedlichkeit der Menschen in Herkunft, in Alter, in Geschlecht und in Beruf. Dabei vertreten wir gemeinsam unsere politischen Ziele und unsere grundlegenden gewerkschaftlichen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Kolleginnen und Kollegen, das, genau das führt zu mehr Metall in den Betrieben. Das zeigen auch die Zahlen: Wir wachsen auch 2015. Wir wachsen am stärksten bei den Angestellten und bei den jungen Menschen. Wir wachsen auch wieder bei den Kolleginnen und Kollegen ohne deutschen Pass. Wir wachsen in diesem Jahr endlich wieder bei den Auszubildenden. Und: Wir wachsen erneut bei den Frauen. Wir liegen bei über 400.000! (Beifall)

Das ist ein fantastisches Ergebnis, Kolleginnen und Kollegen. Und Ihr schafft das in den Betrieben. Ich bedanke mich ganz, ganz herzlich für Eure gute Arbeit. Ich finde, Ihr könnt stolz auf das sein, was wir gemeinsam erreichen. (Beifall)

Die IG Metall ist quicklebendig. Und warum? Weil wir nahe dran sind an den Menschen, während diejenigen, die uns jahrelang als „Dinosaurier“ verhöhnt haben, für vier Jahre aus dem Bundestag verschwunden sind. Zu Recht! (Beifall)

Unser Kurs stimmt. Wir sind gut. Und wir sind nicht selbstgefällig. Und uns macht stark, dass wir das offen zugeben. Wir können noch besser werden. Wir können noch mehr Menschen das Gefühl geben: Die IG Metall ist Deine Organisation.

Unser Studierendenprojekt ist auch 2015 darin sehr erfolgreich. Wir haben immer gesagt, Ingenieurinnen und Ingenieure sind schwer zu werben. Wir haben das so oft wiederholt, bis wir es selbst geglaubt haben. Heute wissen wir: Wir werben Ingenieurinnen und Ingenieure am besten bereits als Werkstudierende oder Praktikanten in den Betrieben. 2012 hatten wir knapp 12.000 studierende Mitglieder, und heute, 2015, sind es 30.000. Also: Es geht. (Beifall) Die IG Metall wird sich verändern, sie wird vielfältiger.

Deutschland durchlebt durch die Flüchtlinge, die zu uns kommen, gerade bewegende Zeiten. Es gibt gelebte Solidarität durch Euch vor Ort in den Betrieben. Meine Redezeit reicht leider nicht, um alle Aktivitäten aufzuzählen.

Es gibt aber auch Ängste und Unsicherheiten. Die Arbeitgeber und Politiker schüren Zwietracht, wenn sie sagen, dass der Mindestlohn abgesenkt werden soll, damit mehr Flüchtlinge Arbeit finden. Das ist eine Schande! Lohndumping auf Kosten von Flüchtlingen und hiesigen Beschäftigten ist mit der IG Metall nicht zu machen. (Beifall)

In diesem Jahr haben unsere Konferenzen stattgefunden: Jugend, Frauen und Angestellte. Knapp 1.200 Delegierte haben über Bildung, Gerechtigkeit und Digitalisierung diskutiert. Fazit aller Konferenzen: wir brauchen mehr Metall. Gerade durch die Digitalisierung verändert sich unsere Arbeits- und Lebenswelt radikal. Das kann positiv sein. Gute Vereinbarungen zur mobilen Arbeit können eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben ermöglichen. Das ist eine der Chancen der Digitalisierung.

Auf der anderen Seite expandieren durch die Digitalisierung IT- und Internet-Unternehmen mitten in unsere Betriebe und Wertschöpfungsketten hinein. Manche von ihnen haben ein völlig anderes, unsoziales Verständnis von Arbeitsbeziehungen.

Die Firma Amazon wollte sich ursprünglich Relentless - erbarmungslos - nennen. Und das trifft es exakt. Lucas Biewald, Inhaber der Internet-Plattform Crowdfunder, ist einer von den Erbarmungslosen. Er preist sein Unternehmen damit an, dass man dort jemanden finden könne - ich zitiere - „der zehn Minuten für Dich arbeitet, dem

Du einen winzigen Geldbetrag zahlst und ihn gleichfeuerst, wenn Du ihn nicht mehr brauchst“. Das ist menschenverachtend. Das wird die IG Metall niemals akzeptieren, Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafte Beifall)

Wir müssen reagieren, wenn Tätigkeiten im Internet an sogenannte Soloselbstständige vergeben werden. Das ist eine neue und radikale Form des Outsourcings neben Leiharbeit und Werkverträgen. Nach unserer Betriebsräte-Umfrage im Mai vergeben sieben Prozent Eurer Betriebe Arbeit schon heute so nach draußen. Wir, die IG Metall, setzen dieser Erbarmungslosigkeit ein Modell von Solidarität entgegen.

Wir haben am 1. Mai dieses Jahres unsere Internetseite FairCrowdWork freigeschaltet. Sie ist der erste Schritt, um digitale Arbeit fair zu gestalten. Wir haben bereits einige Plattformen dazu gebracht, eine Selbstverpflichtung für Gute Arbeit zu unterschreiben.

Der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber fällt zur Digitalisierung nichts anderes ein als die Abschaffung des Acht-Stunden-Tages und schrankenlose Flexibilisierung. Das ist armselig. (Beifall)

Unsere Orientierung heißt: digital und sozial! Wir brauchen digitale Bürger- und Menschenrechte, ob nun in der alten oder in der neuen Arbeitswelt. Wir brauchen mehr Mitbestimmung, zum Beispiel beim Outsourcing und beim Datenschutz. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu Safe Harbor bestätigt uns.

Was verändert die Digitalisierung in den Büros? Was wird aus der Sekretärin, wenn es immer mehr digitale Assistenten gibt? Diese Fragen haben wir im September auf einer Tagung diskutiert. Damit wir bei diesen Fragen als IG Metall mitgestalten können, brauchen wir mehr Metall.

Bildung ist das A und O, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Deshalb ist es richtig, dass die IG Metall und allen voran unsere IG Metall-Jugend für mehr und bessere Bildung kämpfen. (Beifall)

Wir machen weiter mit der „Revolution Bildung“. Letztes Jahr haben mehr als 20.000 junge Metallinnen und Metaller einen super Aktionstag in Köln hingelegt. Das war einfach klasse, und das hat uns den Rückenwind gegeben für die Durchsetzung unserer Forderung nach einem Bildungstarifvertrag. Vielen Dank noch mal an die IG Metall-Jugend an dieser Stelle! (Beifall) Aber nach dem Marsch auf Köln kommt der Marsch in die Betriebe. Dort setzen wir den Tarifvertrag Bildungsteilzeit jetzt um.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in der Frauenpolitik gibt es Erfolge, Erfolge durch gewerkschaftlichen Druck: Mindestlohn, Frauenquote - wenn auch mit Konstruktionsmängeln - und seit Juli das Elterngeld Plus.

„Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten“ heißt die Kampagne der IG Metall-Frauen und der gesamten IG Metall, hoffe ich. Wer die Besten will, kann nicht mehr auf das gesetzliche Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit verzichten, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Deshalb ist es notwendig und gut, dass wir eine Arbeitszeitdebatte führen, die sich am Lebensverlauf der Menschen orientiert. Das Beste daran ist, dass wir diese Debatte endlich gemeinsam führen, Männer und Frauen. (Beifall)

Mich hat die Geschichte eines Paares sehr bewegt, das bei einem Teppichhersteller in Sachsen arbeitet. Die Kollegin hat auf der Frauenkonferenz erzählt, dass sie und ihr Mann häufig gezwungen sind, ihr Kind bei Schichtwechsel auf dem Firmenparkplatz zu übergeben.

Das Thema „Vereinbarkeit“ fehlt aber auf keiner Sonntagsrede der Arbeitgeber nach dem Motto „Wir machen alles, was sich gut anhört und nichts kostet“. Diese Scheinheiligkeit geht mir gehörig auf den Wecker. (Beifall)

Unsere Arbeitszeit ist ein großer Teil unserer Lebenszeit. Und unser Langzeitkonto hat Grenzen. Wir wollen mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen. Da muss unsere IG Metall, da müssen wir dringend mal wieder weit die Fenster aufreißen und unsere Sonne reinlassen. (Beifall)

Unsere Erfolge zeigen, wie wichtig die Konzentration auf das Wesentliche ist. Und genau das machen wir mit unseren Kampagnen. Wir verschaffen uns Gehör, weil wir zielgenau arbeiten: betrieblich, tariflich, gesellschaftspolitisch.

Mit „Wir für mehr“ haben wir in den Tarifrunden 2015 in der Metall- und Elektroindustrie, in der Textilindustrie und im Kfz-Handwerk unsere Ziele erreicht. In der Holz- und Kunststoffindustrie sind wir gerade mittendrin.

Und das Schöne ist: Hinter unserem WIR - in Bayern hinter unserem MIR - haben sich während der Tarifrunden immer mehr Menschen versammelt: mehr Mitglieder, mehr Metall.

„Gegen Missbrauch - für faire Arbeit und Mitbestimmung“, mit diesem Motto tritt die IG Metall für die Regulierung von Werkverträgen ein. Unser Konzept zur Erschließung von Entwicklungsdienstleistern steht seit Mitte dieses Jahres. Dort arbeiten 100.000 Beschäftigte. Auch diese Kolleginnen und Kollegen waren am 24. September und am 7. Oktober mit Aktionen dabei. Das ist nötig; denn auch hier brauchen wir mehr Metall.

Von Kiel-Neumünster bis ins Allgäu, von Aachen bis Zwickau - in diesem Herbst finden in über 70 Verwaltungsstellen Veranstaltungen zur Kampagne „Neue Zeiten. Neue Fragen“ statt. Auch Ihr zeigt damit vor Ort: Die IG Metall ist offen für junge Beschäftigte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die IG Metall ist seit fast 125 Jahren eines der stärksten sozialen Netzwerke in Deutschland. In der IG Metall finden sich die unterschiedlichsten Menschen hinter gemeinsamen Zielen zusammen. Stärke durch Vielfalt - das kann keiner so gut wie wir.

Ich fühle mich hier zu Hause, und gemeinsam mit Euch möchte ich für mehr Metall in den Betrieben und für mehr Metall in der Gesellschaft kämpfen. - Vielen Dank. (Beifall)

Ina Morgenroth, Sprecherin des Präsidiums

Liebe Christiane, vielen Dank für Deine Ausführungen. - Ich bitte nun das geschäftsführende Vorstandsmitglied Irene Schulz um ihre Ergänzungen zum schriftlichen Geschäftsbericht.

Irene Schulz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Vielen Dank, Ina. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lasst mich aus aktuellem Anlass - wir haben ja heute schon darüber gesprochen - mit unserer Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ beginnen.

Bundesweit hängen mittlerweile Tausende von Schildern in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen. Dahinter stehen Hunderte von Veranstaltungen und Aktivitäten in Euren Betrieben und in den Verwaltungsstellen, auch in Zusammenarbeit mit vielen Bündnissen vor Ort.

Kolleginnen und Kollegen, unsere Initiative steht selbstverständlich für eine solidarische Flüchtlingspolitik. Unsere gemeinsam mit Pro Asyl entwickelte Wanderausstellung „Flucht und Asyl“ ist seit Anfang des Jahres ununterbrochen auf Tour durch die Verwaltungsstellen. Es geht uns dabei um Hintergrundinformationen und um

die Auseinandersetzung mit Fluchtursachen. Damit möchten wir die Debatte versachlichen, Überzeugungsarbeit leisten und zur Willkommenskultur beitragen.

„Respekt!“ ist zur Botschaft geworden bei den vielfältigen Aktivitäten und Patenschaften für Flüchtlinge vor Ort. Immer öfter, Kolleginnen und Kollegen, werden fremdenfeindliche und rassistisch motivierte Angriffe bis hin zu Brandanschlägen auf Unterkünfte und Einrichtungen verübt. „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ steht für unsere klare Haltung: Hass und Gewalt gegen Menschen werden wir Metallerrinnen und Metaller niemals akzeptieren, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Auch in der Bildungsarbeit haben wir unter dem Label „Respekt!“ Seminare und Bildungsbausteine angeboten und werden das selbstverständlich weiterhin konsequent tun.

Eines unserer Kernanliegen in der Bildungsarbeit ist und bleibt eine gute, eine solide Grundausbildung für unsere aktiven Metallerrinnen und Metaller. Gleichzeitig begleiten wir mit Bildungsformaten und Konzepten unsere Betriebs- und Tarifpolitik, unsere gemeinsame politische Schwerpunktsetzung.

Bei unseren Zukunftsthemen rund um die Gestaltung einer sich verändernden Arbeitsgesellschaft beteiligen wir uns mit Projekten und entwickeln neue Seminarangebote. Unsere Bildungsarbeit schafft Debattenräume, sie bietet Raum für Suchprozesse und Positionsbestimmung und gewährleistet eine gute politische und fachliche Aus- und Weiterbildung.

Kolleginnen und Kollegen, 97.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben im letzten Jahr an unseren Seminaren teilgenommen. Der überwiegende Teil, mehr als 77.000, hat Seminare in den Regionen besucht, also bei Euch vor Ort.

Bei den regionalen und zentralen Betriebsräteseminaren haben wir nach den Wahlen im letzten Jahr eine sehr erfreuliche Entwicklung. Allein beim „BR Kompakt“ haben wir bereits jetzt mit mehr als 4.200 Betriebsräten eine sehr gute Bilanz. Das ist gut so; denn immer mehr kommerzielle Anbieter wittern lukrative Geschäfte mit der Betriebsrätebildung und forcieren aggressiv ihre Bildungswerbung auch in unserem Organisationsbereich.

Eine Verrechtlichung der Betriebsräteausbildung lässt alle wichtigen Zukunftsfragen außen vor. Wir wollen und müssen selbstverständlich unseren Gestaltungsanspruch vor dem Hintergrund der Digitalisierung durchsetzen. Wer, wenn nicht wir, setzt margengetriebenen Unternehmensstrategien nachhaltige Innovations- und

Standortkonzepte entgegen? Wir stellen den Zusammenhang her zwischen gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen und erfolgreicher Interessenvertretung im Betrieb.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade deshalb ist die Frage so entscheidend, wo und wie neu gewählte Betriebsräte sich ausbilden lassen. Unser Bildungsansatz bewegt sich eben nicht in den Grenzen des Betriebsverfassungsgesetzes. Das macht unsere Stärke und unsere Wirksamkeit aus. Unser politischer Ansatz macht den Unterschied aus, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Besonders wichtig ist mir die Vertrauensleutebildung. Unsere Vertrauensleute sind nah dran. Sie sind entscheidend für Beteiligung, Mobilisierung und Konfliktfähigkeit und damit für die Gestaltungsfragen im Betrieb. Mit den Vertrauensleutewahlen im nächsten Jahr wollen wir Betriebe ohne Vertrauenskörper erschließen, neue Zielgruppen für unsere Arbeit in den Betrieben gewinnen und die Vertrauensleutearbeit insgesamt stärken. Die Bildungsarbeit wird diesen Prozess offensiv begleiten.

Wir werden deshalb unsere Seminarkapazitäten auf 140 Seminare pro Jahr erhöhen, um mehr neu gewählten Vertrauensleuten möglichst schnell den Zugang zu unseren Aufbau Seminaren zu ermöglichen. (Beifall) Für die nächsten vier Jahre sind das mit 12.800 Plätzen 42 Prozent mehr als in der Wahlperiode zuvor. Damit sind die Voraussetzungen für eine zielgerichtete Nachwuchsentwicklung neu gewählter Vertrauensleute in den Betrieben deutlich verbessert.

Eine zentrale Leitlinie unserer Betriebsräte- und Vertrauensleutebildung ist und bleibt: Wir wollen unseren Teil leisten für eine erfolgreiche und zukunftsfähige Betriebs- und Tarifpolitik. Wir wirken mit an einer im Betrieb anerkannten und akzeptierten IG Metall. Dafür setzen wir unsere ganze Kraft, unsere Ressourcen und Kapazitäten ein und ermöglichen einen umfangreichen und organisationsbezogenen Seminarbetrieb.

Von strategischer Bedeutung ist vor diesem Hintergrund auch die Nachwuchsförderung unserer ehrenamtlichen Referentinnen und Referenten. Das fängt mit der Jugendbildung an. Mit der zentralen Referentenqualifizierung im Jugendbereich konnten wir in den vergangenen zwei Jahren die Zahl der ausgebildeten Referenten und Referentinnen deutlich steigern. Die Jugendbildung ist ein wichtiges Fundament unserer Bildungsarbeit; denn die Bindung junger Beschäftigter an die IG Metall beginnt oft mit den ersten Jugendseminaren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind gut unterwegs. Detlef hat es gesagt: Wir haben weiter Mitgliederzuwachs, das fünfte Jahr in Folge. Unsere Akzeptanz in den

Betrieben ist in den letzten Jahren noch einmal deutlich gestiegen. Das bestätigen die aktuellen Studien.

Ansehen und Reputation sind wichtige Voraussetzungen für den Eintritt in die IG Metall, aber sie reichen nicht aus. Hinter unserem Zuwachs stehen Ansprache, Beteiligung, Dialog und Überzeugung, der direkte Kontakt, das direkte Gespräch im Betrieb.

Von der Sympathie für die IG Metall, hin zum Eintritt in die IG Metall - das ist der entscheidende Hebel. Und dieser Hebel, Kolleginnen und Kollegen, wird in den Betrieben bewegt.

Daraus ergeben sich für uns strategische Aufgaben: Wie können wir noch besser und wirksamer in der Mitgliederarbeit unterstützen? Wie können wir unsere gemeinsame Arbeit weiterentwickeln, um mehr Menschen zu beteiligen und weiße Flecken zu erschließen, und wie können wir die Durchsetzungsfähigkeit erhöhen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seitdem ich vor zwei Jahren in den Vorstand gewählt wurde, ist mir bei meinen vielen Gesprächen und Besuchen vor Ort - in den Betrieben, auf Delegiertenversammlungen, in Ortsvorständen - vorgestellt und berichtet worden, mit wieviel Herzblut, Engagement und Nachhaltigkeit erfolgreiche Betriebs- und Tarifpolitik mit der Mitgliedergewinnung verbunden wird.

Deshalb war und ist eine weitere wichtige Frage: Wie können wir den Transfer der zahlreichen guten Beispiele aus den Verwaltungsstellen noch verbessern? Wir haben daher passgenaue Unterstützungsangebote entwickelt und die Wertschätzung sowie den Praxistransfer verstärkt.

Unsere aktuelle Auswertung zeigt: Mehr als 20.000 Kolleginnen und Kollegen und 560 Gremien beteiligen sich an unserer Werbeaktion. Die Zahl der Vertrauensleute und Betriebsräte, die zum ersten Mal Mitglieder gewinnen, nimmt jährlich und deutlich zu. Das ist eine starke Bilanz. Das ist ein starker Einsatz für eine starke IG Metall, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Mit der Neugewinnung von Mitgliedern denken wir gleichzeitig die Binde- und Haltearbeit mit. Die berufs- und lebensbegleitende Ansprache, insbesondere beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf und in die Rente, spielt hier eine große Rolle.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben zu viele Austritte bei unseren älteren Mitgliedern. Ich bin davon überzeugt, dass wir unsere langjährigen treuen Mitglieder halten können, wenn wir sie mit passenden Angeboten zum richtigen Zeitpunkt ansprechen.

Als Gewerkschaft für das ganze Leben haben wir im Rahmen unserer 55plus-Aktivitäten die Ansprache unserer älteren Mitglieder verstärkt. Unsere Aktivitäten zur Mitgliederbindung werden wir in den nächsten Jahren weiter ausbauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Mitbestimmung ist der Dreh- und Angelpunkt unserer Arbeit. Die Erschließung weißer Flecken ebnet den Weg für Mitbestimmung und Tarifbindung. Sie ist Voraussetzung für unsere Handlungsfähigkeit. Erschließung geht nur mit Beteiligung. Erschließung ist Beteiligung.

In vielen Verwaltungsstellen haben wir hier deutlich an Land gewonnen. Belegschaften haben sich organisiert, Betriebsräte gegründet und Tarifverträge durchgesetzt.

Unsere Projekte zum Beispiel in Ostdeutschland haben einen wesentlichen Beitrag geleistet, die Tarifbindung zu erhöhen. Allein in Leipzig ist es gelungen, bei den Firmen auf dem Werksgelände von BMW und Porsche für etwa 2.500 Beschäftigte Tarifverträge abzuschließen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Besonders im extrem gewerkschaftsfeindlichen Umfeld, in dem wir noch keinerlei Mitbestimmungsstrukturen haben, ist Organizing als Erschließungsansatz erfolgreich.

Die Studien der Otto-Brenner-Stiftung und des WSI zu „Union Busting in Deutschland“, also der systematischen Verhinderung und Zurückdrängung von Mitbestimmung, belegen, dass es hierbei nicht um Einzelphänomene geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der erste Skandal ist, dass hier Arbeitgeber aus der Zeit gefallen sind und nach Gutsherrenart immer noch meinen, Demokratie ende am Werkstor.

Das Zweite aber ist, dass sogenannte Spezialisten aus Anwaltskanzleien, die Recht studiert haben, ein lukratives und verdorbenes Geschäftsmodell betreiben, das auf Bekämpfung von Arbeitnehmerrechten setzt.

Wir halten dagegen. Union Busting muss bekämpft werden, Union Busting muss skandalisiert werden. (Beifall)

Das zeigen zum Beispiel die Beschäftigten von Enercon in der Windindustrie. Enercon kämpft nicht nur um Marktanteile, sondern bekämpft mit viel Aufwand die IG Metall und ihre Betriebsräte.

Unser ganzheitlicher Erschließungsansatz setzt dort an. Inzwischen haben 19 Betriebsratsgremien mit etwa 70 Prozent Wahlbeteiligung der Belegschaften ihre Arbeit aufgenommen. Das haben wir mutigen Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, die sich trotz massiver Versuche des Arbeitgebers nicht haben einschüchtern lassen. (Beifall)

Das Ergebnis kann sich sehen lassen und hat Strahlkraft über Enercon hinaus. Bei mehreren „Blitzen“, also zeitgleichen Aktionen zur Ansprache der Beschäftigten und bei Angriffen des Arbeitgebers, haben Ehrenamtliche aus der ganzen Republik solidarisch unterstützt. Viele von euch sind heute hier.

Das ist ein ganz starkes Zeichen dafür, dass Mitbestimmung kein Zufallsprodukt nach Arbeitgeberdiktat ist, sondern eine unverzichtbare, eine demokratische Notwendigkeit. Herzlichen Dank für eure Solidarität und die ganz praktische Unterstützung! (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um Mitbestimmung geht es aktuell auch auf der Meyer Werft. - Jörg hat das angesprochen, und ich möchte das noch einmal aufgreifen. - Der Arbeitgeber hat angekündigt, dem Betriebsratsvorsitzenden zu kündigen. Ibrahim Ergin ist auch Delegierter der Verwaltungsstelle Leer-Papenburg. Der Vorwurf lautet, Beschäftigte angeblich zum Beitritt in die IG Metall genötigt zu haben.

Der Betriebsrat hat der geplanten Kündigung widersprochen, der Bezirk Küste hat die Geschäftsführung aufgefordert, den Antrag auf Kündigung umgehend zurückzunehmen. Lieber Ibrahim, wir unterstützen diese Forderung selbstverständlich und versichern Dir und Deinem Betriebsrat unsere Unterstützung und Solidarität. (Anhaltender Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten Jahren bewiesen: Wir sind durchsetzungsfähig, und wir wachsen.

Uns ist klar, dass die Herausforderungen dennoch nicht weniger werden; das erleben wir Tag für Tag. Deshalb braucht es auch in Zukunft eine starke IG Metall: in der Industrie wie im Handwerk, in großen Konzernen, in klein- und mittelgroßen Unternehmen und in neuen Branchen.

Es gilt, langfristig durchsetzungsstark und tarifmächtig zu bleiben, Kolleginnen und Kollegen, für unser gemeinsames Ziel, nämlich Gute Arbeit und ein Gutes Leben. Und dafür lohnt es sich, gemeinsam einzutreten und zu streiten - und das jeden Tag aufs Neue. - Vielen Dank. (Beifall)

Ina Morgenroth, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Irene, für Deinen Bericht. Zu guter Letzt bitte ich jetzt das geschäftsführende Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban ans Rednerpult. Bitte, Hans-Jürgen, Du hast das Wort.

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

(Mit Beifall empfangen)

Könnt Ihr noch? - Gut, dann mache ich auch noch.

Als der Kurt Tucholsky seinem Verleger einen mehr als zwölfseitigen Brief schrieb, soll er den mit den Worten beendet haben: „Entschuldigen Sie den langen Brief, aber ich hatte keine Zeit.“

Ihr wisst, ich bin nicht Kurt Tucholsky, und ich habe mir die Zeit genommen. Deshalb will ich es kürzer versuchen, auch wenn das eine oder andere, was wichtig ist, unerwähnt bleibt.

Sozialstaatliche Errungenschaften verteidigen und sozialpolitisches Neuland betreten - das zog sich wie ein roter Faden durch unsere Arbeit. Wille zur Bewahrung und Mut zum Aufbruch, beides war gefordert - zum Beispiel in der Arbeitsmarktpolitik.

Sicher, die Beschäftigung steigt, und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Doch von oben, Kolleginnen und Kollegen, sieht man nur die, die im Licht stehen. Die im Dunkeln sieht man nicht.

Hält man aber die Scheinwerfer auch in die dunklen Ecken des Arbeitsmarktes, dann sieht man: prekäre Arbeit, ein Millionenheer von Langzeitarbeitslosen und fast 300.000 junge Menschen ohne Ausbildungsverträge.

Kolleginnen und Kollegen, die Politik klopft sich selbstzufrieden auf die Schultern, und die Gesellschaft läuft Gefahr zu vergessen, was es heißt, in der Arbeitsgesellschaft abgehängt zu werden.

Wir dürfen das nicht. Nicht wegschauen, Arbeit und Ausbildung für alle - das ist der Gewerkschafterauftrag. Gute Arbeit mit Tarifverträgen mit Sozialschutz, das ist die solidarische Antwort auf die gesellschaftliche Gleichgültigkeit. (Beifall)

So haben wir auch versucht, in der Bundesagentur für Arbeit zu arbeiten. Wir haben gestritten für die Begrenzung von Leiharbeit und gegen sittenwidrige Löhne; für die Förderung von An- und Ungelernten und für den Erhalt des Transfer-Kurzarbeitergeldes, um Beschäftigten auch in Krisen eine Perspektive zu erhalten.

Beschäftigungsbrücken für Arbeitslose bauen und Zukunftschancen für Beschäftigte ausbauen, das war unsere Leitlinie.

Das gilt auch in der beruflichen Bildungs- und Qualifizierungspolitik. Wir haben Berufsbilder modernisiert, und wir haben assistierte Ausbildung und begleitende Hilfen vorangebracht. Und, Kolleginnen und Kollegen, wir plagen uns in einer schlecht gemanagten sogenannten Allianz für Aus- und Weiterbildung, in der sich mehr Bremser als Treiber tummeln. Ich meine damit diese Arbeitgeber, die es tatsächlich fertigbringen, das Trauerlied über den Fachkräftemangel und zugleich die Fanfare gegen die IG Metall-Forderung einer Ausbildungsplatzgarantie anzustimmen.

Kolleginnen und Kollegen, ich sage Euch das ganz ehrlich: Ich werde gut bezahlt. Ihr schickt uns dahin. Ich bleibe auch drin. Aber - ehrlich gesagt - mir ist da zu viel Heuchelei im Spiel. So kompliziert ist das doch nicht: Wer morgen Fachkräfte haben will, der muss heute ausbilden, der muss weiterbilden, der muss Zukunftschancen bieten. (Beifall)

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, ob die es hören wollen oder nicht. Ich sage ihnen immer: Nicht jammern, sondern in die Menschen investieren, gute Arbeit anbieten und die dann auch fair bezahlen. Dann klappt's auch mit den Fachkräften. (Beifall)

Aber, Kolleginnen und Kollegen, kein Zweifel: Auf absehbare Zeit wird die Integration der Asylsuchenden und der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt eine Kernaufgabe bleiben. In der Bundesagentur drängen wir zurzeit darauf, neue Zugänge in die Betriebe zu fördern und mehr Sprachkurse zur Verfügung zu stellen.

Ja, die Menschen, die vor Krieg und Armut fliehen, können für Wirtschaft und Wohlstand nützlich sein. Aber ich gestehe Euch: Für mich ist hier das Fachkräftethema mehr als zweitrangig. Hier geht es nicht um Arbeitskräftenachschub, hier geht es um Humanität und Solidarität. Das sind die Themen. (Beifall) Deshalb: Alle Unterstützung für die, die Hilfe brauchen, und offene Gegnerschaft zu denen, die versu-

chen, im Namen der gesellschaftlichen Aufregung auf Sozialdumping und Schmutzkonkurrenz zu setzen. Das geht nicht, Kolleginnen und Kollegen - nicht für Zugewanderte und auch nicht für Deutsche, um das gleich dazuzusagen. (Beifall)

Dabei wissen wir, die Arbeitswelt, in die wir integrieren wollen, befindet sich im Umbruch. Digitalisierung, Industrie 4.0 - das sind die schillernden Zauberworte, die wir immer hören.

Klar ist: Wir müssen die Arbeit der Zukunft gestalten. Die Arbeit ist viel zu wichtig, als dass wir die Gestaltung den Arbeitgebern überlassen könnten. Aber im Unterschied zu vielen klugen Ratgebern wissen wir, was wir uns da vorgenommen haben, denn wir kennen die betriebliche Realität.

Ja, kein Zweifel, die Digitalisierung kann helfen, körperliche Belastungen zu beseitigen und Arbeit interessanter und selbstbestimmter zu machen. Aber sie kann auch rationalisieren, intensivieren und kontrollieren. Die digitalisierte Produktion kann rund um die Uhr laufen, aber die Menschen brauchen Pausen. Deswegen ist es wichtig, dass wir laut und vernehmlich sagen: In dieser Situation sind Errungenschaften wie der Achtstundentag eben keine alten Zöpfe. Das Gegenteil ist der Fall. Auch gute digitale Arbeit braucht keine Sprechblasen, sondern starke Betriebsräte, stabile Tarifverträge und anständigen Sozialschutz. Bessere, nicht weniger Regulierungen. Das braucht die humanere Arbeitswelt, Kolleginnen und Kollegen, (Beifall) und sie braucht auch einen aktiven Arbeits- und Gesundheitsschutz.

In den Berufsgenossenschaften streiten wir deshalb für Prävention und Entschädigung, mit den Schwerbehindertenvertretungen arbeiten wir für Barrierefreiheit und Inklusion, und mit unserer Initiative für ein neues Berufskrankheiten-Recht setzen wir den Skandal viel zu geringer Anerkennungsquoten auf die Tagesordnung.

Und, ja, es war die IG Metall, die mit ihrer Kampagne für eine Anti-Stress-Verordnung klargestellt hat: Depressionen sind kein Privileg von Profi-Fußballern. Burnout ist in der Arbeitswelt zum Massenphänomen geworden.

Erste Erfolge haben wir eingefahren. Der Gesetzgeber hat aufgrund unseres Drucks das Arbeitsschutzgesetz verändert und hat noch einmal klargestellt: Prävention und Schutz der psychischen Gesundheit sind Kernpflichten der Arbeitgeber. Das ist gut so, aber das reicht nicht.

Kolleginnen und Kollegen, ich sage Euch hier und heute zu: Wir werden keine Ruhe geben, bis wir nicht anständige, verbindliche und vor allen Dingen in den Betrieben handhabbare Regeln zum Schutz der psychischen Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen durchgesetzt haben. (Starker Beifall)

Und die, die mir mit dem Kostenargument kommen, denen sage ich Folgendes: Meine Herren, Gesundheit ist kein Luxusthema für wirtschaftliche Schönwetterperioden, Gesundheit ist ein Menschenrecht, und Menschenrechte gelten auch im Betrieb. Und wenn das nicht der Fall ist, dann ist es unser Job, das zu ändern. Und diesen Job, den nehmen wir verdammt ernst. (Beifall)

Erreichtes verteidigen und Neuland betreten - das bleibt angesagt zum Beispiel in der Gesundheitspolitik. Da geht es vor allem um den Kampf für die Rückkehr der paritätischen Finanzierung. Es ist und bleibt eine Schamlosigkeit, dass ausgerechnet die soziale Krankenversicherung als Feld der Umverteilung zulasten der Versicherten und zugunsten der Arbeitgeber missbraucht wird. Das kann so nicht bleiben, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und bei der Rente geht es um den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung. Es ist traurig, aber wahr: Leistungsabbau und Privatisierung haben die gesetzliche Rentenversicherung in die Sackgasse geführt. Vielen Alten droht Armut, viele Junge misstrauen dem System und viele Versicherungskonzerne kassieren. Das wollen wir ändern.

„Gute Arbeit - gut in Rente“, hinter dieser Kampagne hat sich die Organisation versammelt, und nicht zuletzt die Kolleginnen und Kollegen aus dem AGA-Bereich waren immer vorn mit dabei. Und wir sind neue Wege gegangen. Stichwort: Rente ab 63!

Kein Zweifel, schon bei „Lieferung“ hatte das Ding tiefe Kratzer im Lack. Die 63 geht hoch, und die 45 Jahre sind eine verdammt lange Zeit, aber, Kolleginnen und Kollegen, Hand aufs Herz - mal ganz ehrlich unter uns -: Wer hätte geglaubt, dass wir es wirklich hinkriegen, für Tausende von Kolleginnen und Kollegen ein Ausscheiden aus dem Betrieb weit vor der 67 hinzukriegen?

Ich sage: Wir haben gefordert, und wir haben geliefert! Deswegen stelle ich hier und heute - nicht ohne persönliche Genugtuung - zwei Dinge fest: Erstens: Die Rente ab 63 ist ein sozialpolitischer Erfolg erster Klasse, ein Erfolg der IG Metall.

Zweitens: Die Rente ab 67 ist und bleibt eine der größten Fehlentscheidungen in der Sozialpolitik der Bundesrepublik, mit der wir unseren Frieden nicht machen werden, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Aber die Reformagenda ist längst nicht abgearbeitet. Die Rente von Frauen ist viel zu oft viel zu niedrig, und zwischen Ost und West gibt es immer noch Unterschiede. Und vielen, die als Solo-Selbstständige mit Werkverträgen prekär arbeiten, ist der Weg ins Solidarsystem verschlossen. Da müssen wir ran, hilft nichts!

Rentenniveau rauf, und zwar kräftig, her mit der solidarischen Finanzierung und rein mit den Solo-Selbstständigen in die Rentenversicherung! Das könnten Meilensteine einer neuen Kampagne sein.

„Mehr Rente - mehr Zukunft“, so könnte sie heißen. Kolleginnen und Kollegen, ich sage Euch ganz offen, wenn es nach mir ginge, würden wir gleich nächste Woche anfangen. Ich hoffe, Ihr seid wieder alle mit dabei. Dann bin ich mir sicher: Wir werden auch da erfolgreich sein. (Beifall)

Ja, Kolleginnen und Kollegen, Ihr merkt: Auch ich berichte lieber über Erfolge, ich rede lieber über das, was gemeinsam gelungen ist. Aber es ist nicht alles gelungen. Ich finde, es wäre fast unredlich, das zu verschweigen. Mit der Anti-Stress-Verordnung wollten wir weiter sein, die Ausbildungsplatzgarantie steht noch aus und auch beim Kampf um Arbeitsplätze und Standorte waren wir nicht immer erfolgreich.

Aber andererseits gilt: Bange machen gilt nicht. Die Welt von heute braucht keine verzagten Gewerkschaften. Sie braucht Gewerkschaften, die was wagen, die auf die Menschen zugehen und sie begeistern.

Kämpfen, hinfallen und aufstehen - das ist der Dreisprung der gewerkschaftlichen Arbeit vor Ort. Das habe ich in meinen gewerkschaftlichen Lehrjahren von den betrieblichen Kolleginnen und Kollegen früh gelernt. Dabei habe ich - gestattet mir diese persönliche Schlussbemerkung - nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich keine innige Freundschaft zum globalen Kapitalismus pflege. Zu meinem Geburtstag würde ich ihn nicht einladen.

Mit einem Modell, das die Welt in Menschen mit und ohne Zukunftschancen teilt und das sich zunehmend an der Natur und der Demokratie zu schaffen macht, will ich mich nicht anfreunden.

Mein Ziel bleibt eine Gesellschaft, in der Solidarität, Demokratie und Naturverträglichkeit nicht immer wieder gegen die Interessen kleiner Minderheiten durchgekämpft werden müssen. Ich weiß: Von einer Perspektive jenseits des heutigen Kapitalismus zu reden gilt heute als Tagträumerei.

Aber ich sehe das anders. Ich sehe mich in der Tradition der Arbeiterbewegung, ich sehe mich in der Tradition unserer IG Metall.

Kurzum, solltet Ihr mir erneut Euer Vertrauen schenken, dann fangt Ihr Euch einen ein, der diese Tradition auch im 21. Jahrhundert weiterleben will! - Herzlichen Dank. (Lebhafter Beifall)

Ina Morgenroth, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Hans-Jürgen, für Deine Ausführungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir schon wieder einen Schritt auf diesem Kongress geschafft, nämlich den Tagesordnungspunkt 3, Bericht des Vorstands. Vom Präsidium aus möchten wir allen Rednerinnen und Rednern ganz herzlich dafür danken, wie diszipliniert sie ihre Zeiten eingehalten haben. Das macht es uns hier oben extrem einfach, mit Euch den Kongress durchzuführen; mal sehen, ob es dabei bleibt.

Bevor wir jetzt in die Mittagspause gehen, würde ich mich freuen, wenn Ihr mir noch ein bisschen zuhört, weil ich noch ein paar Hinweise habe.

Es gab schon einige Nachfragen zum Thema Initiativanträge und Ergänzungsanträge. Daher sei hier noch einmal wiederholt: Ihr könnt diese Anträge bis 17 Uhr beim Präsidium einreichen. Ihr bekommt für das Sammeln von Unterschriften grüne und blaue Vordrucke: grün für Initiativanträge und blau für Ergänzungsanträge.

Ihr braucht mindestens 49 Delegiertenstimmen, um einen Antrag bei uns im Präsidium gültig einreichen zu können.

Es gibt auch USB-Sticks. Wir versuchen, egal wie die Technik gerade funktioniert, dass wir nachher alles aktuell auf unseren Tablets haben. Die USB-Sticks machen es einfacher, die Initiativ- und Ergänzungsanträge in einem Format zu übernehmen, das wir besser einspielen können.

Wir als Präsidium erlauben uns, auch eine Mittagspause zu machen. Das heißt, wir stehen Euch erst wieder nach der Mittagspause zur Annahme der Initiativ- und Ergänzungsanträge zur Verfügung.

Damit komme ich zu den Delegiertenvorbesprechungen. Uns sind bis dato zwei bekannt, und zwar einmal vom Bezirk Küste und einmal vom Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen. Der Bezirk Küste beginnt seine Delegiertenvorbesprechung eine halbe Stunde vor Ende der Mittagspause. Ihr erfahrt gleich von mir, wann die Mittagspause zu Ende ist. Die Vorbesprechung findet im Backstagebereich statt. Berlin-Brandenburg-Sachsen macht seine Delegiertenvorbesprechung im Portalhaus, dort auf der Ebene C. Diese Vorbesprechung findet ebenfalls eine halbe Stunde vor Ende der Mittagspause statt.

Nach der Mittagspause werdet Ihr an den Eingängen hier zum Konferenzsaal etwas bemerken. Wir alle befinden uns in der aktuellen Diskussion über die Flüchtlinge. Wir haben es gestern und heute zum Teil schon gehört. Wir haben aus diesem Anlass Refugees-welcome-T-Shirts herstellen lassen, die wir im Laufe des Nachmittags brauchen werden. Diese bekommt Ihr am Ende der Mittagspause an den Eingängen. Dort werden sie verteilt. Keine Angst: Alle Größen sind vorhanden. Keiner muss sich in ein XS-Shirt zwängen.

Es kann an den Eingängen etwas länger dauern. Wir werden Euch nach der Mittagspause sagen, wie es weitergeht.

Wir haben noch einmal einen Hinweis zu den Themen Tablet und Konferenz-App, und zwar nicht zur Technik, sondern zu der Frage, wie das eigentlich funktioniert. Dazu gibt es eine Informationsveranstaltung, die wir all denen anbieten, die nicht zu einer Delegiertenvorbesprechung gehen und auch kein T-Shirt abholen möchten. Eine halbe Stunde vor Wiederbeginn gibt es auf der VIA-Ebene eine Informationsveranstaltung. Dort könnt Ihr Fragen stellen. Fragen könnt Ihr jederzeit auch in der Tablet-Werkstatt auf der Ausstellerebene stellen.

Wir sind gebeten worden, noch einmal darauf hinzuweisen: Bitte Handys, Hotspots und Access Points ausschalten. Sie stören das Netz.

Essen - ich glaube, das ist jetzt die wichtigste Frage - gibt es auch, und zwar in einem Cateringbereich. Er befindet sich eine Ebene unterhalb dieses Saals im Ausstellerbereich. Ihr geht durch den Ausstellerbereich hindurch und schaut schon einmal links und rechts, welche tollen Angebote es dort gibt. Am Ende findet Ihr einen riesengroßen Cateringbereich. Dort könnt Ihr Euer Essen einnehmen. Es ist genügend Essen für alle vorhanden. Wir treffen uns hier im Kongresssaal um 14.15 Uhr wieder.

Nach dem Mittagessen erfolgt ein Wechsel im Präsidium. Daher möchte ich Euch jetzt herzlich dafür danken, dass Ihr so wunderbar mitgemacht habt und der Einstieg in unseren Kongress so wunderbar gelungen ist.

Ich unterbreche nun den 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag für die Mittagspause und wünsche uns allen einen guten Appetit.

(Unterbrechung des Kongresses: 12.48 Uhr)

•

(Fortsetzung des Kongresses: 14.16 Uhr)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, auch von mir nach der Mittagspause ein herzliches Willkommen. Ich will gern die Gelegenheit nutzen, mich vorzustellen. Ich bin Karola Pieschnik. Ich bin seit fast 40 Jahren ehrenamtlich in und für unsere IG Metall tätig. Ich habe in dieser Zeit in einem mittelständischen metallverarbeitenden Betrieb gearbeitet, zum Schluss als Weiterbildungsbeauftragte. Fast die gesamte Zeit war ich dort auch Betriebsrätin.

Aber das Wichtigste in meinem Leben ist mein Mann und sind meine Kinder. (Beifall)

Dann gibt es noch etwas Wichtiges. Wie sage ich das jetzt am geschicktesten? Ich bin meinem Vater sehr dankbar dafür, dass ich in Gelsenkirchen-Schalke geboren bin. (Heiterkeit - Beifall) Ich hätte mir nie vorstellen können, dass ich mal etwas Schwarz-Gelbes mit voller Überzeugung anziehe. (Beifall)

Damit sind wir schon genau bei dem Thema. Ihr habt jetzt ja schon fast alle die T-Shirts angezogen, die die Jugend verteilt hat. Wenn Ihr die Botschaft, die auf den T-Shirts steht, in den Übersetzer eingibt, bekommt Ihr als Übersetzung nicht nur „Flüchtlinge willkommen“, sondern auch etwas, was ich noch besser finde: „Zufluchtsuchende willkommen“. Genau das drückt es nämlich aus. Es flüchten Menschen aus ihrer Heimat vor Krieg, vor Verfolgung, und sie kommen zu uns, um Zuflucht zu finden. Zuflucht, um zur Ruhe zu kommen, Zuflucht für ihre Familien.

Die Jugend hat auf die Tische Plakate verteilt. Sie bittet Euch, auf die Rückseite zu schreiben, warum Ihr diesen Menschen hier bei uns Zuflucht gewähren wollt und warum Ihr sie willkommen heißt. Ihr habt auch jeweils breite Filzstifte auf den Tischen liegen. Schreibt groß und gut lesbar; denn das wird ein Teil der Jugendaktion sein, die wir heute auch noch haben werden. - Schönen Dank.

Wir machen jetzt weiter und kommen zum Tagesordnungspunkt 4, Bericht aus dem Kontrollausschuss. Das Wort hat der Vorsitzende des Kontrollausschusses, der Kollege Dieter Dicke. Dieter, Du hast das Wort. (Beifall)

Dieter Dicke, Sprecher des Kontrollausschusses

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Unterlagen für den Gewerkschaftstag habt Ihr unseren schriftlichen Geschäftsbericht erhalten. Aus vorangegangenen Konferenzen wissen wir, dass es eine Fülle an Materialien für Euch zu bearbeiten gibt und

dadurch viele von Euch zeitlich nicht dazu in der Lage waren, die Arbeit des Kontrollausschusses nachzulesen. Daher ist es mein Bestreben, in Ergänzung zum schriftlichen Geschäftsbericht auch mündlich über die Arbeit des Kontrollausschusses zu berichten.

Der Kontrollausschuss ist ein Gremium, mit dem nicht jede Kollegin und jeder Kollege sofort etwas anzufangen weiß, da die meisten nicht direkt mit dem Ausschuss in Berührung gekommen sind. Das sagt aber nichts über seine Bedeutung aus. Nicht umsonst wurde der Kontrollausschuss in der Satzung verankert, und das mit einer klaren Aufgabenbeschreibung.

Um es gleich vorwegzunehmen: Laut Satzung hat der Kontrollausschuss nicht die Aufgabe, in die politische Arbeit des Vorstands einzugreifen. Der Kontrollausschuss begleitet das gesamte organisatorische Geschehen der IG Metall in allen ihren Gliederungen und behandelt uns bekannt gewordene Probleme solidarisch, und zwar ohne spektakuläre oder öffentliche Kommentare.

Unser Ziel ist es, insbesondere bei Beschwerden eine interne, satzungs- und richtlinienkonforme Lösung mit den Beteiligten herbeizuführen, wobei natürlich immer das ursprüngliche Antragsbegehren im Vordergrund steht.

Wir versuchen zum Beispiel, Mängel, die von der „Internen Revision“ festgestellt wurden, daraufhin zu überprüfen, ob immer wiederkehrende Vermerke darauf zurückzuführen sind, dass die Beschlusslage nicht praktikabel ist. Dort regen wir dann an, die Regelungen so zu ändern, dass die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und in den Verwaltungsstellen erleichtert wird.

Doch nun zu den uns übertragenen Aufgaben, die in der Satzung unmissverständlich geregelt sind. Daraus ergeben sich für uns unter anderem folgende Schwerpunkte:

Wir achten darauf, dass der Vorstand Satzung und Beschlüsse einhält.

Wir nehmen Beschwerden, unabhängig von wo sie kommen, ernst und klären erkannte Probleme unverzüglich.

Wir prüfen die Revisionsberichte der Internen Revision hinsichtlich von Verstößen und nehmen, wenn wir es für erforderlich halten, selbstständig Revisionen vor.

Wir helfen mit unseren Erfahrungen und Erkenntnissen, Schwachstellen und Fehlentwicklung zu beseitigen, denn wir denken bei allem, was wir tun, daran, dass die

Kontrollfunktion in erster Linie dazu dient, Schaden von unserer IG Metall abzuwenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kontrollausschuss erfüllt seine Aufgaben ohne Ansehen der Person. Wir versuchen stets, Probleme, die an uns herangetragen werden, in unmittelbaren Gesprächen mit den Beteiligten zu lösen.

Unser erklärtes Ziel ist es, auch schwierige Fragen möglichst schnell, und dann, wenn es möglich ist, auch einvernehmlich zu klären. Unser Vorteil sind die Kontakte mit den Verantwortlichen unserer Organisation, die wir bei der Bewältigung unserer Arbeit zu nutzen wissen. Dabei kommt dem Kontrollausschuss zugute, dass seine Mitglieder in den Bezirken verankert sind und ein großes Vertrauen in der Organisation genießen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Vorbereitung des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstags haben wir uns gemäß unserem Satzungsauftrag damit beschäftigt, ob die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstags auch umgesetzt worden sind. Dies ist kein einfacher Prozess, da es ja nicht darum geht, ob ein angenommener Antrag eins zu eins umgesetzt worden ist; denn politische, wirtschaftliche oder organisatorische Veränderungen führen möglicherweise zu neuen Überlegungen, die zwangsläufig das gewerkschaftliche Handeln beeinflussen.

Daher ist die Umsetzung der Beschlüsse ein ständiger organisationspolitischer Prozess. Diesen haben wir zu begleiten und zu beurteilen. Entscheidend ist jedoch immer das ursprüngliche Antragsbegehren. Bei der Beurteilung dieser Fragen haben wir es uns nicht leicht gemacht. Das geht nur durch intensive Kontakte zum Vorstand und zu den Kolleginnen und Kollegen der jeweiligen Funktionsbereiche. Diese Aufgabe haben wir im Laufe der letzten Legislaturperiode durch eine intensive Bearbeitung der Erledigungsvermerke wahrgenommen und sind zu dem Schluss gekommen, dass der Vorstand die Beschlüsse des 22. Ordentlichen Gewerkschaftstags sehr ernst genommen hat und dem Willen des Kongresses gefolgt ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine ereignisreiche und arbeitsintensive Zeit liegt hinter den haupt- und ehrenamtlichen Menschen in unserer Organisation. Ich nenne heute nur einige Beispiele: die politische Auseinandersetzung um den Mindestlohn und die Rente ab 63 für Kolleginnen und Kollegen mit 45 Versicherungsjahren, der ständige Kampf in den Betrieben um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung unserer Organisation durch das Werben neuer Mitglieder. Die Ergebnisse können sich durchaus sehen lassen.

Leider vergessen wir oftmals, dass wir nicht nur Befürworter in der Gesellschaft und schon gar nicht bei der Politik für die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen

vorfunden. Da steckt eine Menge Arbeit von Euch und von allen Verantwortlichen unserer Organisation drin. Wir sollten, ja wir können ein bisschen stolz auf das Erreichte sein. Und gleichzeitig dürfen wir unsere Ziele nicht aus den Augen verlieren.

Auch bei der Stabilisierung der Mitgliederentwicklung können wir insbesondere durch Euren Einsatz in den Betrieben Erfolge verbuchen. Welche Großorganisation kann schon von sich behaupten, über vier Jahre eine positive Entwicklung ihrer Mitgliederzahlen zu erreichen? Das ist Euer Erfolg. Wir können nur sagen: Macht weiter so. Die Stärkung unserer Organisation muss auch in Zukunft höchste Priorität haben.

Wir halten es für richtig und für notwendig, mit den Mitgliederprojekten in den Zuwachsräumen neue Betriebe zu erschließen und damit neue Mitglieder zu gewinnen. Denn nur durch das Werben neuer Mitglieder schaffen wir die Voraussetzung für den Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen und die Gründung von Betriebsratsgremien. Zugleich wird dadurch unsere Durchschlagskraft in den Betrieben und bei kommenden Tarifeinsetzungen gestärkt. Des Weiteren stärkt uns dies auch für gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen sowie unseren Einfluss in der Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu unseren Aufgaben gehört ebenfalls die Prüfung der Revisionsberichte. Im Berichtszeitraum hat der Kontrollausschuss etwa 300 Revisionsberichte von verschiedenen Organisationseinheiten geprüft und beraten. Hierbei arbeiten wir sehr eng mit der Stabsstelle „Interne Revision“ zusammen. Insbesondere ist es unsere Aufgabe, darauf zu achten, dass in unseren Gliederungen Satzung und Beschlüsse eingehalten werden.

Wie schon eingangs erwähnt, nehmen wir eine immer wiederkehrende Beanstandung der Revisoren zum Anlass, um zu prüfen, ob diese durch eine Veränderung der Beschlusslage abgestellt werden kann. Hierzu machen wir dann Vorschläge, um die Arbeit unserer Funktionäre und eine gerechtere Behandlung unserer Mitglieder zu erreichen, wie wir das beispielsweise bei dem Satzungsantrag zum Paragraphen 30 - Unterstützung im Todesfall - getan haben. Auch die neuen Richtlinien bei den kommenden Organisationswahlen tragen unsere Handschrift.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage der Eigenständigkeit der Verwaltungsstellen hat uns in einer unserer Sitzungen intensiv beschäftigt. Nun ging es uns nicht darum, in Frage zu stellen, dass der Vorstand nach unserer Satzung die IG Metall nach innen und außen vertritt und dass es für die Gliederungen der Organisation entsprechende Anweisungen zur Durchführung ihrer Arbeit gibt. Das Thema war

uns aber durchaus wichtig, weil es im Übrigen auch die Aufgabe des Kontrollausschusses ist, immer wieder zu prüfen, ob Entscheidungen und Beschlüsse in unserer schnelllebigen Zeit mit der Satzung in Einklang stehen.

Wir bleiben in der Tradition unserer Organisation, wenn wir darauf hinweisen, dass es für die Organisationskultur unabdingbar ist, dass satzungsrechtliche und organisationspolitische Kriterien zusammenwirken. Kompetenz bedingt Verantwortung und Verantwortlichkeiten. Die Beibehaltung dezentraler Kompetenzen und Verantwortlichkeiten sind unserer Auffassung nach wesentlicher Erfolgsfaktor unserer Organisation.

Ein anderer Punkt, der uns in der letzten Wahlperiode beschäftigt hat, sind 35 Beschwerden und Einsprüche von Mitgliedern. Die Zahl der Beschwerden über die vom Vorstand beschlossenen Maßnahmen wegen gewerkschaftsschädlichen Verhaltens ist in unserem schriftlichen Bericht mit 41 angegeben. Hier hat der Druckfehlerteufel zugeschlagen. In Wirklichkeit war die Anzahl von 17 Vorgängen weiterhin sehr gering. Ein Schwerpunkt dabei sind die Kandidaturen auf gegnerischen Listen beziehungsweise deren Einreichung bei den Betriebsratswahlen.

Oftmals sind diese Maßnahmen zwar notwendig und nicht zu vermeiden, da unsere Vertrauensleute mit großer Sorgfalt die Listen der IG Metall aufstellen. Aber der formale Weg, die Metallerinnen und Metaller, die auf gegnerischen Listen kandidieren, auszuschließen, löst in der Regel nicht die bestehenden Probleme im Betrieb.

Kommunikation über die Schwierigkeiten im Betrieb, das Aufeinanderzugehen, um die offensichtlichen Differenzen in der Betriebsratsarbeit zu lösen, müssen unser Ziel sein, um eine gemeinsame Liste für eine gemeinsame Arbeit bei zukünftigen Wahlen zu erreichen. Das Verfahren gemäß unserer Satzung muss die Ultima Ratio sein und bleiben. Die restlichen von uns behandelten Beschwerden betrafen im Wesentlichen die Gewährung von Rechtsschutz.

Lasst mich noch auf einen wichtigen Punkt eingehen, bevor ich zum Schluss komme, auf einen Punkt, der uns in der Vergangenheit beschäftigt hat, weil er nach unserer Auffassung für die Organisation von lebensnotwendiger Bedeutung ist.

In einer Organisation wie der unseren ist Vertrauen gut, aber noch wichtiger ist die Kontrolle über das Einnahme- und Ausgabeverhalten unserer Organisation; denn immerhin arbeitet die IG Metall ja mit den Geldern unserer Mitglieder. Im Berichtszeitraum haben wir alle unsere Möglichkeiten ausgeschöpft, um uns die Abläufe und Schwerpunkte der Arbeit der Verantwortlichen erklären zu lassen.

Nach gemeinsamen Gesprächen mit den Wirtschaftsprüfern der KPMG, der Revisionskommission und den Verantwortlichen aus der Vorstandsverwaltung wurde uns von den Wirtschaftsprüfern versichert, dass sich die IG Metall in einem sehr guten finanziellen Rahmen bewegt und die Hauptkasse hervorragend geführt wird. Den gleichen guten Eindruck erhielten wir in Gesprächen mit den Verantwortlichen der Vermögensverwaltung FEHO.

Gerade in einer Zeit der erschwerten Bedingungen bei den Geldanlagegeschäften ist es unserer Auffassung nach unbedingt notwendig, klare Richtlinien zur Kapitalanlage zu haben. Das wird auch von allen Verantwortlichen so gesehen. Wir haben uns davon überzeugt, dass sie sich ganz präzise an die Richtlinien zur Kapitalanlage halten. Auch aus unserer Sicht bieten diese Richtlinien die höchstmögliche Sicherheit bei unseren Kapitalanlagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hoffen, dass Euch die Berichte, der gedruckte und der von mir vorgetragene, einen Überblick über die vielfältige Arbeit des Kontrollausschusses vermitteln konnten.

Im Namen des Kontrollausschusses danke ich allen Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich - egal, in welchen Bereichen sie tätig sind beziehungsweise waren - für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und für ihre Zeit und Unterstützung.

Wir pflegen im Kontrollausschuss einen freundschaftlichen Umgang miteinander. Deshalb ist es mir ein ganz persönliches Anliegen, mich bei unserem Kollegen Lothar Franz herzlich zu bedanken. Lothar war seit dem Gewerkschaftstag 2007 Mitglied des Kontrollausschusses. Er hat den Bezirk Küste sehr kompetent vertreten. Er musste seine Bereitschaft zur erneuten Kandidatur aus gesundheitlichen Gründen leider zurückziehen und kann daher auch heute nicht unter uns sein. Wir wünschen ihm gute Besserung. Euch danke ich für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Dieter, für Deinen Bericht vom Kontrollausschuss. - Damit schließen wir den Tagesordnungspunkt 4 und kommen zum Tagesordnungspunkt 5, Bericht der Revisionskommission. Das Wort hat jetzt Georg Keppeler.

Georg Keppeler, Sprecher der Revisionskommission

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie angekündigt ist es meine Aufgabe, den Bericht der Revisionskommission für den 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag für die Geschäftsjahre 2011 bis 2014 vorzutragen.

Aufgabe und Funktion der Revisionskommission sind in Paragraf 18 unserer Satzung geregelt. Danach wählt der Vorstand aus seiner Mitte sieben Revisoren beziehungsweise Revisorinnen mit dem Auftrag, die Kassengeschäfte der IG Metall regelmäßig zu führen.

Mein Bericht wird sich in vier Punkte gliedern. Wer gehört der Kommission an? Dann folgen ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu den Aufgaben der Revisionskommission. Dann sage ich noch etwas zur Statistik oder zu dem, was wir gemacht haben, und zu den Schwerpunkten unserer Arbeit.

Die Mitglieder der Revisionskommission sind Carmen Bahlo aus dem Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, Johann Horn, Bezirk Bayern, meine Person Georg Keppeler, Bezirk Nordrhein-Westfalen, Detlef Kunkel, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Ulrich Meßmner, Bezirk Mitte, Eckard Scholz, Bezirk Küste, und aus dem Bezirk Baden-Württemberg waren bis Mai 2014 der Kollege Karl Meyer und ab September 2014 der Kollege Rainer Wietstock in der Revisionskommission tätig.

Was sind unsere Aufgaben? Die Revisionskommission ist eine der Revisionsinstanzen der IG Metall. Weitere Instanzen sind der Kontrollausschuss und die Interne Revision. Unsere Aufgabe ergibt sich aus der Unterscheidung zwischen ehrenamtlichen und geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern und der Tatsache, dass nur ehrenamtliche Vorstandsmitglieder der Revisionskommission angehören können.

Unsere Aufgabe ist es, die Kassengeschäfte auf Übereinstimmung zwischen den Beschlüssen des Vorstands und den Anweisungen der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder zu prüfen. Darüber hinaus arbeiten wir natürlich mit den vom Vorstand bestellten Wirtschaftsprüfern zusammen. Für die Delegierten, die zum ersten Mal auf einem Kongress sind: Es ist so, dass wir als politischer Verband IG Metall nicht gezwungen sind, uns den Regeln des HGB zu unterwerfen. Das tun wir auf freiwilliger Basis.

Die Revisionskommission erhält - das ist auch im Bericht von unserem Kollegen Dieter Dicke angesprochen worden - auch die Berichte der Wirtschaftsprüfer. Und natürlich ist die Revisionskommission eingebunden in die Kontrolle der Gesellschaften der IG Metall.

Ich will ein paar statistische Daten ansprechen, die vielleicht ganz interessant sind, und damit einen kleinen Arbeitsnachweis abgeben. Wir hatten in der Zeit von 2011 bis 2014 insgesamt 39 Revisionstermine. Wir hatten 33 Termine für die Prüfung der Hauptkasse, vier Sitzungen der Revisionskommission mit den Wirtschaftsprüfern, also gemeinsame Sitzungen von Revisionskommission, Interner Revision und Kontrollausschuss. Wir haben eine Bezirksleitung und ein Bildungszentrum überprüft.

Es gab keine grundsätzlichen Beanstandungen. Es gibt natürlich die eine oder andere Nachfrage, und selbstverständlich gibt es auch die eine oder andere Anregung unsererseits.

Wie hat die Kommission ihre Arbeit angelegt? Wir machen das über zwei Wege. Jetzt komme ich zu den statistischen Daten. Der klassische Weg ist die Belegprüfung in Stichproben. In den vier Jahren, über die es hier zu berichten gilt, fielen in der Vorstandsverwaltung circa 96.000 Belege an. Wir haben uns allerdings nicht alle angeguckt; das geht aufwandsmäßig einfach nicht. Wir konnten in Stichproben 20 Prozent der Belege prüfen. Das ist schon eine gewaltige Aufgabe, aber wenn man sie über vier Jahre verteilt, ist das durchaus leistbar.

Der zweite Schwerpunkt ist die inhaltliche Prüfung nach sachlichen Schwerpunkten im Berichtszeitraum. Da will ich nur Beispiele nennen. Wir haben in unseren Sitzungen immer zwei Schwerpunkte, einmal die klassische Belegprüfung und dann jeweils noch einen inhaltlichen Schwerpunkt. Da geht es beispielsweise um die Einhaltung der beschlossenen Budgets. Der Vorstand legt für die Vorstandsverwaltung Budgets fest, und wir gucken uns regelmäßig an, ob die Ausgaben auch in den beschlossenen Budgets bleiben.

Wir haben uns den Ordentlichen Gewerkschaftstag 2011 und auch den Außerordentlichen Gewerkschaftstag 2013 angesehen. Wir haben uns beschäftigt mit der Einführung des elektronischen Workflows, also mit einer modernen, zeitgemäßen Belegführung der Kassenbelege. Da haben wir uns weniger um die technischen Applikationen gekümmert, sondern uns in erster Linie von den Wirtschaftsprüfern die Sicherheit geben lassen, dass dieses Verfahren auch revisionssicher und überprüfbar ist.

Wir haben uns auch mit so kleinen Dingen wie Reisekostenabrechnungen, dem Fuhrparkmanagement oder auch den nicht unerheblichen Ausgaben für das IT-Thema innerhalb der IG Metall beschäftigt.

Ich komme zum Schluss. Aufgabe der Kommission - so sehen wir unsere Aufgabe als Revisionskommission - ist es nicht, gefasste Beschlüsse des Vorstands, des Beirats oder des Gewerkschaftstages in Frage zu stellen. Unsere Aufgabe ist es, die Übereinstimmung der Ausgaben mit den gefassten Beschlüssen zu überprüfen.

Mit diesem Bericht möchte ich ausdrücklich feststellen: Die Finanzen der IG Metall sind in Ordnung, unsere Kasse ist ordentlich. Das gilt nicht nur für die Hauptkasse, sondern das gilt auch für die Gesellschaften der IG Metall. Die Aufgabe der Revisionskommission ist weiterhin, darauf zu achten, dass dies so bleibt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Vorstandsverwaltung, aber ganz besonders auch denen in der Verwaltung Hauptkasse für die geleistete Arbeit danken.

Wir beantragen, dem Vorstand Entlastung zu erteilen. - Herzlichen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Schönen Dank, Georg. Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 abgeschlossen. Die von Georg beantragte Entlastung wird unter Punkt 7 abgestimmt.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt Aussprache zu den Berichten. Der Tagesordnungspunkt 6 ist aufgerufen, und jetzt können von Euch Wortmeldungen abgegeben werden. - Die erste kommt schon.

Dazu noch einige Erklärungen: Die Redezeit beträgt sieben Minuten. Ihr seht an dem Rednerpult die Ampel: Nach sechs Minuten springt sie auf Gelb, und nach Ablauf der Redezeit auf Rot. Für den Redner selbst ist eine Uhr angebracht, damit man einen Überblick hat, wie viel Zeit einem noch bleibt.

Das Pult ist höhenverstellbar. Auf der rechten Seite ist dafür ein Knopf; den könnt Ihr gerne bedienen und Euch da einrichten. Auch Wasser könnt Ihr gerne nehmen.

Noch einmal der Hinweis: Bitte gebt Initiativ- und Ergänzungsanträge unbedingt bis 17 Uhr ab.

Wir warten jetzt noch einen Augenblick, bis die Kolleginnen und Kollegen das so weit sortiert haben, dass wir beginnen können. -

Als Erster hat das Wort der Kollege Fuad Yusifov, Verwaltungsstelle Neu-Ulm-Günzburg, Bezirk Bayern, mit der Delegiertennummer 393. Fuad, Du hast das Wort.

Fuad Yusifov, 393

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde gerne einige Ergänzungen aus der IG Metall-Jugend zum Geschäftsbericht beitragen.

Zu unserer Arbeit in den letzten vier Jahren werde ich gerne ein paar aufbauende und lobende Worte sagen. Ich finde, in den letzten Jahren wurden ziemlich viele erfolgreiche Projekte durchgeführt, zum Beispiel die Operation Übernahme oder die Revolution Bildung.

Auch im Bereich der Mitgliedergewinnung haben wir große Schritte gemacht und uns stark nach oben entwickelt, worüber wir uns sehr freuen können.

Bei den Auszubildenden und den dual Studierenden sind wir in den letzten Jahren um 6.800 Mitglieder gewachsen und unter den Jugendlichen sogar um 16.700. (Beifall)

Mit den flächendeckenden Begrüßungsrunden in den Betrieben und mit der aktiven Ansprache der dual Studierenden haben wir diese Erfolge feiern können.

Besonders erfolgreich sind wir in diesem Jahr unterwegs, da die aktive Mitgliedergewinnung sich sehr positiv ausgewirkt und uns als junge Generation gezeigt hat, dass wir auf dem richtigen Weg sind zur Jungen IG Metall. (Beifall)

Die Vielfalt von dual Studierenden, Auszubildenden, Frauen und Männern aus verschiedenen Ländern und Nationen bringt uns als IG Metall weiter. Bundesweit haben wir dieses Jahr schon über 20.000 dual Studierende und Auszubildende für uns gewinnen können.

Die positive Entwicklung macht sich auch bei mir im Betrieb Bosch Rexroth sichtbar. Wenn früher vielleicht zwei von zwölf dual Studierenden IG Metall-Mitglieder waren, sind es heute schon sechs von zwölf, Tendenz steigend.

Mit der aktiven Mitgliedergewinnung haben wir IG Metall ein Stück jünger gemacht.

Aber um die Zukunft wirklich sicher gestalten zu können, müssen wir gemeinsam mehr leisten. Ich bin mir sicher: Gemeinsam werden wir das auch schaffen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Fuad. – Von jetzt an werde ich immer den aktuellen Redner aufrufen und den oder die Nachfolgende, damit man sich schon bereit machen kann. Denn die Wege sind ziemlich lang, und dann könnt Ihr schon weiter nach vorne kommen.

Als Nächster hat das Wort der Kollege Adrian Wiemer von der Verwaltungsstelle Aachen aus dem Bezirk NRW mit der Delegiertennummer 067. Ihm folgt David Lüdtkke.

Adrian Wiemer, 067

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mir eine außerordentliche Ehre, auf diesem Gewerkschaftstag der IG Metall zum ersten Mal sprechen zu dürfen.

Kurz zu mir: Mein Name ist schon genannt worden, Adrian Wiemer. Ich bin 2005 in die IG Metall eingetreten, als ich eine Ausbildung bei der MTU in Friedrichshafen begonnen habe. Ich habe anschließend nach der Ausbildung das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg nachgeholt und studiere jetzt aktuell an der RWTH Aachen Elektrotechnik im achten Semester.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die IG Metall blickt auf vier ereignisreiche Jahre zurück - vier Jahre, in denen sich viel in der IG Metall, aber auch in der Gesellschaft und in der Wirtschaft verändert hat.

Die gute Nachricht ist: Wir blicken auf vier Jahre zurück, in welchen wir kontinuierlich Mitglieder hinzugewonnen haben - was nicht selbstverständlich war in einer Atmosphäre, die nach wie vor geprägt ist von Deregulierungen, Privatisierungen und anderen marktradikalen Heilslehren.

Dieser Erfolg war nur möglich dank des engagierten Einsatzes unserer Kolleginnen und Kollegen, der Vertrauensleute, der Betriebsräte, der Jugend- und Auszubildendenvertreter, der politischen Sekretäre und der vielen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Ich finde, ihnen gilt ein herzliches und aufrichtiges Dankeschön an dieser Stelle. (Beifall)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, einige Bemerkungen zu der Studierendenarbeit der IG Metall in den letzten vier Jahren zu machen. Wir haben uns als IG Metall der Herausforderung der sich verändernden Arbeitswelt gestellt und uns auf den Weg gemacht, die Studierenden an den Hochschulen und den Universitäten für uns zu gewinnen. Denn wir wissen aus der betrieblichen Erfahrung allzu gut, dass die frühe Ansprache der Schlüssel dazu ist, Mitglieder dauerhaft zu binden.

Aber noch viel wichtiger ist, dass wir die Interessen und die Probleme der Studierenden angenommen haben. Denn die Situation der Studierenden ist keineswegs so paradiesisch, wie manches Klischee es suggeriert. Seit der Bachelor-Master-Umstellung ist es zu einer stetigen Leistungsverdichtung gekommen. Stress, Burnout, 60-Stunden-Wochen, das sind die Realitäten des Studentenlebens von heute.

Damit nicht genug: Das Versprechen auf einen sicheren, unbefristeten Arbeitsplatz mit Tarifbindung ist inzwischen auch für viele Ingenieure eher Märchen als Realität.

Auch hier haben prekäre Beschäftigungsformen, wie Leiharbeit und Werkverträge, Einzug gehalten.

Deshalb war es so wichtig für uns, dass wir damit angefangen haben, Informationsveranstaltungen wie Ringvorlesungen für die Studierenden anzubieten und einfach Ansprechpartner für ihre Probleme zu sein.

Die IG Metall hat im Allgemeinen bewiesen und beweist es immer aufs Neue, dass sie die jungen Menschen mitnehmen kann und eine starke Partnerin in Sachen Mitbestimmung und Selbstbestimmung ist.

Wir haben mit der Kampagne „Revolution Bildung“ das Thema Qualifizierung und Weiterbildung auf die Agenda gesetzt, und zwar Weiterbildung anhand der eigenen Interessen und nicht anhand der Interessen der Arbeitgeber, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

20.000 junge IG Metalller waren beim letzten Jugendaktionstag in Köln auf der Straße. Wir können echt stolz darauf sein, so viele junge Menschen für eine klare politische Botschaft mobilisiert zu haben in einer Zeit, in der das nicht mehr selbstverständlich ist, dass die Jugend politisch ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Schluss kommen und sagen, dass ich mit großer Freude und Entschlossenheit in der IG Metall-Jugend die letzten vier Jahre mitgearbeitet habe. Ich habe dies getan, weil in der IG Metall-Jugend Demokratie auf allen Ebenen erlebbar gemacht wird, weil in ihr alle jungen Menschen die Gelegenheit finden, nach ihren Interessen mitzuarbeiten und vor allem auch mitzubestimmen. Ich freue mich auf die nächsten vier Jahre und bedanke mich recht herzlich für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Adrian. - Als Nächster hat das Wort David Lüdtkke, Verwaltungsstelle Köln-Leverkusen, Bezirk NRW, Delegiertennummer 085.

David Lüdtkke, 085

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst mich ergänzend zum Thema Mitgliedergewinnung im Jugendbereich noch einen für uns auch als Gesamtorganisation in den nächsten Jahren sehr wichtigen Punkt ansprechen, und zwar die Durchführung strukturierter Gespräche zum Ende der Ausbildung beziehungsweise zum Ende des dualen Studiums, also genau dann, wenn der Übergang in den Beruf ansteht.

Die Auszubildenden und dual Studierenden sind eine unserer wichtigsten Zielgruppen, wenn es darum geht, neue Mitglieder zu gewinnen und in Zukunft auch weiter so erfolgreiche und gute Gewerkschaftsarbeit machen zu können wie in der Vergangenheit. Hier sind wir zu Beginn der Ausbildung beziehungsweise des Studiums besonders aktiv und oft auch sehr erfolgreich. Wir machen in einem Großteil der Betriebe, in denen wir als IG Metall vertreten sind, jährliche Begrüßungsrunden, bei denen wir es gemeinsam mit den Jugend- und Auszubildendenvertretungen und Betriebsräten schaffen, regelmäßig viele neue Mitglieder für unsere Organisation zu gewinnen.

Wichtige und überzeugende Argumente sind dabei etwa unsere in den vergangenen Jahren abgeschlossenen guten Tarifverträge oder aber die Themen, in denen wir uns für die Zukunft starkmachen wollen.

Ganz anders ist das allerdings zum Ausbildungsende und zum Abschluss des Studiums. Hier verlieren wir Mitglieder, und zwar nicht wenige. Leider wurde die Ansprache von Auslernenden in der Vergangenheit häufig vernachlässigt, obwohl es sich dabei um eine sehr wichtige Phase handelt, sowohl für die Auslernenden als auch für uns als IG Metall. Oft entscheidet sich hier, wie die weitere Beziehung zur IG Metall in dem nächsten großen Abschnitt, nämlich dem nun beginnenden Berufsleben, aussieht. Das heißt, wir müssen aktiv werden und diesen Zeitpunkt als standardisierten Anspracheanlass nutzen.

Das Ausbildungsende gestaltet sich natürlich vor Ort sehr unterschiedlich. In manchen Betrieben werden alle Auszubildende übernommen, in anderen nur ein Teil, in wieder anderen muss sich die Mehrheit um einen neuen Arbeitsplatz in einem anderen Unternehmen bewerben. Einige orientieren sich auch schlicht um und beginnen zum Beispiel ein Studium. Daher ist es besonders wichtig, hier die IG Metall in Verbindung mit den betrieblichen Interessenvertretungen als Helfer und wichtigen Partner in der nun anstehenden individuellen Situation anzubieten. Ziel muss es deshalb sein, Auslerner-Runden als festes Instrument - ähnlich unseren Begrüßungsrunden - in den normalen betrieblichen Ablauf zu integrieren.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen genau an dieser Thematik gearbeitet und uns konkrete Gedanken dazu gemacht, wie wir durch Materialien und Konzepte die Etablierung und Durchführung solcher strukturierten Gesprächsrunden unterstützen können.

Ein Ergebnis ist beispielsweise unser eigenes erstelltes Bildungsmagazin, das einen Überblick über alle nun möglichen Bildungsgänge und die in Verbindung mit unserem Tarifvertrag Bildung möglichen Zugangs- und Fördermöglichkeiten gibt.

In meinem Betrieb, den Kölner Ford-Werken, in denen jedes Jahr rund 200 Kolleginnen und Kollegen nach Abschluss ihrer Ausbildung übernommen werden, führen wir schon seit vielen Jahren solche Gesprächsrunden mit den jeweils zuständigen Betriebsräten durch. Hier sind wir aber auch gerade dabei, mit einer guten betrieblichen Umsetzung unseres neuen Tarifvertrags Bildung dieses Konzept zu überarbeiten und aufzuwerten.

Wir wollen in Zukunft noch deutlicher machen, dass die IG Metall auch nach Abschluss der Ausbildung beziehungsweise des Studiums auch weiterhin erfolgreich für die individuellen Interessen und Bedürfnisse einzelner Beschäftigtengruppen einsteht und sie umsetzt.

Kolleginnen und Kollegen, auch in allen anderen Bezirken ist das Thema Auslernerunden mittlerweile weit oben auf der Tagesordnung angekommen. Ich bin mir sicher, dass, wenn wir es gemeinsam schaffen, diese Gesprächsrunden dauerhaft und fest zu etablieren, wir damit auch einen wichtigen Schritt machen, um unsere jungen Kolleginnen und Kollegen auch nach der Ausbildung und dem Studium weiterhin für unsere gute Organisation zu gewinnen und zu begeistern.

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit, und gemeinsam schaffen wir das! (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Danke, David. - Als Nächster hat das Wort der Kollege Hartwig Erb, Verwaltungsstelle Wolfsburg, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Er ist Teilnehmer nach Satzung mit der Teilnehmernummer 038.

Hartwig Erb, 338

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Vorstand, ich habe Euren Berichten sehr genau gelauscht und würde gern zu zwei Punkten eine Ergänzung geben. Ich habe mich gefreut, dass auch hier noch einmal deutlich gemacht worden ist, dass man hinter dem Debakel in der Meyer Werft, hinter Ergin, sicherlich auch hinter Thomas Gelder, dem Ersten Bevollmächtigten steht, wie auch an anderen Stellen hinter Betriebsräten.

Ich werde hier nicht referieren über das Abgasdebakel von Volkswagen. Ich möchte Euch nur noch eines zu bedenken geben. Wir erleben zurzeit Folgendes - das wurde hier leider nicht noch einmal ausdrücklich gesagt oder referiert -: Wir stellen fest, dass es nicht mehr um Abgaswerte geht, nicht um Umweltschutz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stellen fest, es gibt einen Generalangriff auf die Mitbestimmung. Das muss man hier endlich einmal zur Kenntnis nehmen. (Vereinzelt Beifall) Da geht

es nicht um die Verrückten, von denen man gar nichts anderes erwartet - wie Dudenhöffer oder Politiker. Aber um eines bitte ich diesen Kongress: Hier nach einer Woche gestärkt rauszugehen. Lieber Detlef, Du hast gesagt: Einigkeit, Solidarität und Demokratie. Es sollte um Einigkeit gehen.

Es gibt eine Bitte von mir: Geht in Euch, wenn Euch jemand ein Mikrofon unter die Nase hält oder Euch gar filmt, zweifelt nicht an der Standfestigkeit und der Ehrlichkeit unserer Betriebsräte und Vertrauensleute und Hauptamtlichen in der IG Metall! Es kann nicht sein, dass Betriebsräte unter Verdacht gestellt werden, korrupt zu sein, weil ein paar Idioten, Ingenieure, Abgaswerte schönen, und man glaubt, die haben das alle wissen können. Das funktioniert nicht. Das ist der Generalangriff auf die Mitbestimmung. Und der würde zu guter Letzt nicht allein Volkswagen schädigen oder den Konzern in ganz Deutschland oder in der Welt, der würde bis in den Mittelstand gehen, in die Zulieferfabriken.

Das Damoklesschwert bei Volkswagen hängt tief. Nämlich jetzt zu glauben, man kann den Betriebsrat kleinmachen, weil er vielleicht etwas gewusst haben könnte, à la Dudenhöffer oder Politiker, und man meint, mal das zu bekommen, was man die letzten zehn Jahre nicht bekommen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will hier noch einmal deutlich sagen: Unsere Betriebsräte haben im Sinne der abhängig Beschäftigten und der IG Metall gute Arbeit geleistet. Das sollten wir wertschätzen. Bitte steht beieinander! Und wenn Ihr Euch nicht sicher seid, dann ruft diese Leute an, was dahinter steht - ich habe das auch mit der Meyer Werft so gemacht -, um nichts Falsches zu sagen. Wir wollen niemanden schützen, der es nicht verdient hat, aber diese Betriebsräte haben es verdient. Wir müssen sie schützen, wir müssen überall deutlich sagen, sie sind aufrecht. - Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Hartwig. - Das Wort hat nun Ute Buggeln, Verwaltungsstelle Bremen, Bezirk Küste. Sie hat die Delegiertenummer 190.

Ute Buggeln, 190

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für den Bezirk Küste möchte ich hier noch einmal eine Ergänzung zum Thema Werkverträge machen. Dann möchte ich auch noch einmal anknüpfen an den Geschäftsbericht von Dir, Detlef, und das um zwei Aspekte ergänzen.

Noch einmal zu meiner Person: Mein Name ist Ute Buggeln, ich bin Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Bremen.

Beim Thema Werkverträge möchten wir noch einmal zwei Aspekte hervorheben, die uns zentral wichtig sind, weil sie nämlich in diesen Punkten vor Ort an Grenzen stoßen. Das eine betrifft die Tarifpolitik. Die Erschließung von Werkvertragsfirmen fällt uns da relativ leicht, wo wir starke Stammbetriebsräte haben, die die Betriebsratswahlen und letztlich nachher auch die Tarifverhandlungen in den Werkvertragsfirmen unterstützen und begleiten.

Schwierig wird es dann aber in den Tarifverhandlungen, und zwar aus folgendem Grund. In vielen Werkvertragsfirmen haben wir kleine Stammebelegschaften. Wir haben dafür aber in den Werkvertragsfirmen eine Vielzahl von Leiharbeitern, manchmal sogar das Zweifache der Stammbetriebsbeschäftigten. Die Leiharbeitsbeschäftigten fallen unter den Tarifvertrag Zeitarbeit. Das macht es uns in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern schwierig, denn wir verhandeln bei den Werkverträgen nicht auf der Ebene von Zeitarbeit, sondern wir orientieren uns an den Konditionen der Stammbetriebe.

Das führt dazu, dass die Masse an Beschäftigten in diesem Betrieb davon gar nicht profitiert, weil sie unter Leiharbeit tätig ist.

Das führt zweitens dazu, dass die Fremdfirmen gar keinen Anreiz haben, unter diesen Bedingungen ihre Stammebelegschaften aufzubauen, weil sie die Leiharbeiternehmer dann als Billigheimer nutzen können.

Zum Dritten hat das auch Ausstrahlung auf andere Werkvertragsfirmen in unseren Stammbetrieben, die dann ähnlich verfahren.

Im Prinzip haben wir vor Ort das Problem, unter diesen Bedingungen ein vernünftiges Lohnniveau hinzubekommen. Insofern meine Bitte, beim Thema Werkverträge, Werkvertrags- und Leiharbeitsbeschäftigte stärker zusammenzudenken und dafür eine tarifpolitische Antwort zu finden.

Der zweite Punkt, den ich unter diesem Aspekt der Werkverträge erwähnen möchte, ist der Aspekt Mitbestimmung. Hier fehlt uns eine gemeinsame Strategie als Organisation. Jede Ausgliederung - das haben wir gehört und das wissen wir aus der Praxis - kostet Mitbestimmung bei uns in den Stammbetrieben. Das liegt im Kern daran, dass die Arbeitgeber überhaupt nicht mehr die Produktion in der Logik des Betriebsbegriffs sehen, sondern Produktion läuft für sie mittlerweile in einem Netz von Produktionseinheiten.

Unsere Mitbestimmungsgesetze und unsere betrieblichen Handlungsstrukturen und auch unsere Organisationsstrukturen sind aber nach wie vor auf den Betriebsbegriff ausgerichtet: ein Betrieb, eine Belegschaft, ein Vertrauenskörper, ein Betriebsrat, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag. So sieht es in den Betrieben aber immer weniger aus. Das macht uns vor Ort Schwierigkeiten.

Die Zukunftsfrage, die wir beantworten müssen, lautet: Wie gehen wir damit um, dass uns der Betriebsbegriff eigentlich abhanden kommt, dass wir nur noch in einem Netz von Produktionseinheiten agieren, aber unsere Betriebsräte und unsere Macht in den Stammbetrieben immer noch auf diesen einen Betrieb ausgerichtet sind?

Im Bezirk Küste machen wir uns auf die Suche nach einer Antwort auf die Frage: Wie können wir das vor Ort ganz konkret lösen? Wir haben einen betriebsübergreifenden Dialog mit den Betriebsratsspitzen und den VK-Leitungen initiiert. Wir diskutieren mit ihnen: Was bedeutet diese Entwicklung eigentlich für unsere zukünftige Handlungsfähigkeit in den Stammbetrieben? Wie können wir dieser entgegenwirken?

Wir schulen unsere Betriebsräte und unsere Vertrauensleute aus den Stammbetrieben zu den Themen, zu der Frage: Was bedeutet das für die Mitbestimmung? Wie gehen wir mit Werkverträgen in den Betrieben um? Wie sieht es mit Betriebslandkarten aus? Haben wir genug Daten? Kriegen wir den Abschluss von Betriebsvereinbarungen hin?

Wir unterstützen und initiieren - das ist mittlerweile eine unserer Hauptaufgaben - betriebliche Netzwerke und Bündnisse zwischen Stammbetriebsräten und Werkvertragsbetriebsräten. Die Betriebsräte unserer Stammbetriebe unterstützen die Betriebsräte der Werkvertragsfirmen aktiv. Sie begleiten auch die Schulungen zu Betriebsräten 1, 2 und 3. Sie beraten auch in der Alltagsarbeit.

Das ist nicht nur eine solidarische Hilfeleistung - um auch das einmal zu sagen -, sondern auch ein Akt zur Erhaltung der eigenen Handlungsfähigkeit in den Stammbetrieben. Das erfordert aber einen Dialog und eine Auseinandersetzung bei uns vor Ort mit den Stammbetriebsräten, denn es geht um ein Umdenken, es geht letztlich um Zeitressourcen, auch um eine Umorganisation unserer Arbeit. Da stoßen wir nicht immer auf offene Ohren, sondern wir müssen engagiert diskutieren, dass es um den Erhalt der eigenen Handlungsfähigkeit geht. Das müssen wir stärker in den Mittelpunkt rücken.

Von uns als Verwaltungsstelle erfordert es im Prinzip das Gleiche, nämlich ein Umdenken in Bezug auf unsere Rolle. Wir sind diejenigen, die diese Prozesse mit initiieren müssen. Wir müssen Bündnisse schaffen, wir müssen Prozesse koordinieren, wir müssen diese Initiativen aufgreifen, sie fördern und nachhaltig gestalten.

Insofern ist das, was wir hier brauchen, ein Dialog in der Zukunft über die Frage, wie wir mit dieser Situation umgehen, was die Entwicklung für die Rolle der Betriebsräte in den Stammbetrieben und für uns als IG Metall bedeutet.

Detlef, was Du zu den Werkverträgen gesagt hast, hätten wir hier gern mit einbezogen, weil sich, wenn uns der Betriebsbegriff wegbricht, die Frage stellt: Wo haben wir dann noch unsere Kampfkraft? - Ich danke Euch. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Ute. - Als Nächster hat das Wort Frank Paetzold, Verwaltungsstelle Wolfsburg, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, mit der Delegiertennummer 268.

Frank Paetzold, 268

Schönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Frank Paetzold, ich bin Vertrauenskörperleiter bei VW in Wolfsburg.

Die Vertrauensleutearbeit ist eines der wichtigsten Standbeine dieser IG Metall. Ich möchte Dir, Jörg, dafür danken, dass Du dies in Deiner Rede ganz klar herausgestellt hast. Vielen Dank dafür. (Beifall)

Es ist auch gut, dass die Wichtigkeit der Vertrauensleutearbeit in den Entschlüssen und Leitanträgen noch einmal ganz klar dargestellt wird. So sollte die Vertrauensleutearbeit nicht nur mehr in den Fokus gestellt werden, sondern es sollten auch weitere Betriebe erschlossen werden, in denen man Vertrauenskörper aufbauen will.

Hierbei kommt der Bildungsarbeit in der IG Metall eine tragende Rolle zu. Die neuen Vertrauensleute müssen schnellstens und zielgerichtet geschult werden, damit sie den Mitgliedern Rede und Antwort stehen und die Nichtmitglieder überzeugen können, wie wichtig eine solidarische Gemeinschaft in einem Betrieb und auch gesellschaftspolitisch ist. Sie sollen außerdem die Betriebsräte unterstützen.

Nun stellt sich aber die Frage: Ist unsere Bildungsarbeit in der Lage, noch mehr Vertrauensleute zu schulen? Schauen wir uns doch einmal den aktuellen Stand an. Für

viele Vertrauensleute ist der Erstkontakt der mit den zentralen Seminaren VL kompakt. Dies findet - so steht es in den Broschüren - an den Schulen der IG Metall statt. Sie bekommen von gestandenen Vertrauensleuten vorgeschwärmt, wie gut die Atmosphäre an den Schulen ist. Nicht nur der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen im eigenen Seminar, sondern auch der Austausch mit Teilnehmern aus anderen Seminaren hat einen hohen pädagogischen Wert. Der Geist der Solidarität und der geschichtliche Aspekt der Gewerkschaft spielen an den IG Metall-Schulen eine große Rolle.

Das aber wird infrage gestellt, weil die IG Metall-Schulen überlastet sind. Seminare werden ausgelagert. Vertrauensleute kommen oft enttäuscht von den Seminaren zurück, weil sie entweder zum Schlafen ins Hotel ziehen und dann pendeln mussten oder weil das ganze Seminar nicht wie ausgeschrieben in einer Schule stattfand, sondern in einem Hotel.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss aufhören. (Beifall) Ich frage mich, welche Lösungen die Abteilung Bildung hier zukünftig vorsieht. Die pädagogischen Mitarbeiter können nicht mehr alle Seminare an den Schulen selbst leiten oder begleiten. Es werden immer mehr ehrenamtliche Referenten oder Honorarkräfte für diese Seminare eingesetzt. Unsere ehrenamtlichen Referenten sind gut - keine Frage. Aber sie leiten ein bis zwei Seminare im Jahr und kommen aus einem bestimmten Betrieb, sodass sie oft nicht wissen können, wie es in anderen Betrieben und anderen Bezirken aussieht und wie die aktuelle Politik der IG Metall dort diskutiert wird.

Dies leisten die pädagogischen Mitarbeiter an den Schulen. Deshalb muss an dem Teamprinzip, dass mindestens ein hauptamtlicher Pädagoge am Seminar mitwirkt, festgehalten werden. Davon darf nicht abgewichen werden, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Vertrauensleute und Betriebsräte wirken im Betrieb zusammen. Sie haben unterschiedliche, aber politisch gleichwertige Aufgaben. Insofern sind getrennte Ausbildungsarten gerechtfertigt. Aber daraus darf nicht folgen, dass Vertrauensleute von der Teilnahme an BR-kompakt-Modulen ausgeschlossen werden.

Hier muss es künftig eine größere Durchlässigkeit geben. Das heißt, die BR-Module müssen auch nach Bildungsurlaub ausgeschrieben werden.

Was der IG Metall-Vorstand beschlossen hat, ist lobenswert, weil die Wartelisten dadurch schneller abgebaut werden, löst aber nicht das Problem, das ich gerade beschrieben habe. Darum ist es wichtig, nach Alternativen zu suchen.

Sprockhövel hat zum Beispiel zu wenig Betten. Der Bau eines Bettenhauses würde hier, glaube ich, helfen. Vielleicht sollte man auch überlegen, von anderen Gewerkschaften Kapazitäten anzumieten. Zum Beispiel gibt es solche Möglichkeiten in der HVHS Hustedt bei Hannover. Es ist denkbar, dort Einführungsseminare im Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt durchzuführen. Ich weiß, dass man dort für eine solche Sache ein offenes Ohr hätte.

Ein anderes Problem ist, dass Baden-Württemberg jetzt auch ein Bildungszeitgesetz - so heißt es dort, glaube ich - schafft. Das heißt, dass auch von dort noch mehr Vertrauensleute an die Schule kommen werden.

Alles in allem haben wir ein ganz großes Problem im Bereich der Bildung, nämlich dass wir es nicht abbilden können. Ich hätte mir gewünscht, dass Du in Deinem Bericht mehr dazu ausgeführt hättest. Leider hast Du das nicht getan.

Ich rufe den Vorstand hiermit auf, dieses Problem ernst zu nehmen und es anzunehmen und endlich dementsprechend zu handeln. - Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Frank. - Das Wort hat jetzt Martina Pracht, Verwaltungsstelle Eisenach, Bezirk Mitte, Delegiertennummer 179. Ihr folgt Roland Hamm.

Martina Pracht, 179

Schönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich spreche heute schon zum zweiten Mal vor einem Gewerkschaftstag. Das erste Mal war es im Jahr 2003 fast genau an der gleichen Stelle, nämlich auch in Frankfurt. Damals hat mich die Wut umgetrieben, die Wut über - ich nenne es mal so - das Abwürgen der 35-Stundenwoche im Osten und die Folgen, die damals in den Betrieben entstanden.

Ich meinem Betrieb Opel Eisenach sind uns damals buchstäblich die Mitgliedsbücher um die Ohren geflogen. Wir haben Jahre gebraucht, um diesen Mitgliederschwund wieder auszugleichen. Damals stand die IG Metall vor einer Zerreißprobe. Auch davon hat sich die IG Metall glücklicherweise wieder erholt. Aber die 35-Stunden-Woche im Osten gibt es auch zwölf Jahre danach immer noch nicht. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf einfach nicht so bleiben. (Beifall)

Ich habe mich ausdrücklich gefreut über das auch von Wolfgang Lemb angesprochene Ressort Zukunft Ost, wo dieses Thema auch wieder auf die Tagesordnung kommen wird. Ich freue mich auch außerordentlich darüber, dass jetzt auch im Leitvertrag Neue Arbeitszeitpolitik dieses Thema zumindest wieder angerissen wird.

Warum mache ich hier diese Ausführungen? - Weil mich auch heute wieder etwas an das Rednerpult treibt. Diesmal ist es auch eine Wut, aber auch eine gewisse Scham, weil ich nämlich sozusagen aus Dunkeldeutschland komme. Eisenach liegt in Thüringen, also in einem der neuen Bundesländer.

Ihr wisst es ja, leider im Gegensatz zu Frankfurt, wo Fragida kaum einen Fuß in die Tür kriegt, ist es bei uns umgekehrt. Brandstifter Höcke von der AfD bringt 8.000 Leute in Erfurt auf die Straße und wir halten mit unseren 1.500 dagegen. (Beifall)

Was sind die Argumente von Brandstifter Höcke? Die Flüchtlinge sind ein Aufhänger. Ja, sie sind ein Aufhänger, aber es geht auch mehr in die Tiefe. Es wird genau damit gekitzelt, dass sich Beschäftigte in Ostdeutschland nach wie vor benachteiligt fühlen, eben auch in der Arbeitszeit.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir ernst nehmen. Ich freue mich außerordentlich, dass alle Vorstandsmitglieder vorhin durch die Bank ein klares Bekenntnis gegen Rechtsextremismus abgegeben haben. Auch die T-Shirts hier finde ich ganz große Klasse. Wir werden damit nächste Woche wieder in die Betriebe gehen und unsere Diskussionen auch mit unseren IG Metall-Mitgliedern führen müssen: Warum gehst Du zu Pegida oder in Thüringen zu Thügida und wie die alle so heißen? Was kommen dann für Argumente? Genau das: Ja, wir sind immer die zweite Klasse, und jetzt kommen noch die Flüchtlinge, die nehmen uns etwas weg. Das sind genau die Argumente und die Methoden, die damals auch im Dritten Reich ein Adolf Hitler verwendet hat. Leider funktionieren die offensichtlich auch heute noch.

Das ist etwas, was mir ganz große Angst macht. Jetzt sind es die Flüchtlinge, und wer ist es als Nächster? Sind es als Nächste so wie in Russland und in anderen europäischen Staaten die Homosexuellen, die Transsexuellen und andere sogenannte Minderheiten? Ich bin froh, Mitglied der Organisation IG Metall zu sein, wo all das keinen Platz hat und Toleranz und Menschlichkeit einen hohen Stellenwert haben. Das müssen wir weiter in die Betriebe tragen.

Allerdings wird es wirklich schwer, weil auch viele IG Metall-Mitglieder bei solchen Organisationen leider mitmachen, obwohl sie sich selber niemals als Faschisten oder sonst was bezeichnen würden. Das würde ich auch nicht tun. Wir müssen die Argumente finden, um damit bei unseren Mitgliedern und unseren Kolleginnen und Kollegen wieder in die Offensive zu kommen, damit solche Brandstifter wie Höcke keinen Nährboden, auch nicht in Ostdeutschland, finden. - Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Martina. - Als nächster hat das Wort Roland Hamm, Verwaltungsstelle Aalen, Bezirk Baden-Württemberg, Delegiertenummer 057. Ihm folgt Heidi Scharf.

Roland Hamm, 057

Vielen Dank, Karola. - Ich muss ganz ehrlich sagen: Es hat mich sehr bewegt, weil ich glaube, dass wir zu Recht stolz sein können auf unsere IG Metall, weil sie sich in ihrer Geschichte nie nur als eine tarifpolitische Organisation verstanden hat, sondern weil wir uns auch immer als politische und gesellschaftspolitische Organisation verstanden haben. Ich glaube, das hat unsere IG Metall in den letzten 125 Jahren stark gemacht, und darauf können wir wirklich stolz sein. (Beifall)

Deshalb bitte ich alle anderen Kolleginnen und Kollegen aus der Vorstandsverwaltung, jetzt nicht böse zu sein, wenn ich ihre Themen nicht anspreche. Mich, und ich glaube, nicht nur mich, treiben im Moment zwei große Themen in Europa um, die Wolfgang Lemb ziemlich präzise benannt hat, die zwei großen Herausforderungen: Wie lösen wir solidarisch das Thema der Flüchtlingszuwanderung, der Heimatsuche von Hundertausenden von Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, die dem Krieg entfliehen, die den Bomben entfliehen? Ich folge Wolfgang, wenn er sagt, wir werden dieses Problem nicht lösen, wenn wir neue Mauern hochziehen, wenn wir neue Stacheldrähte hochziehen, wenn wir neue Grenzanlagen schaffen, sondern wir werden dieses ganze Problem nur lösen, wenn wir es nicht isoliert in Deutschland, sondern in Europa lösen, beispielsweise durch Ausgleichszahlungen, aber auch ausdrücklich mit einem vernünftigen Einwanderungsgesetz, das seit Jahr und Tag überfällig ist. (Beifall)

Ähnlich wie meinem Vorredner geht es mir auch zunehmend in den letzten zwölf Jahren um die Frage, was in den Köpfen einiger unserer Kolleginnen und Kollegen vor sich geht. Ich habe darüber in den letzten drei Beiratssitzungen diskutiert, weil mich das Thema umtreibt und weil ich möchte, dass wir als Organisation Initiativen anbieten und in den IG Metall-Verwaltungsstellen um die Köpfe der Kolleginnen und Kollegen kämpfen.

Aber es gibt eben auch die andere Seite; es gibt die Pegida, es gibt die Thügida und wie sie alle heißen, bei denen wir zur Kenntnis zu nehmen haben, dass bedauerlicherweise auch Kolleginnen und Kollegen von uns mitmarschieren.

Deswegen sind wir in hohem Maße gefordert, dagegenzuhalten. Da wünsche ich mir von meiner IG Metall, dass sie stärker dagegenhält, dass es keine metallzeitung gibt, in der wir das Thema nicht problematisieren, dass es keine Vertrauensleutesitzung mehr gibt, in der wir nicht über dieses Thema diskutieren, und dass wir uns

überall dort, wo diese Rechtspopulisten und Faschisten auftreten, denen als IG Metall entschlossen entgegenstellen. (Beifall)

Für mich ist eines klar: Wer die Krisen in der Welt verfolgt, die derzeit wieder zunehmen und die militärisch ausgetragen werden, der weiß: Die Flüchtlingswanderungen werden weiterhin dramatisch zunehmen. Deshalb, Jürgen, es ist nicht schön und keine erfreuliche Aufgabe, wenn Du Dich um die Fragen von Rüstungspolitik kümmern musst.

Aber lasst uns an die Tradition der IG Metall nicht nur anknüpfen, sondern weiterhin festhalten. Treten wir auch zukünftig trotz aller Beschäftigungsthemen in der Rüstungsindustrie geschlossen für das Verbot von Rüstungsexporten ein. Sorgen wir dafür, dass insbesondere in einem ersten Schritt in den Ländern, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, das sofortige Verbot von Rüstungsexporten, von Kleinwaffen wie Maschinenpistolen und Sturmgewehren erfolgreich ist. Es kann doch nicht sein, dass die Rüstungsindustrie seit zehn Jahren in der Exportwirtschaft wächst und wir sehenden Auges die Katastrophe begleiten. (Beifall)

Deswegen abschließend zu meinem ersten Thema: Ich glaube, wir müssen als IG Metall wieder verstärkt das Thema Konversion in den Mittelpunkt unserer Debatten stellen. Konversion - das sage ich auch ganz klar - braucht staatliche Begleitung. Ohne staatliche Begleitung werden wir es nicht schaffen. Aber Konversion braucht auch, dass wir Metallerinnen und Metaller in den Betrieben sie wieder zum Thema machen, dass wir nicht, wie in den Siebzigerjahren dazu schweigen, sondern dass wir die Diskussionsprozesse nachhaltig anstoßen.

Das zweite Thema, das ich ansprechen will, ist ein solidarisches Europa, insbesondere mit Blick auf die Eurokrise.

Ich weiß nicht, wer von Euch vor wenigen Tagen, um den 1. Oktober herum, auf Zeit online ein bemerkenswertes Manifest einer Sozialdemokratin gelesen hat, die das mit noch viel bemerkenswerteren Sozialdemokraten, nämlich Namen wie Wolfgang Roth und Dieter Spöri, also alles keine Genossen, die so ganz mit Herz und Seele auf der Seite der IG Metall gestanden sind, verfasst hat. Das Manifest trägt den interessanten Namen „Europäisches Europa“. Im ersten Moment dachte ich: Was heißt denn jetzt „Europäisches Europa“, was soll die Doppelung?

Aber wer sich mit dem Manifest beschäftigt, wer darüber nachdenkt, der merkt doch gerade am Beispiel Griechenland, dass es notwendig ist, solche Titel wie „Europäisches Europa“ zu erfinden. Weil wir immer mehr wegen Merkel'scher und Schäuble'scher Politik dazu kommen, dass Europa zu einem deutschen Europa ver-

kommen soll, dass Europa gezwungen werden soll, unter neoliberalen Gesichtspunkten noch mehr soziale Spaltung zu produzieren, den deutschen und französischen Banken Schutzrechte zu gewähren, aber zuzusehen, wie unsere griechischen Kollegen nach jedem Memorandum mehr leiden und mehr aufgezwungene Sparmaßnahmen aushalten müssen.

Deswegen fordere ich auch hier mehr öffentliche Solidarität ein. Wir können doch der Bild-Zeitung und anderen Medien nicht das Feld überlassen, ohne dass wir als IG Metall Stellung beziehen. (Beifall)

Da finde ich es gut, dass die Erklärung „Griechenland nach der Wahl“ keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa sah. Aber ich glaube, wir dürfen da nicht stehen bleiben. Deswegen möchte ich werben. Und ich halte den Initiativantrag „Europa neu begründen“, der hier durch die Reihen läuft, für aktueller denn je, weil in diesem Initiativantrag aus meiner Sicht richtige Forderungen erhoben werden.

Detlef und Wolfgang haben dazu aufgefordert, sich entschlossener für ein solidarisches Europa einzusetzen. Ich denke, da sind wir als IG Metall richtig und gut aufgestellt, an der Spitze mitzuarbeiten.

Helft mit, durch gemeinsame solidarische Aktionen in Europa eine breitere Öffentlichkeit für dieses Thema zu erzeugen. Nehmen wir uns ein Beispiel an TTIP und CETA, nehmen wir uns ein Beispiel an der Bewegung für die Sicherung der Wasserrechte auf der Welt. Wir haben die Kraft, Kolleginnen und Kollegen, wir können überzeugen. Deswegen bitte ich Euch darum: Lasst uns gemeinsam als IG Metall zu diesem Thema ein breites Bündnis schließen. Unterstützt den Initiativantrag mit Eurer Unterschrift. - Herzlichen Dank. - (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Ich danke Dir, Roland. - Als Nächstes hat das Wort Heidi Scharf, Verwaltungsstelle Schwäbisch-Hall, Bezirk Baden-Württemberg, Teilnehmernummer 068.

Heidi Scharf, 068

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Roland hat ja schon etwas zur Rüstungspolitik gesagt. Ich denke, es ist dringend notwendig, dass wir nicht nur die Auswirkungen dieser Politik bekämpfen, sondern auch die Ursachen. Die Ursachen sind doch, dass Kapitalisten auf der ganzen Welt mit Kriegen, mit der Ausbeutung der Dritten Welt Profite machen, den Raubbau an den Bodenschätzen betreiben und unsere Natur zerstören.

Ich habe mich an das erinnert, was wir früher gemacht haben. 1981 war ich auf der Bundesfrauenkonferenz. Da hatte diese Konferenz mit total viel Engagement durchgesetzt, dass die IG Metall den Krefelder Appell unterstützen soll.

Wir haben uns auf den Weg gemacht und sind dann in diesem Jahr mit 600.000 Kolleginnen und Kollegen, Friedensfreundinnen und -freunden in Bonn gewesen. Da war die größte Demonstration, die ich in diesem Land je erlebt habe. Und die hat uns Kraft gegeben, für Frieden und für Abrüstung einzutreten.

Die Themen, die damals gefunden wurden, waren gesellschaftliche Themen. Die waren verankert, die wurden mit Hilfe der Gewerkschaft, mit Hilfe der IG Metall in die Gesellschaft getragen. Das ist wichtig - Roland hat das gerade auch schon angesprochen -: Wir müssen Themen wie Flüchtlingsfragen auch in den Betrieben diskutieren und in der Gesellschaft verankern. Nur so haben wir überhaupt eine Chance.

Viele sind heute erschüttert über Kriege, über Bürgerkriege, über Aufstände, über Diktaturen in Afghanistan, in Syrien, in Nordafrika und wo auch immer auf der Welt. 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg, Unterdrückung und Sklaverei.

Und Deutschland liefert nach wie vor Waffen auch in Krisen- und Kriegsgebiete. Deutschland liefert vor allem Kleinwaffen wie das G3 oder das G36, die nach Kofi Annan Massenvernichtungswaffen sind und die auch geeignet sind, um Kinder als Kindersoldaten in einen Krieg zu schicken.

Seit europäische Länder kaum noch Waffen kaufen, weil sie aufgrund der Austeritätspolitik überschuldet sind, macht die Rüstungsindustrie Druck für Genehmigungen in Drittstaaten. Mehr als 50 Prozent dieser Güter werden mittlerweile an Staaten außerhalb der Nato und der EU verkauft. Ein Großteil geht auf die arabische Halbinsel. Und Saudi Arabien darf sogar Gewehre der Typen G3 und G36 in Lizenz produzieren. Aber kein Mensch weiß, wohin sie weiterverkauft werden.

Auf Anfrage der Grünen musste die Bundesregierung erklären, dass sie keinerlei Kontrolle darüber hat, an wen die Scheichs Waffen liefern. Jeden Tag sterben mehr als tausend Menschen durch solche Kleinwaffen, die auch aus Deutschland kommen. Den Profit haben allein die Unternehmer, und die Menschen zahlen das mit ihrem Leben.

Da stellt sich die Frage: Wollen wir das? Ich behaupte, wir wollen das nicht. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass ein Beschäftigter in einem Rüstungsbetrieb so etwas will. Aber es ist natürlich die Existenzgrundlage, und sicher müssen wir die Ängste der Beschäftigten in den Betrieben ernst nehmen.

Jürgen hat heute gesagt, Waffenexporte dürften nie vor Menschenrechten stehen. Das kann man nur unterstützen; das ist eine richtige Position, aber natürlich auch zu wenig, wie es auch nicht ausreicht, dass wir einen industriepolitischen Dialog für ein Diversifikationsprogramm aufnehmen oder dass wir die Forderungen von Amnesty International unterstützen, einen weltweiten Waffenkontrollvertrag einzuführen. Wir haben in Deutschland einen Waffenkontrollvertrag. Aber der funktioniert nicht. Wenn er schon im eigenen Land nicht funktioniert, wie soll er dann weltweit funktionieren? Ich glaube, wir müssen vor der eigenen Tür anfangen.

Nein, wir müssen beginnen. Wir haben die Chance, es in unserem Land auch zu machen, und dazu brauchen wir alle, die dafür eintreten. (Beifall)

Es ist gut, dass wir Arbeitskreise in den Betrieben einrichten, aber ich glaube, das reicht nicht aus. Wenn wir das Problem nicht in die Gesellschaft transportieren können, wenn wir nicht gesellschaftlich eine Bewegung hinbekommen, dann reicht das eben nicht. Aber es ist ein erster Ansatzpunkt, und den muss man unterstützen. Ich meine, wir brauchen mehr Forderungen. Die Ausführungen dazu sowohl im schriftlichen als auch im mündlichen Geschäftsbericht waren mir zu wenig.

Ich glaube, wir müssen ganz klar sagen: Keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete. Wir brauchen den langfristigen Ausstieg aus der Rüstungsindustrie, also keine weitere Produktion von Rüstungsgütern in dieser Republik. Wir brauchen die Einstellung des Exports. Wir brauchen den Umbau zum Beispiel in ökologisch nachhaltige Projekte mit innovativen Konzepten und nicht Forschung im Bereich Rüstung. Schon gar nicht brauchen wir an den Universitäten Forschung für die Rüstungsindustrie.

Alle diese Felder kann man auch in den Betrieben angehen, und man kann sich umstellen auf zivile Produkte. Ich habe gelesen, dass zum Beispiel die Roboter, die Minen finden, was ja durchaus wichtig ist, auch die Grundlage dafür waren, dass es jetzt Staubsaugerroboter und Rasenmäherroboter gibt. Das ist doch ein Beispiel dafür, dass man gar nicht im Bereich Rüstung forschen muss. Man kann auch in anderen Bereichen forschen und andere Produkte herstellen.

Wir müssen uns auch um Konzepte kümmern, die sich damit beschäftigen, wie Mobilität zukünftig funktioniert. Wie werden denn unsere Nahverkehrsmittel ausgebaut, von denen die Menschen etwas haben? In diesen Bereichen kann man forschen, und dann hätten wir als Organisation auch einen guten Anhaltspunkt, weil wir in allen Feldern mit unseren Kolleginnen und Kollegen gut aufgestellt sind.

Zum Schluss lasst mich noch etwas anderes sagen. Hans-Jürgen hat vom Kampf für eine bessere Welt gesprochen. Ich kenne das noch aus meiner Zeit in der Gewerkschaftsjugend. Wir haben damals oft mit strahlenden Augen an den Lagerfeuern gegessen und Arbeiterlieder gesungen und gelernt, was es heißt, aus der Geschichte zu lernen. Ich denke, wir müssen heute genauso wie damals kämpfen für eine andere und bessere Gesellschaft und Welt, ohne Rüstungsgüter, ohne Kriege, ohne Ausbeutung, für die gleichen Rechte für alle Menschen, für Völkerverständigung und Frieden. Ich hoffe, dass von diesem Kongress ein Signal ausgeht auch zu unseren Kolleginnen und Kollegen. - Danke schön. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Danke schön, Heidi. - Als Nächste hat das Wort Eva Stassek mit der Delegiertennummer 228.

Eva Stassek, 228

Schönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf einen Aspekt aus dem Bericht von Christiane Benner eingehen, nämlich auf die Studierendearbeit. Ich finde das richtig, richtig toll, was uns gemeinsam gelungen ist, dass wir nämlich die Zahl der Studierenden in der Organisation von 12.000 auf 30.000 steigern konnten. Da ist uns richtig etwas gelungen. Ein Dank an alle, die daran beteiligt waren und die dafür Sorge getragen haben, dass es diese Studierendenprojekte gibt. (Beifall)

Warum sage ich das? Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass wir die studierenden Kolleginnen und Kollegen bei uns aufnehmen. Wir haben Projekte in vielen Hochschulen gemacht. Wir sind in Unterrichtsveranstaltungen und Vorlesungen gegangen. Wir haben die Hochschulinformationsbüros. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen aus Euren Bezirken oder aus den Verwaltungsstellen haben da richtig Herzblut eingebracht und waren an den Unis präsent. Sie haben dort mit Studierenden geredet und sie überzeugt, bei uns Mitglied zu werden.

Aber unerlässlich ist - und das können wir durchaus noch verstärken - das Engagement in den Betrieben. Wir brauchen auch da Kümmerer. Ich möchte Euch ein Beispiel aus meiner Verwaltungsstelle Braunschweig geben. Wir haben dort einen Siemens-Standort mit circa 2.300 Beschäftigten. Siemens beschäftigt dort seit Jahr und Tag um die 100 Werksstudenten, wie sie das nennen. Das sind aber einfach Kolleginnen und Kollegen, die an der TU studieren und in Teilzeitarbeit mit etwa 15 bis 20 Stunden in den Betrieb kommen.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, mit diesen Kolleginnen und Kollegen zu reden. Das haben wir gemacht. Von den circa 100 Studenten sind inzwischen etwa 85 Prozent organisiert. Die zahlen nicht den Studentenbeitrag, sondern sie zahlen ein Prozent. (Beifall) Das ist einfach toll. Die fühlen sich bei uns auch gut aufgehoben. Die Betriebsräte und die Vertrauensleute kümmern sich sehr um sie. Sie greifen die Themen der Studierenden auf, sowohl die betrieblichen als auch die außerbetrieblichen. Sie erläutern den Studierenden unsere Tarifverträge. Die Studierenden begreifen auch, was wir schon für sie geleistet haben, ohne dass sie Mitglied bei uns sind. Im Gegenzug unterstützen sie uns jetzt weiter in der Arbeit, die wir für sie, aber auch für die anderen Beschäftigten im Betrieb machen.

Diese Entwicklung ist gut, Kolleginnen und Kollegen. Sie ändert vor allem auch das Klima im Betrieb. Diese jungen Leute kommen irgendwann als fertige Ingenieure in die verschiedensten Bereiche, vielleicht bei Siemens, vielleicht woanders, und wissen schon, was die IG Metall ist und können etwas damit anfangen. Die Mitgliedschaft in dem Bereich wird dadurch selbstverständlich, wie es auch sein sollte.

Ich glaube, wir müssen etwas daran setzen, das weiter auszubauen, sowohl in der Uni als auch im Betrieb. Ich möchte Euch alle ermuntern, weiter daran zu arbeiten. Ich möchte aber insbesondere auch unsere Kolleginnen und Kollegen vom Vorstand ermuntern, in dem Bereich unbedingt weiterzumachen. - Danke schön fürs Zuhören. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Eva. - Das Wort hat jetzt Klaus Stein mit der Delegiertennummer 436.

Klaus Stein, 436

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu zwei Themen etwas sagen. Beginnen möchte ich mit dem auch schon von Jörg angesprochenen Thema Werkverträge. Konkret möchte ich etwas darüber sagen, was wir erleben konnten bei der Firma Transco am Daimler-Standort Mannheim.

Davon abgesehen, dass wir uns in der ursprünglich geführten Auseinandersetzung stark gemacht haben für den Verbleib der Logistikbereiche bei Daimler und damit auch für den Verbleib der Beschäftigten bei Daimler, auch bei Leiharbeitnehmern, die bei Daimler angestellt sind und auch unter die Tarifverträge Leih- und Zeitarbeit fallen, die wir dann verloren haben, haben wir anschließend begonnen, den Versuch zu unternehmen, mit dem Unternehmen Transco, das den Zuschlag bekommen hat, zu reden und in Verhandlungen zu kommen.

Kolleginnen und Kollegen, was sich dort abgespielt hat, ist der Rede wert, und deswegen möchte ich das hier kurz darstellen. Davon abgesehen, dass das Unternehmen Daimler nicht bereit war, Mindeststandards zu definieren, also im Zuge des Werkvertragsgeschäfts Arbeiten nur an solche Firmen zu vergeben, die sich an Tarifverträge halten, die auch aktiv mitarbeiten, wenn es um die Bildung von Interessenvertreterstrukturen geht, hatten wir sogar den Zustand, dass wir noch nicht einmal mehr das Betriebsgelände betreten durften und nur außerhalb der Arbeitszeit mit Beschäftigten von Transco oder auch mit den Leiharbeitnehmern, die damals noch bei Daimler beschäftigt waren und ein Übernahmeangebot erhalten sollten in das neue Unternehmen, reden konnten.

Kolleginnen und Kollegen, wenn man mit diesen Menschen spricht, die eine zehnjährige Erwerbsbiografie hinter sich haben, die geprägt ist von der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetzgebung, wünscht man sich schon, dass der eine oder andere politisch Verantwortliche, der ursächlich dazu beigetragen hat, dass es genau zu den Reformen am Arbeitsmarkt kommt, mal hätte Mäuschen spielen können, um sich anzuhören, was mit den Menschen passiert: Über zehn Jahre von Befristung zu Befristung, von Leiharbeitsverhältnis zu Leiharbeitsverhältnis, im Frühjahr nicht wissend, ob der Sommerurlaub genommen werden kann oder man im Herbst noch im selben Unternehmen beschäftigt ist, mit der Gewissheit, dass bei dem niedrigen Verdienst, den sie bekommen, sie bei der anschließenden Erwerbslosigkeit im Regelfall Hartz-IV-Empfänger werden.

Um es noch ein bisschen deutlicher zu machen: Wir haben über unsere, wie ich finde, guten Tarifverträge und die betrieblichen Vereinbarungen bei Daimler ein Gefüge, das den Beschäftigten, die dort als Leiharbeiter in der Endausbaustufe tätig sind, circa 18,50 Euro Stundenlohn garantiert.

Wir hatten das Angebot von Transco, dass sie für 13,50 Euro weiterbeschäftigt werden können, allerdings ohne weitere Sonderzahlungen. Wir hatten die Maßgabe, dass sie einer sechsmonatigen Probezeit zu unterliegen haben und dann Beschäftigte von Transco anlernen, die zwischen 9,50 Euro und 11,50 Euro pro Stunde verdienen - in der Gewissheit, dass man, wenn man in ein paar Monaten die Beschäftigten von Transco angelernt hat, wahrscheinlich freigesetzt wird.

Wir hatten des Weiteren den Umstand, dass bei den Einstellungsgesprächen die Beschäftigten aus der Leiharbeitsfirma dann gefragt wurden, ob sie denn IG Metall-Mitglied seien und ob sie denn daran dächten, einen Betriebsrat gründen zu wollen.

Wir haben das mit der tatkräftigen Unterstützung der Daimler-Betriebsräte, unseres Vertrauenskörpers dort gut hinbekommen. Wir haben nämlich, nachdem wir politisch wie auch rechtlich alle zur Verfügung stehenden Geschütze aufgefahren

haben, dort eine Grundsatzklärung hinbekommen, dass sie mit uns in Tarifverhandlungen gehen und dass sie uns nicht bei der Wahl eines Betriebsrates behindern.

Aber das wirft natürlich ein paar grundsätzliche Fragen auf, liebe Kolleginnen und Kollegen, die wir auch als Organisation beantworten müssen, nämlich: Welche tarifvertraglichen Strukturen ziehen wir eigentlich bei diesen Kontraktlogistikern ein? Und wie gehen wir eigentlich damit um - ich möchte da an Ute Buggeln erinnern, die ich da nur unterstützen kann -, dass wir im Grunde auf mittel- oder längerfristige Sicht bei einem permanenten Personalwechsel kaum personale Strukturen aufbauen können?

Wir werden da ein paar Fragen als Organisation zu beantworten haben, zumal ich, Kolleginnen und Kollegen, Euch sagen kann - das weiß jeder, der das schon einmal gemacht hat -: Das ist im Grunde ein außerordentlicher Arbeitsaufwand, den man neben dem normalen Geschäft, das man in der Verwaltungsstelle auch noch hat, investieren muss.

Ich möchte in dem Zusammenhang - gerade wenn es um die Frage der Bildung von Betriebsräten geht oder dass man sich sogar schon erlauben kann, Menschen zu fragen, ob sie der Gewerkschaft angehören, um sie dann zu selektieren - zu einem zweiten Thema kommen, nämlich dem Thema Betriebsratsmobbing und Union Busting.

Wir hatten vergangenen Samstag in Mannheim unsere zweite bundesweite Konferenz mit dem Arbeitskreis, der sich intensiv damit beschäftigt. Kolleginnen und Kollegen, ich habe da erlebt, dass Kolleginnen und Kollegen dort angereist kommen, aber nicht in der Lage sind, zu berichten, was mit ihnen passiert, weil sie am Rande ihrer Kräfte sind. Sie unterliegen da einem Martyrium, das damit beginnt, dass man ihnen abrät, Betriebsrat zu werden. Und wenn sie es geworden sind, versucht man, sie mit allen legalen, aber auch illegalen Methoden zu verfolgen.

Das Wichtige dabei ist, dass mit personalen Maßnahmen, die teilweise existenzbedrohende Ausmaße annehmen, begonnen wird, aber dass durchaus auch ein hochpolitisch systemischer Ansatz im Hintergrund verfolgt wird: nämlich nicht zu wollen, dass man dem Prinzip der Mitbestimmung, der gewerkschaftlichen Solidarität eines Tarifvertragssystems, aber auch der Anerkennung der deutschen Gesetzgebung folgt. Vielmehr wird im Grunde nichts anderes gewollt als die Schaffung betriebsratsfreier und damit auch gewerkschaftsfreier und tarifvertragsfreier Zonen.

Kolleginnen und Kollegen, so etwas passiert gewerkschaftsübergreifend. Viele Kolleginnen und Kollegen auch aus kleineren Gewerkschaften sind betroffen. Da merkt man, wie wichtig es ist, dass man auch in der Fläche vertreten ist.

Wir hatten ebenfalls schon den einen oder anderen Fall. Auch uns wurde deutlich: Wenn man so einen Fall in der Verwaltungsstelle hat und ihn mit Feingefühl, Sensibilität und der nötigen Empathie gegenüber den Menschen begleitet, die in ihrer Existenz gebrochen werden sollen, dann ist das ein Job, der teilweise 24 Stunden in Anspruch nimmt.

Insofern habe ich mich sehr gefreut - das möchte ich zum Abschluss auch sagen -, dass sehr wohlwollend zu Kenntnis genommen wurde - Jörg, Du hast es in Deinem Bericht erwähnt -, dass die IG Metall jetzt eine Eingreiftruppe installiert hat. Weil es wichtig ist, dass wir auch vor Ort die entsprechenden Kolleginnen und Kollegen in ihrem Kampf um die Wahrung von Betriebsrats- und Gewerkschaftsrechten unterstützen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank. - Jetzt hat das Wort der Kollege Robert Grashei, Verwaltungsstelle Landshut aus dem Bezirk Bayern. Er ist Teilnehmer nach Satzung mit der Teilnehmernummer 051.

Robert Grashei, 051

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sowohl der Detlef als auch der Jörg haben in ihren Ausführungen dargestellt, welche Herausforderungen die Erschließung von Werkvertragsbeschäftigten bedeutet. Beide haben auch unsere Position dargestellt, die wir vom Gesetzgeber in dieser Frage einfordern.

Ich möchte Euch einmal ein Beispiel schildern, wie es aussieht, wenn in einer konzertierten Aktion versucht wird, der IG Metall den Marsch zu blasen, und wie man es schafft, denen den Taktstock aus der Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, dass wieder unsere Musik gespielt wird.

Das Beispiel ist aus der Verwaltungsstelle Landshut, und der Betrieb ist BMW Dingolfing, der größte Produktionsstandort der BMW-Werke. Das Unternehmen, um das es geht, heißt Schnellecke Logistics und die Gewerkschaft, die da mitgemacht hat, ist unsere - aus unserer Sicht - Schwestergewerkschaft Verdi.

Die Führungskräfte haben wohl den Auftrag gehabt, folgende Parole im Betrieb zu verbreiten: Wenn die IG Metall in diesen Betrieb hineinkommt, dann verlieren wir - das heißt, die Beschäftigten von Schnellecke - den Auftrag.

Wir haben dann erlebt, was nach Produktionsunterbrechungen oder selbst nach unseren Tarifaktionen in der Tarifrunde im Frühjahr 2015 passiert ist und wie der Betrieb aussieht, in dem mittlerweile 350 Menschen beschäftigt sind und die Kommissionierung und Sequenzierung für den neuen 7er machen. Da hängen an jeder Säule die Bilder von Vertrauensleuten von Verdi. Unsere Plakate und Flugblätter sind regelrecht vernichtet worden, und die Metallerrinnen und Metaller wurden regelrecht an die Wand gestellt. So ist das erlebbar für unsere Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben uns das nicht gefallen lassen. Wir haben in bayerischer Mundart den Namen unserer Schwestergewerkschaft umgemünzt in die Aktion „Wer die“ und haben Gegenmacht organisiert.

Der Vertrauenskörperleiter, der Thomas Zitzelsberger, und der Bereichsbetriebsrat in der Montage, der Peter Siedersberger, haben Tag für Tag Betreuungsarbeit geleistet und standen den Kolleginnen und Kollegen sozusagen mit Rat und Tat zur Seite.

Letztendlich hat das Netzwerk unserer IG Metall dazu geführt, dass die erwähnte Erklärung von BMW zustande kam. Aber, Kolleginnen und Kollegen, das war kein Geschenk, sondern ist nur dadurch erreicht worden, weil alle handelnden Akteure das zur Chefsache gemacht haben, weil am Rande einer Aufsichtsratssitzung der GBR-Vorsitzende Manfred Schoch dem Vorstand von BMW die Erklärung abgerungen hat, dass auf dem Werksgelände von BMW nur Arbeit nach IG Metall-Tarifvertrag zugelassen werden darf.

Das ist das Gebot der Stunde; so muss die Musik eigentlich wieder spielen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Die Erfolge waren durch dieses Memorandum of Understanding dann machbar. Unsere Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltungsstelle Regensburg haben bei BLG und bei Syncreon die ersten beiden Tarifverträge mit Kontraktlogistik erreicht.

Wir sind mittlerweile auch bei Schnellecke in Dingolfing erfolgreich. Es gibt da ein Tarifergebnis. Die Bezahlung erfolgt nach dem bayerischen ERA-Tarifvertrag mit 6 Prozent Leistungszulage. Die Kolleginnen und Kollegen werden 37,5 Stunden arbeiten. Es gibt 30 Tage Urlaub mit Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Für manche klingt das wie eine rosa Wolke, aber das ist der Erfolg von Solidarität, Kolleginnen und

Kollegen, weil wir nicht locker gelassen haben, sondern ihnen gezeigt haben, welche Takte wir spielen.

Ich denke, das ist erst der Anfang und darf nicht das Ende sein. Wenn wir erreichen wollen, dass aus dieser sogenannten Wertschöpfungskette eine Wertschätzungskette für die Menschen, für die Kolleginnen und Kollegen wird, dann müssen wir jetzt dafür sorgen, dass diese Beschäftigten von den Werkvertragsunternehmen nicht aus diesem Auftrag herausfliegen, weil sie an der Spitze dieser Bewegung stehen. Vielmehr müssen wir Druck organisieren bei den OEMs, dass es wieder heißt: ein Betrieb - eine Belegschaft - ein Tarifvertrag. Dann schätzen wir unsere Kolleginnen und Kollegen in der Leiharbeit und in Werkvertragsbeschäftigungsverhältnissen wieder wert. Das müssen sie uns wert sein. - Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Robert. - Da wir jetzt noch weitere 13 Wortmeldungen vorliegen haben, würden wir Euch vorschlagen, 20 Minuten Pause zu machen, um ein bisschen Sauerstoff in die Köpfe zu lassen. (Beifall)

(Unterbrechung des Kongresses: 15.50 Uhr)

•

(Fortsetzung: 16.10 Uhr)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Jetzt ist es 16.10 Uhr. Vielleicht nehmt Ihr die Plätze wieder ein, auch wenn ich Euch vorhin etwas verwirrt haben sollte.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lasst uns weitermachen. Ich habe von hier vorn eigentlich einen ganz guten Blick und stelle fest, dass die Leute, auf die es ankommt, da sind. Deswegen machen wir mit dem nächsten Redner weiter: Heinz Pfeffer.

Wir haben jetzt noch 14 Redner, und wir würden Euch vorschlagen, die Rednerliste zu schließen. (Beifall) - Ich sehe, damit haben wir ganz gut eingefangen, dass Ihr das auch so einschätzt. Der Kollege, der jetzt noch kommt, den nehmen wir natürlich noch auf die Rednerliste. Danach ist damit die Rednerliste geschlossen.

Das Wort hat jetzt der Kollege Heinz Pfeffer, Verwaltungsstelle Rheine, Bezirk NRW, Teilnehmer vom Beirat, Teilnehmernummer 010.

Heinz Pfeffer, 010

Kolleginnen und Kollegen, ich habe ein kleines Beispiel aus der Region, die wir, Verwaltungsstelle Rheine, ländlicher Raum mit vorwiegend Klein- und Mittelbetrieben, betreuen. Wir haben dort mit der Verwaltungsstelle Münster seit einiger Zeit ein sogenanntes BoB-Projekt. Die Erschließungsarbeit der IG Metall hat 37.000 neue Mitglieder insgesamt gebracht. Ich glaube, wenn wir nicht all die vielen Bausteine zusammenfügen würden, wie wir zu Mitgliedern kommen, hätten wir die positive Mitgliederentwicklung, die wir in den letzten fünf Jahren hatten, nicht erreicht.

Deswegen mein Plädoyer auch dafür, diese Erschließungsarbeit fortzusetzen. Denn sie unterscheidet sich zum Teil deutlich von der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit in Großbetrieben. Da hat man es nicht mit Vertrauensleuten zu tun. Da sind wir froh, wenn wir Menschen finden können, die bereit sind, sich zu engagieren.

Das, was jetzt nach eineinhalb Jahren BoB-Projekt auch den Kollegen sehr deutlich geworden ist, ist: Man braucht eine sehr hohe Frustrationstoleranz. Denn von vielen Ansätzen - man trifft sich abends mit Leuten, man informiert, man berichtet - führt am Ende nicht alles zu einem Erfolg mit einem Betriebsrat. Wir finden eben nicht die Menschen, die sich zur Wahl stellen, oder es gibt andere Gründe. Irgendwann sagt auch einer: Ach, vielleicht können wir es auch ohne die IG Metall machen. - So haben wir unter dem Strich eine Menge erreicht, aber wir brauchen dafür Menschen, die hoch motiviert sind, gut qualifiziert sind und die wir unterstützen müssen, diese Arbeit fortzusetzen.

Für uns gibt es dazu gar keine Alternative. Wir haben in der Region an der holländischen Grenze sehr viele kleine und mittelgroße Unternehmen ohne Betriebsrat. Wir müssen dorthin und den Menschen zuhören. Das, was wir mit denen auf die Beine stellen, das ist nicht unbedingt immer die reine IG Metall-Lehre, sondern das sind ganz konkrete, praktische Themen. Die wollen wir dann mit denen gemeinsam anpacken. Da sind oft Kleinigkeiten schon hilfreich.

Aber noch einmal: Wir brauchen Menschen, die diesen Weg gehen, die sich jeden Tag bemühen, Versammlungen organisieren, sich am Wochenende und abends treffen und diskutieren. Fehlschläge gehören leider auch dazu.

Wir haben das vorher ja ohne ein BoB-Projekt gemacht, so „nebenbei“. Niemand wurde bei uns weggeschickt, niemand wurde nach Hause geschickt nach dem Motto: Dafür haben wir jetzt keine Zeit. - Aber dennoch kann man sagen, dass der Anteil der Betriebe, bei denen wir dann am Ende tatsächlich einen Betriebsrat etablieren konnten, sich etwa verdoppelt hat gegenüber dem Status, als wir diese BoB-Projekte nicht hatten.

Auch das heißt dann am Ende noch nicht, wenn ein solcher Betriebsrat installiert ist, dass dann Frieden und Freude herrscht. Nach der Betriebsratswahl steht dann ja häufig die Diskussion auf der Tagesordnung: Wir haben keinen Tarifvertrag. Wir sind nicht tarifgebunden. - Entweder sind es Handwerksbetriebe oder kleine Industriebetriebe, die sich weit, weit ab befinden von dem Flächentarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie.

Das ist der zweite Gesichtspunkt, über den wir in der IG Metall nachdenken müssen. Wir haben den Flächentarifvertrag Metallindustrie, teilweise mit Bonus. Wir haben den „normalen“ schon sehr guten Tarifvertrag Metallindustrie. Dann geht das weiter: Wir haben Branchen wie Kfz-Handwerk, wie Schlosser-Handwerk oder wie die Textilindustrie, zum Teil auch mit Tarifverträgen, und dann haben wir eben in der Fläche Betriebe, die wir organisieren, die eigentlich vom Kern her Industriebetrieb sind, aber ungefähr 60 zu Prozent entfernt vom Tarifvertrag der Metallindustrie.

Wenn ich denen sage: Ach, das ist ja kein Problem, wir machen einen Stufenplan über drei oder fünf Jahre, und dann sind wir auf Tarifniveau, dann lachen die mich aus, weil das auch nicht funktionieren wird. Die haben ja ihr Unternehmen und ihre Kalkulation auf diese Basis gestellt und haben dann vielleicht einen ganz normalen Gewinn. Aber wenn die jetzt innerhalb von kürzester Zeit auf das Niveau müssten, wird es nicht mehr funktionieren.

Deswegen ist da unser Credo - darüber müssen wir sicherlich auch kontrovers diskutieren -: Alles, was besser ist als vorher, bei dem ich die Menschen mitnehme und die sagen, toll, dass es die IG Metall gibt; wir haben jetzt mehr Geld, wir sind zwar immer noch nicht „auf Tarif“ oder wir arbeiten nicht 35 Stunden, sondern 38 Stunden, ist für uns ein Erfolg.

Damit organisieren wir zurzeit deutlich mehr Mitglieder in der IG Metall, als wenn wir diesen Weg nicht gehen würden.

Wir machen auch bei der Wahl von Betriebsräten keine völlig unrealistischen Versprechungen so nach dem Motto: Erst mal wählen, und dann habt Ihr in kürzester Zeit den Tarifvertrag Metallindustrie. - Das wäre unredlich. Aber wir müssen das in der Organisation diskutieren und aus meiner Sicht auch aushalten. Denn für uns in der Verwaltungsstelle Rheine - ich glaube, das gilt überall -, wenn wir weiter erfolgreich bleiben wollen, gilt, wir müssen ganz verschiedene Wege gehen und müssen ganz verschiedene Menschen mitnehmen. „Zuhören“ habe ich schon gesagt. Denn bei allen Erfolgen - das ist jetzt ein bisschen Wasser in den Wein - müssen wir feststellen, dass der Organisationsgrad über alle Bereiche, die wir in unserem Betreuungsgebiet haben, nicht gestiegen ist. Wir haben Mitgliederzuwachs, ja, aber wir

haben auch Einstellungen in vielen Branchen. Solange wir es nicht schaffen, den Organisationsgrad zu steigern, haben wir noch eine Menge Arbeit vor uns.

Deswegen bin ich davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist, Betriebe zu organisieren, Betriebsräte zu wählen und mit denen dann gemeinsam - dann eben auch in kleinen Schritten - Tarifabschlüsse zu machen. Wenn es dann besser läuft, irgendwann auch mehr. Aber wir müssen mit dieser Diskrepanz von ganz tollen Tarifen und nicht so tollen Tarifen auch leben und umgehen lernen. - Danke schön. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Heinz. - Jetzt hat das Wort der Kollege Manfred Garwels, Verwaltungsstelle Osnabrück, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt mit der Delegiertennummer 248.

Manfred Garwels, 248

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf die, die noch etwas sagen wollen, halte ich mich einmal so kurz wie irgend möglich. Ich bin Betriebsratsvorsitzender der Elster Kromschröder GmbH. Wir haben etwa 900 Beschäftigte, davon 65 Auszubildende. Damit liegen wir bei einer Quote von etwa sieben Prozent und damit etwas über dem, was wir sonst in unserem Bereich haben.

Es ist ganz, ganz wichtig, dass wir weiterhin qualifizierte Ausbildung haben. Denn nur so können wir zukünftig noch Gute Arbeit realisieren.

Auch aus Osnabrück fahren jährlich Auszubildende, Betriebsräte, Jugend- und Ausbildungsvertreter zu bundesweiten Fachtagungen zur beruflichen Bildung. Auch in diesem Jahr gab es dort wieder durchaus gute Anregungen, das Thema Ausbildung in Betrieb nach vorn zu tragen. Auch das Thema Allianz für Aus- und Weiterbildung ist dort diskutiert worden. Seit einem Jahr ist die IG Metall dort in diese Gremien mit eingebunden.

Das ist auch gut so. Wir müssen Flagge zeigen und müssen auch Verantwortung übernehmen. Es ist ganz wichtig, dass wir eine Ausbildungsgarantie haben, die diesen Namen wirklich verdient. Es ist unbedingt wichtig, dass sichergestellt wird, dass jeder Auszubildende einen Ausbildungsplatz erhält.

Hans-Jürgen, Du hast gesagt, dass einige Maßnahmen eingestellt worden sind, die auf den Weg gebracht waren. Ich denke an die Schaffung der assistierten Ausbildung und die Ausweitung der ausbildungsbegleitenden Hilfen. Wir müssen eine echte Ausbildungsgarantie einfordern. Sie steht schließlich im Koalitionsvertrag.

Auch dort steht: Ziel der Allianz ist die Umsetzung der Ausbildungsgarantie in Deutschland. Daran muss sich die Allianz für Weiterbildung messen lassen.

Auch in Osnabrück fehlen weiterhin Ausbildungsstellen. Wir hatten eine Quote von 80 Prozent. Nach der Statistik ist es zwar deutlich besser, aber jeder weiß, wie man Statistiken zu lesen hat. Das Bundesverfassungsgericht hat in den Achtzigerjahren festgelegt, dass erst bei 112,5 Prozent davon ausgegangen werden kann, dass eine Auswahl stattfinden kann. Es ist wenig hilfreich, dass ein Auszubildender von Osnabrück nach Bayern fahren muss oder jemand von Baden-Württemberg nach Mecklenburg-Vorpommern. Es ist absolut wichtig, dass wohnortnahe Ausbildungsplätze vorhanden sind. Wenn sie nicht in den Betrieben gestaltet werden können, muss eine außerbetriebliche Ausbildung her, die aber auch von den Betrieben zu bezahlen ist; schließlich werden diejenigen, die fertig werden, dort auch eingesetzt. Die Finanzierung muss von den Betrieben mit übernommen werden. Wir brauchen unbedingt Fachkräfte. Da ist es egal, ob sie im Betrieb oder sonst wo ausgebildet wurden. Wir dürfen an dieser Stelle die Arbeitgeber auf keinen Fall aus der Verantwortung entlassen.

Ein weiterer Punkt, den ich unbedingt hervorheben möchte, den wir auch als politische Leitlinie haben, ist die Tatsache, dass wir unbedingt eine Ausbildung brauchen, die wirklich ihren Namen verdient. Wir brauchen eine dreijährige Ausbildung und keine Schmalspurausbildung. Eine anteilige Ausbildung, die die Bezeichnung Ausbildung gar nicht verdient, kann nicht unser Ziel sein. Hier sind wir als Betriebsräte und als IG Metall gefordert. Das ist unser politisches Mandat, für das wir einzustehen haben.

Wir dürfen auch nicht diejenigen aus dem Blick verlieren, die Schwierigkeiten haben, eine Ausbildung zu beginnen. Das sind diejenigen, die aus der Sicht vieler etwas schwächer sind. Aber sie haben ihre Stärken an anderer Stelle. Wir müssen dafür sorgen, dass Hilfen geschaffen und gegeben werden. Wir brauchen unterstützende Rahmenbedingungen und auch gezielte Förderungen. Wir können diese Gruppe nicht am Rande liegen lassen.

Nur derjenige, der eine vernünftige Ausbildung hat, wird in Zukunft an einem vernünftigen Arbeitsplatz seinen Dienst tun können. - Danke. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Manfred. - Jetzt hat das Wort Ali Yener, Verwaltungsstelle Koblenz, Bezirk Mitte mit der Delegiertenummer 121.

Ali Yener, 121

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Unmittelbar nach dem letzten Gewerkschaftstag, als die Kampagne „Gute Arbeit - gut in Rente“ ins Leben gerufen wurde, haben sich bundesweit mehr als 20 Pilotbetriebe gefunden, um für diese Kampagne zu werben. Allein aus unserer Verwaltungsstelle Koblenz konnten wir zwei Betriebe dafür gewinnen.

Es haben sehr viele betriebliche Aktionen stattgefunden. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an die Aktionswoche erinnern, die wir gefahren haben. Viele haben gefragt: Wie könnt Ihr es hinbekommen, eine Woche jeden Tag zum Thema „Gute Arbeit - gut in Rente“ Aktionen durchzuführen? Ich kann nur sagen: Das hat funktioniert. Wir haben dieses Thema in den Betrieben und in der Region platziert.

Wir haben aber auch außerbetriebliche Aktionen gemacht, kombiniert mit einer Roadshow. Wir haben Kundgebungen durchgeführt. Ich glaube, mit dieser Kampagne „Gute Arbeit - gut in Rente“ haben wir einiges erreichen können.

Auf eines können wir gemeinsam stolz sein, auch wenn das die Strukturprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht löst: Das ist die Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren für besonders belastete Kolleginnen und Kollegen.

Wir können auch stolz darauf sein, dass wir gemeinsam im Rahmen dieser Kampagne für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen - Schichtsysteme, Ermittlung von psychischen Belastungen und Abbau von psychischen Belastungen - streiten können. Aber das Grundproblem in der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt. Die Rente mit 67 ist heute noch immer Bestandteil. Hans-Jürgen hat es gesagt: Es war falsch, es ist falsch und es bleibt falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir dürfen an dieser Stelle nicht aufhören, sondern wir müssen weitermachen. Es gibt aus unserer Sicht zwei logische Begründungen, warum wir weitermachen müssen. Das ist zum einen das Thema Rente, kombiniert mit dem Thema Rente mit 67, und zwar hinsichtlich des Rentenniveaus, weil die Rente mit 67 de facto zu Rentenkürzungen führt. Das Problem ist aber auch das Rentenniveau an sich. Wer 45 Jahre lang eingezahlt hat und diese Durchschnittsrente bekommt, erhält im Westen 1.314 Euro. Das sind pro Jahr 29,21 Euro Entgeltpunkte bei einem Durchschnittsverdienst in der gesetzlichen Rentenversicherung von 34.999 Euro. Man muss bis auf einen Euro exakt 35.000 Euro im Westen verdienen, um einen Entgeltpunkt in der gesetzlichen Rentenversicherung gutgeschrieben zu bekommen.

Der Umkehrschluss lautet folgendermaßen: Aktuell beträgt das Bruttorentenniveau 47 Prozent. Im Jahr 2030 soll es auf 43 Prozent abgesenkt werden. Das heißt,

der Durchschnittsverdiener im Westen ist nicht vor Altersarmut geschützt. Deswegen müssen wir an dieser Kampagne und dieser Aktion festhalten, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. (Beifall)

Der zweite für uns auch maßgebliche Punkt ist folgender. Mit der Kampagne „Gute Arbeit - gut in Rente“ haben wir Folgendes geschafft: Wir haben gesellschaftspolitische und sozialpolitische Themen mit betriebspolitischen Themen verzahnt, das heißt gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen. Wir haben es mit der Kampagne geschafft, tarifpolitische Themen miteinander zu verzahnen. Auch das hat diese Kampagne bewirkt.

Das muss uns Auftrieb geben, dass eine Kampagne diese drei Elemente berücksichtigt. Bei allem Respekt und allem Mut, den wir aufbringen, dürfen wir natürlich auch nicht den organisationspolitischen Teil vergessen. Wir müssen für flexible Übergänge sorgen. Wir müssen noch einmal die Diskussion um die Rente mit 67 führen. Wir brauchen auch eine Erhöhung des Rentenniveaus.

Hierbei müssen wir achtgeben, dass wir unsere organisationspolitischen Hausaufgaben machen. Das heißt, wir müssen zusehen, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die in Rente gehen, dauerhaft Mitglied der IG Metall bleiben. Da ist das Projekt 55plus ein guter Ansatz.

Ich bedanke mich fürs Zuhören. Glück auf, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Ali.

Das Wort hat jetzt der Kollege Jürgen Brandies von der Verwaltungsstelle Hanau, Bezirk Mitte mit der Delegiertenummer 136.

Jürgen Brandies, 136

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am gestrigen Tag haben wir unseren Kongress begonnen. Aufgabe dieses Kongresses ist es, unsere Arbeit, unsere Gewerkschaftsarbeit einer positiven, aber auch einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Sind wir mit unseren Analysen, mit unseren Einschätzungen an den realen Problemen im Betrieb und in der Gesellschaft? Sind wir mit der Einschätzung unseres Nachvorsitzenden, dass die Sozialpartnerschaft ein Erfolgsrezept ist, auf dem richtigen Weg?

Die Sozialpartnerschaft - so wurde gestern berichtet - ist ein wichtiger Erfolgsfaktor der deutschen Wirtschaft. Sozialpartnerschaft bedeutet nichts anderes - so wurde gestern ebenfalls berichtet -, als dass Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam Verantwortung tragen.

Wenn dem so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum wird der prekäre Bereich in unseren Betrieben und in der Gesellschaft immer größer? Wenn dem so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum sinkt die Lohnquote, warum wird die Arbeitszeit immer mehr verlängert und warum wird der Druck auf unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben immer schlimmer?

Wenn dem so ist, warum werden unsere sozialen Errungenschaften immer weiter abgebaut? Heute zahlen wir für die Erhöhung von Krankenkassenbeiträgen alleine. Es gab mal eine Zeit, da wurde das von beiden getan. Wenn dem so ist, dass die Verantwortung auf beiden Seiten liegt, warum wird der Reichtum in unserem Land für wenige immer größer? Mittlerweile ist es ein gesellschaftlicher Skandal, in wie wenigen Händen der Reichtum konzentriert ist.

Es mag sein, dass die Sozialpartnerschaft ein Erfolgsfaktor der deutschen Wirtschaft ist. Aber ist sie das auch für uns?

Wenn wir nüchtern die Fakten analysieren, haben wir sicherlich einige Erfolge. Aber in Summe, im Saldo befinden wir uns doch alle in permanenten Abwehrkämpfen. Der Alltag in den Betrieben, auch in unserer Ortsverwaltung, ist durch Abwehrkämpfe geprägt. Von Partnerschaft kann in den Betrieben keine Rede sein.

Kolleginnen und Kollegen, das, was wir auf diesem Kongress darstellen, hat teilweise mit der realen Welt wenig zu tun. Manchmal frage ich mich: Was geht in den Köpfen unserer Führung so vor? Ich nehme als Beispiel die IG Metall-Zeitung vom August dieses Jahres. In dieser Zeitung machen wir Werbung für ein Sportauto. Für dieses Auto, so schreiben wir, kostet ein Schlüssel in Wagenfarbe 952 Euro, eine Fußmatte kostet 1.190 Euro, ein Kofferset 17.731 Euro. Das Auto selbst schlappe 768.000 Euro.

Dann schreiben wir in der gleichen Zeitung, der Preis stört nicht. Alle 918 Exemplare sind bereits verkauft. Zwei stehen bei mir in der Garage. (Heiterkeit - Beifall)

Für viele Menschen, so wird geschrieben, ist ein rasanter Sportwagen ein Traum. Ich zitiere die metallzeitung unserer Organisation vom August.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hat das noch etwas mit der realen Arbeitswelt zu tun? Dass wir die Autos bauen müssen, ist klar. Aber ist dies das, was unsere Kolleginnen und Kollegen bewegt?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, statt die Sozialpartnerschaft zu hofieren, sollten wir unsere Kolleginnen und Kollegen aufklären, dass nur eine interessenorientierte, eine gesellschaftskritische und eine systemkritische IG Metall eine Chance hat, unsere Besitzstände zu verteidigen. (Beifall)

Auch wenn ich damit nicht auf komplette Zustimmung stoße, bleibt es eine Wahrheit: Die reale Welt ist durch den Gegensatz von Arbeit und Kapital geprägt. Ein Euro von uns muss immer gegen den Willen der anderen erkämpft werden. Dies den Kolleginnen und Kollegen zu erklären, ist unsere Aufgabe, und nicht diese Sozialpartnerschaft zu bejubeln, die es sowieso nicht gibt. (Beifall)

Machen wir es nicht, werden wir weitere Rückschritte in unseren sozialen Standards hinnehmen müssen. Ich hoffe, dass wir auf diesem Kongress damit beginnen, diesen Widerspruch unseren Kolleginnen und Kollegen zu erläutern. Dafür ist unsere metallzeitung wichtig, und nicht für Kampagnen für Autos. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Ich danke Dir, Jürgen. - Als nächster hat das Wort der Kollege Yavuz Büyükdag von der Verwaltungsstelle Köln-Leverkusen aus dem Bezirk NRW mit der Delegiertennummer 080. Ihm folgt Britta Peter.

Yavuz Büyükdag, 080

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich wollte einen Beitrag zu unserer Leiharbeitnehmerschaft bringen. In den letzten Jahren haben wir für unsere Beschäftigten in der Leiharbeit viel erreicht. Aber die betriebliche Realität für unsere Leiharbeiter bleibt weiter hart.

In unseren Mantelverträgen steht eine Probezeit von drei Monaten. Wo spielt diese Probezeit noch eine Rolle?

Ich bin Betriebsrat bei einem großen unabhängigen Motorenhersteller für Baumaschinen und Lkw. Wie sieht die Realität aus? In den Kölner Zeitungen steht keine Stellenanzeige für Arbeiten in der Montage unserer Firma. Die Personalabteilung unserer Firma gibt Auftrag an eine Leiharbeitsfirma, und diese wendet sich direkt

an die Arbeitsagentur. Die Arbeitsagenturen haben inzwischen alle einen speziellen Service für Leiharbeitsfirmen. Schließlich sorgen die ja für die Vermittlungsquote.

Dann fängt für den ausgesuchten arbeitslosen Kollegen die harte Realität an. Im Arbeitsverhältnis hat er eine Probezeit von sechs Monaten. Viele Leiharbeitsstellen erfolgen ohnehin nur für einen Auftrag. Mit anderen Worten: Viele Leiharbeiter werden nach diesem Einsatz schon innerhalb der Probezeit entlassen, ohne Kündigungsschutz. Viele Leiharbeiter werden sogar als Teilzeitbeschäftigte eingestellt, werden aber im Betrieb als Vollzeit beschäftigt, bezahlt wird aber in Teilzeit. Der Rest geht aufs Arbeitszeitkonto. Bei beschäftigungslosen Zeiten wird das vom Arbeitszeitkonto verrechnet. Der Verleiher lässt sich sein Beschäftigungsrisiko gut bezahlen, wälzt das aber auf den Betroffenen ab. Ein Skandal, finde ich!

Viele Leiharbeiter schaffen die neun Monate, die für den Einsatz der Branchenzuschläge nötig sind, leider nicht. Aber selbst für die Glücklichen, die die Monate überstehen, wird die Realität weiter hart bleiben. Nach 24 Monaten misslingt die Übernahme in vielen Fällen, weil der Verleiher den Betroffenen vorher abmeldet.

Um das im Interesse der Leiharbeiter zu verhindern, haben wir im Betrieb sogar Verlängerungszeiten vereinbart. Durch beharrliche Betriebsratsarbeit ist es uns gelungen, viele der Arbeitskollegen zu übernehmen, aber erst in Zeitverträge. Das heißt wieder zwei Jahre Probezeit, kein festes Arbeitsverhältnis, immerhin aber gleiche Bezahlung. Nur der, der das Glück hat, dass der befristete Zeitvertrag mitten in der Phase von Vollausslastung und Hochkonjunktur endet, hat eine Chance, nach vier Jahren Probezeit endlich einen echten Deutz-Vertrag zu kriegen. Aber viele machen die Schleife von vier Jahren mehrmals. Vier Jahre Probezeit, eine so harte Personalauswahl gibt es sonst nirgendwo.

Stellt Euch vor, jeder Manager und Bundesligatrainer müsste einer so langen Probezeit unterzogen werden. Keiner von denen müsste dann in diesen ersten vier Jahren nach missratener Leistung auch nur irgendeinen Cent Abfindung bezahlen. Und diese brauchen Sie mit ihren Gehältern eigentlich wenig. Aber unsere Arbeitskollegen haben während dieser langen Probezeit keinerlei Kündigungsschutz und keine Ansprüche auf Abfindung, obwohl sie angesichts ihrer Gehälter mit jedem Cent rechnen müssen. Sie haben Unsicherheit, keine Kredite für das Haus oder für das Auto, keine Lebensplanung für die Kinder und die Familie.

Viele haben sich bei uns organisiert. Wichtig war für uns, immer wieder betriebliche Informationsrunden für unsere Leiharbeitskollegen zu organisieren mit Betriebsrat,

Gewerkschaftssekretären und Informationen zu neuen Tarifverträgen, Branchenzuschlägen und Rechtsansprüchen. Das war nicht nur für diese Kolleginnen und Kollegen wichtig, sondern auch für uns.

Wir haben konkret erfahren, wie viele dreckige Umgehungsstrategien die Verleiher immer wieder versuchen, um unsere tarifpolitischen Erfolge zu umgehen: Arbeitszeiten, Kündigungen bei Entfall des betrieblichen Arbeitseinsatzes, Übernahme als Stammbeschäftigte, Auslösezeiten, Fahrgeld, falsche Eingruppierungen. Alles das ist fast eine Massenerscheinung.

Bei den Info-Runden haben wir eine kritische Erfahrung gemacht, die ich den zuständigen Vorständen an dieser Stelle nicht ersparen kann: Die Info-Blätter zu TV Leiharbeit, zu den Branchenzuschlägen haben immer ein tolles Layout. Die Inhalte indessen waren dürftig. Es fehlt an Tariftabellen, es fehlen rechtliche Antworten auf Umgehungsstrategien. Hier gibt es Verbesserungspotenzial. Es sollte mehr auf die Inhalte als auf die Layouts geachtet werden. Das wäre uns eine große betriebliche Hilfe.

Angesichts dieser Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich meine Ausführungen zusammenfassen:

Ich begrüße nachdrücklich, dass wir die Kampagne gegen Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit fortsetzen, dass wir unsere Forderungen nach einer guten gesetzlichen Regelung auch weiterhin erheben. Wir als Kölner haben auf dem letzten Karlsruher Gewerkschaftstag gefordert, die Verhandlungen für Branchenzuschläge aufzunehmen und dies mit einer aktiven Mobilisierung von Arbeitskraftkompetenz zu verbinden.

Die Branchenzuschläge sind umgesetzt worden. Eine aktive Tarifpolitik mit begleitender Mobilisierung für Tarifverträge, Leiharbeiter- und Branchenzuschläge ist noch immer dürftig. Wir müssen die nächsten Verhandlungen zum Tarifvertrag Leiharbeit und Branchenzuschläge sorgfältiger vorbereiten, damit diese Tarifverträge deutlich wasserdichter gegen Missbrauch und Umgehungsstrategien werden, das heißt auch mit einer sorgfältiger abgestimmten Strategie mit anderen DGB-Gewerkschaften. - Ich danke für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank. - Jetzt ist dran die Kollegin Britta Peter von der Verwaltungsstelle Hamm-Lippstadt, Bezirk NRW, Delegiertenummer 045.

Britta Peter,045

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin eine hauptamtliche Kollegin und bin bei uns Ansprechpartnerin für den Arbeits- und Gesundheitsschutz, wenn Betriebsräte und unsere Mitglieder hierzu Fragen haben. Das ist ein schwieriges Arbeitsfeld und nicht gerade mein liebstes, wie ich zugeben muss; denn wer im Arbeits- und Gesundheitsschutz unterwegs ist, weiß: Richtig gut kann auf diesem Gebiet nur jemand sein, der dafür geboren ist. Leider bin ich das nicht.

Aber deshalb möchte ich hier wirklich aufrichtig danke sagen an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ressort Arbeitszeitgestaltung und Gesundheitsschutz. Die Kolleginnen und Kollegen machen nach meinem Eindruck Arbeitsschutz auf der Höhe der Zeit: immer sehr aktuell und gut aufbereitet für Leute wie mich, die im Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht zu Hause sind. Die Infos sind konzentriert, auf das Wesentliche reduziert. Und es kostet mich wenig Zeit, mich auf den neuesten Stand zu bringen.

Selbstverständlich ist es genial: Die neuesten Infos sende ich als IG Metall an unsere betrieblichen Experten aus dem Gremien der Arbeitssicherheit. Wir kämpfen gemeinsam für ein Gutes Leben mit Eurer Arbeit aus dem Ressort. Wir verfolgen bei uns mit großem Interesse den Kampf um die Antistressverordnung. Wir müssen nämlich dringend die psychischen Belastungen in den Betrieben in den Griff bekommen.

Lieber Hans-Jürgen, wir vertrauen Deiner Beharrlichkeit in dieser Frage. Aber den Einsatz für ein besseres Berufskrankheitsrecht finden wir auch wichtig und richtig. Da müsst Ihr unbedingt dranbleiben.

Überhaupt ist in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit für das Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz ständig gewachsen. Laut Auswertung der WSI-Betriebsräte-Befragung halten 83 Prozent der Befragten den Arbeitsschutz für das wichtigste Thema in der Betriebsratsarbeit. Das spiegelt sich auch in unserer Bildungsarbeit vor Ort wider. Wir haben in unserer IG Metall Hamm-Lippstadt einen eigenen Referenten zu diesem Thema ausgebildet. Und, Kolleginnen und Kollegen, die Seminare sind alle voll.

Wie gesagt: Das Material aus dem Ressort hilft mir, dieser Nachfrage nachzukommen. Die Arbeitshilfen und Software-Tools sind für den Einsatz in den Betrieben geeignet und erleichtern mir und den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben die tägliche Arbeit.

Aber ich habe nicht nur Lob und Dank für Euch, sondern auch - so will ich es mal nennen - einen dringenden Wunsch. Was uns vor Ort fehlt, ist Material in Eurer

bewährten Form für den Arbeits- und Gesundheitsschutz zum Thema der mobilen Arbeit, auch und gerade deshalb, weil wir alle wissen: Die Digitalisierung der Arbeitswelt nimmt rasant zu.

Wenn Ihr das jetzt auch noch hinkriegt, dann werden wir nach den nächsten vier Jahren bestimmt viele Danksagungen für Eure Arbeit bekommen. In dem Sinne: Bitte weiter so! - Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Britta. - Jetzt hat das Wort der Kollege Witich Roßmann, Verwaltungsstelle Köln-Leverkusen, Bezirk NRW, Delegiertenummer 01/86.

Witich Roßmann, 086

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Ihr hinter mir auf das Schild guckt, dann steht da „Gewerkschaftstag der IG Metall 2015“. Wenn man sich das einen Augenblick auf der Zunge zergehen lässt, dann heißt das: Unser Jahrhundert, unser Jahrtausend ist gerade zarte 15 Jahre alt. Gleichwohl haben wir in diesen 15 Jahren in unserer Branche erhebliche Wechselbäder durchlebt:

2000/2001 ist die Internetblase geplatzt. Wir hatten es direkt mit einer Weltwirtschaftskrise zu tun. Und unsere deutsche Industrie mit ihrer hohen Exportabhängigkeit ist in eine tiefe Krise geraten. Ich erinnere mich an Vorträge des berühmten Professors Sinn - oder Unsinn -, der jede seiner Folien damals garniert hatte mit einer roten Laterne, wie sie Züge am Ende als Schlusslicht getragen haben. Und er hatte darauf hingewiesen: Deutschland ist das Schlusslicht in Europa. Wir hatten die schlechtesten Wachstumsraten in Europa. Wider das Vergessen möchte ich das einfach als erste Schlussfolgerung sagen:

Wir, Deutschland, waren es damals, die als erstes Land in Europa die Euro-Stabilitätsgrenze gerissen haben. Meine Schlussfolgerung daraus ist: Wir haben keinen Grund, unsere Bundesregierung hat keinen Grund, mit Hochmut in der EU aufzutreten. Für uns heißt das: Nur weil wir eine gute und qualitativ hochwertige Industrie haben, sind wir vor Krisen nicht gefeit.

Erst die Erholung der Weltwirtschaft 2005/2006 hat uns aus dieser Krise herausgeholt. Es waren nicht die Hartz-Reformen, wie in den letzten Tagen bei Gedenkfeiern für Hartz immer behauptet worden ist. Der Investitionsboom in China, in Brasilien, in den USA hat unsere Metall- und Elektroindustrie auch über die große Weltwirtschaftskrise 2008/2009 getragen. Und wir haben mit unserer Beschäftigungssicherung, mit der Abwrackprämie und mit Kurzarbeit aktiv dabei geholfen. Dem tiefen

und kurzen Einbruch folgte ein schneller und starker Wiederaufschwung 2010/2011.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich diese Wechselbäder, die wir in diesen ersten zehn Jahren hatte, vergleiche mit den letzten vier Jahren, dann war das fast ein beschaulicher Spaziergang ohne Krise mit kleinen Wachstumsraten, hohen Profiten unserer Konzerne und ansehnlichen Tariferhöhungen, die wir durchgesetzt haben in einem europäischen Umfeld, das geprägt war von großen Krisen und Arbeitslosigkeit, die nach wie vor anhalten. Wir stehen ökonomisch da mit Wachstum, finanzpolitisch mit hohen Steuereinnahmen, beschäftigungspolitisch mit Abbau von Arbeitslosigkeit.

Meine zweite Schlussfolgerung aus diesen herben Wechseln ist: Gerade unsere Metall- und Elektroindustrie ist in hohem Maße abhängig vom Zustand der Weltwirtschaft, vom Bedarf an hochwertigen deutschen Investitionsgütern. Das heißt umgekehrt auch: Wenn die globale Welt dafür kein Geld oder keinen Bedarf hat, dann sieht auch unsere Industrie, dann sieht auch unsere Nachfrage scheiße aus.

Ich kann Euch sagen: Die aktuellen Entwicklungen in unseren Betrieben in unserer Kölner Region zeigen mir deutlich die ersten Reaktionen auf die schlechtere weltwirtschaftliche Entwicklung: gestrichene Investitionsprojekte in China, schlechte Auftragseingänge aus rohstoffreichen Ländern wie Russland, Brasilien, Naher Osten.

Sigmar Gabriel und die Deutsche Bank haben in den letzten Wochen zu Recht betont, dass es unsere Tarifabschlüsse sind und damit die Kaufkraft der Arbeitnehmer, die das Wachstum der Wirtschaft durch kräftige Reallohnsteigerungen trotz dieser weltwirtschaftlichen Rückgänge, die wir zum Teil haben, getragen haben.

Deswegen ist meine dritte Schlussfolgerung: Nur mit aktiver Tarif- und Verteilungspolitik verringern wir die Abhängigkeit vom Export und vom Weltmarkt, stärken wir den Binnenmarkt. Aktive Tarifpolitik sollte unsere zentrale Aufgabe bleiben, auch wenn die Inflationsrate mal gegen Null tendiert, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die vierte Schlussfolgerung aus den herben Wechseln der Konjunktur und der Abhängigkeit ist für uns: Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir uns nach diesen doch ziemlich guten vier Jahren, die wir teilweise hinter uns haben und in denen wir noch sind, wieder warm anziehen müssen für die nächste Tarifrunde und dass neben fairen Entgeltsteigerungen auch die Standort- und Arbeitsplatzsicherung wieder eine wichtige Rolle spielen werden. In unserer Verwaltungsstelle zumindest

steigen wieder die Anrufe aus den Betrieben, die mit uns über Standort- und Beschäftigungssicherung verhandeln wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die große Weltwirtschaftskrise 2008/2009 ist nicht nur mit ökonomischen und politischen Folgeschäden in Europa einhergegangen, sondern sie hat auch Kollateralschäden wie Ausbreitung von Nationalismus, Rechtsextremismus und Rassismus in Europa mitgebracht. Das ist in vielen Diskussionsbeiträgen gesagt worden.

Ich will noch auf einen anderen Aspekt eingehen, und der heißt: Wir haben auch geistige Folgeschäden in unseren eigenen Argumentationsketten, wo wir aufpassen müssen. Es gibt bei uns vielfach eine Gegenüberstellung zwischen dem bösen, unnützen und schädlichen Finanzkapital und der guten Realwirtschaft und Industriewirtschaft. Ich möchte daran erinnern: Große Teile dessen, was wir Finanzkapital nennen, ist nur entstanden aus den globalen Gewinnen, die Industrieunternehmen und Realwirtschaft in den Betrieben erzeugt haben. Sie haben diese unverschämten Gewinne in unverschämte Managementgehälter gesteckt, aber auch in Hedgefonds und Private Equities, die nach noch mehr Profit strebten. Es ist noch gar nicht so lange her, dass Siemens sich intern damit gelobt hat, man sei ja eigentlich eine Bank mit angehängter Werkstatt. Demgegenüber wurden Investitionen häufig vernachlässigt.

Mit anderen Worten: Das grandios expandierte globale Finanzkapital, das wir zu Recht kritisieren, ist nicht zuletzt aus den Werten entstanden, die Arbeitnehmer in der realen Industrie und Wirtschaft in der ganzen Welt zwar geschaffen haben, die sie sich aber nicht als Arbeitnehmereinkommen im gleichen Maße zurück erkämpfen konnten. Dies meint Umverteilung.

Viele Ökonomen, die wir lesen, sagen uns: Die Finanzkrise ist genau deshalb entstanden, weil sie eine Folge der weltweiten Umverteilung ist. Daraus ziehe ich meine fünfte Schlussfolgerung.

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Witich, kommst Du zum Schluss.

Witich Roßmann, 086

Ich bin beim letzten Satz. - Vorsorge gegen künftige Finanzkrisen und das Unwesen von Banken, Hedgefonds, Private Equities bedeutet nicht nur staatliche Regulierung des Finanzsektors, sondern vor allem aktive Verteilungspolitik. Oder mit anderen

Worten: In den Händen unserer Kolleginnen und Kollegen ist das erarbeitete Vermögen allemal besser angelegt als in den oft abenteuerlich agierenden Finanzkonzernen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Danke schön, Witich. - Als Nächster hat das Wort Klaus Ahlborn mit der Delegiertennummer 188.

Klaus Ahlborn, 188

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Klaus Ahlborn. Ich bin Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Airbus, Zivil oder Classic oder wie auch immer man das nennen mag. Es gibt da ganz viele Veränderungen. Aber wir bauen die Flugzeuge.

Ich wollte zu einem Punkt hier noch einmal Stellung nehmen, der in den Ergänzungen zum Geschäftsbericht von Jürgen Kerner eine Rolle gespielt hat, zu den Runden Tischen, die er angesprochen hat. Ich glaube, hier ist es uns gelungen, und zwar auf Initiative der IG Metall und auch unter Federführung der IG Metall, diejenigen an einen Tisch zu holen, die gerade im Flugzeugbau die Schlagzahl bestimmen.

Ich glaube, es war das erste Mal, dass Unternehmen, Arbeitnehmer, Politik, Zulieferer und auch die Forscher an einen Tisch gekommen sind, um darüber zu reden: Was bedeutet denn eigentlich Flugzeugbau in 10 oder 15 Jahren?

Ich glaube, wir stehen vor einer großen Herausforderung. Heute ist oft das Stichwort Industrie 4.0 gefallen. Auch im Flugzeugbau hält das Thema Einzug. Es gibt die ersten Teile, die im 3D-Druck hergestellt worden sind und jetzt auch in Flugzeuge eingebaut werden. Das nimmt rasante Formen an. Hier ist es uns gelungen, alle Leute an einen Tisch zu holen.

Das Erschreckende und eigentlich auch eine Schlussfolgerung aus diesen Runden Tischen war, dass bisher ganz viele Leute immer nur übereinander, aber nie miteinander geredet haben. Jetzt ist es uns das erste Mal gelungen, alle an einen Tisch zu holen und zu fragen: Wie stellen wir uns die Zukunft der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie vor, gerade auch die Zukunft der zivilen Luft- und Raumfahrtindustrie? Die zivile Luft- und Raumfahrtindustrie hat nämlich bisher nicht so richtig eine Rolle gespielt.

Die alte Bundesregierung hat immer davon geredet: Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt. Jetzt gibt es ein paar andere politische Rahmenbedingungen. Wir ha-

ben aufseiten der Politik ein paar Zuhörer gefunden, die gerade mit uns ins Gespräch gekommen sind, um bestimmte Dinge in Gang zu bringen. Wir haben Zugang zu den Forschungseinrichtungen bekommen. Wir haben Zugang zu den Instituten bekommen, die sich damit beschäftigen, wie Flugzeugbau in 15 Jahren aussieht.

Was uns ganz wichtig war: Es gibt drei Säulen, gerade auch in unserem Unternehmen. Es gibt neue Technologien, es gibt zum anderen Kosten, immer ein großes Thema in den Firmen, aber es gibt, was uns ganz wichtig ist, auch die Menschen in den Unternehmen, und die müssen mitgenommen werden auf diesem Weg. Ich glaube, dass ganz viel, was heute gang und gäbe ist, in 10 oder 15 Jahren nicht mehr so sein wird. Ich glaube, wir werden die Flugzeuge nicht mehr so bauen wie heute. Ich glaube, wir brauchen ganz andere Qualifikationen, und wir brauchen auch ganz andere Ausbildungsberufe, die wir heute vielleicht noch gar nicht sehen, aber die irgendwann in den nächsten 10 oder 15 Jahren auf uns zukommen werden.

Hier ist es uns gelungen, mit Hilfe der IG Metall und auch unter Federführung der IG Metall - dafür noch mal meinen Dank -, das auch in die Köpfe der Politiker zu bekommen, um da vielleicht auch einmal zu einer vernünftigen Industriepolitik zu kommen. „I“ heißt, glaube ich, „Industrie“, wenn mich nicht alles täuscht, und das ist auch eine Aufgabe der IG Metall. - Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Klaus. - Als nächster hat das Wort Wolfgang Schuler mit der Delegiertennummer 169.

Wolfgang Schuler, 169

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Ausführungen heute Morgen von Detlef Wetzell habe ich etwas vermisst. Ich habe Aussagen zum Thema wirtschaftliche Mitbestimmung vermisst, zum Stellenwert der wirtschaftlichen Mitbestimmung in Deutschland. Schon 2003 auf dem Gewerkschaftstag habe ich gesagt: Hier reicht nicht die Überschrift „Soziale Mitbestimmung“, sondern wir brauchen auch die wirtschaftliche Mitbestimmung, um in Zukunft die Arbeitsplätze an den deutschen Standorten zu sichern, letztendlich die Arbeitsplätze auch so auszustatten, dass unsere Kolleginnen und Kollegen nicht durch Leistungsverdichtung kaputt gemacht werden, krank gemacht werden und deshalb nicht mehr in der Lage sind, ihre Rente gesund zu erleben.

Kolleginnen und Kollegen, mir ist es ein wichtiges Anliegen, auch heute noch einmal klar zum Ausdruck zu bringen, dass wir hier eine gemeinsame Aufgabe haben, dass wir aber auch Forderungen an die Politik stellen müssen. Wir haben Gesetze. Wir

haben eine Betriebsverfassung von 1972. Sie wurde irgendwann geringfügig novel-
liert. Fakt ist aber: Auch diese gesetzlichen Bestimmungen aus dieser Zeit werden
den heutigen Anforderungen nach meiner Meinung nicht mehr gerecht.

Was erleben wir tagtäglich? Wir erleben Leistungsverdichtung, Produktivitätsstei-
gerung, keine Investitionen, letztendlich eine Erhöhung der Arbeitszeit, über viele
Jahre Wochenendarbeit, und die Kolleginnen und Kollegen sind all diesen Dingen
ausgesetzt.

Bei allem, was wir in der deutschen Wirtschaft haben, könnte man sagen: Wir jam-
mern auf hohem Niveau. Nein, Kolleginnen und Kollegen. Viele Kolleginnen und
Kollegen sind mittlerweile psychisch krank. Die Erkrankung haben letztlich aber
nicht die Kolleginnen und Kollegen zu verantworten. Diese Erkrankungen haben
sehr wohl etwas mit unserer Arbeitswelt zu tun. Sie haben sehr wohl etwas damit
zu tun, wie die Kolleginnen und Kollegen belastet werden.

Hier kann ich nur an uns gemeinsam appellieren, mit dafür zu sorgen, dass die Kol-
legen auch in Zukunft unter zumutbaren Arbeitsbedingungen ihren Job ableisten
können.

Wir müssen mit sorgen für ein vernünftiges Gesundheitsmanagement, wo auch
Geld investiert wird und nicht nur nach der Krankenquote geguckt wird, wo nicht
nur BEM-Gespräche stattfinden, sondern letztlich Gespräche auch so stattfinden,
dass dem Kollegen geholfen wird, dass die Arbeitsbedingungen und die Arbeits-
plätze verbessert werden. Das ist eine Riesenherausforderung für uns.

Dazu brauchen wir zum Beispiel Investitionen. Wir haben heute keine Möglichkeit,
Investitionen über unsere Mitbestimmung durchzusetzen. Wir können sie zwar ein-
fordern, aber nicht durchsetzen.

Ich denke, hier muss einiges noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden, hier
muss einiges auch an die Politik herangetragen werden.

Wir müssen diese Dinge auch in unsere gewerkschaftlichen Forderungen mit auf-
nehmen und müssen unseren Argumenten stärkeren Druck verleihen. Wir müssen
letztendlich auch versuchen, unseren Kolleginnen und Kollegen zu helfen, die an
ihren Arbeitsplätzen ihren Job machen. Kolleginnen und Kollegen, ich bin deshalb
der Meinung, dass hier hoher Handlungsbedarf ist.

Ich fordere den Vorstand der IG Metall auf, sich für die Kolleginnen und Kollegen
einzusetzen. Ich fordere den Vorstand auf, den Gesetzgeber anzusprechen und für
die entsprechenden Rahmenbedingungen zu sorgen.

Heute haben wir die Situation, dass sehr viel ins Ausland verlagert wird, dass wir hier keinen Einfluss haben auf grundsätzliche Entscheidungen, dass letztendlich Arbeitsplätze, die in Deutschland aufrechterhalten werden könnten, nicht in Deutschland angesiedelt werden, sondern in Asien und in Ländern, von denen wir wissen, dass dort die Kernarbeitsnormen nicht eingehalten werden. Das Geld, das in Deutschland von unseren Kolleginnen und Kollegen erarbeitet wird, wird dort für solche Arbeitsplätze verwendet.

Ich denke, wir müssen dem eine klare Absage erteilen. Wir brauchen hier eine Korrektur unserer Politik. Wir brauchen hier eine klare Stellungnahme für Mitbestimmung im wirtschaftlichen Bereich. - Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Wolfgang. - Das Wort hat Lothar Bindert, Verwaltungsstelle Esslingen, Bezirk Baden-Württemberg, mit der Delegiertennummer 406. Ihm folgt Michael Unser.

Lothar Bindert, 406

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Karola! Es gab leider keine T-Shirts „Wir für mehr Menschlichkeit“ mehr in der Größe XXL. Ich hätte gerne dieses schwarz-gelbe T-Shirt getragen - und mit Stolz getragen. Aus meinen Äußerungen könnt Ihr entnehmen, dass ich ein glühender Fan eines großen schwarz-gelben Fußballvereins im Norden von Lüdenscheid bin. (Beifall und Pfiffe)

Spaß beiseite: Mein Name ist Lothar Bindert; ich bin Betriebsratsvorsitzender bei Index-Traub, Ortsvorstandsmitglied und federführender Revisor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere IG Metall unterscheidet sich von vielen anderen Organisationen vor allem durch die Machtbalance oder Machtteilung zwischen dem Vorstand und den Verwaltungsstellen. Diese Machtbalance ist die Basis für die Quelle der Vielfalt - wie es Jürgen Kerner genannt hat.

Voraussetzung für diese Machtbalance ist die Finanzierung der Verwaltungsstellen: Geld zur richtigen Zeit am richtigen Platz.

Jürgen hat dargestellt, dass 49 Verwaltungsstellen ein negatives Ergebnis haben, 120 ein positives. Das Bild, zwei Dritteln geht es gut, scheint mir nicht zu stimmen. Darunter sind einige Verwaltungsstellen, die heute Teile ihres Personals vom Vorstand finanziert bekommen: über Projekte, Investitionsfonds usw.

Das ist eine gute Sache, die auch unserer Verwaltungsstelle hilft, eine gute Sache, die sich auch in Mitgliederzahlen niederschlägt und eine positive Handlungsfähigkeit ermöglicht.

Drei Beispiele: Neun Wochen Streik bei Norgren - rund um die Uhr. Wir haben hier mitgekämpft; wir haben gekämpft um die Arbeitsplätze bei Norgren. Jörg weiß ganz genau, wovon ich rede; auch er war vor Ort. Zwölf Monate Widerstand gegen die Werkschließung bei ThyssenKrupp Presta - ein enormer Kampf. 4 Prozent mehr Mitglieder im Angestelltenbereich - das braucht Personal. Wir brauchen Personal, und dies muss zur rechten Zeit da sein.

Wir sind in Sorge, dass dies aufgrund von GEP-Projekten nicht mehr möglich ist. Wir begrüßen ausdrücklich auch diese GEP-Projekte; aber das darf nicht auf Kosten unserer betriebspolitischen Arbeit laufen.

Jürgen, ich finde die Idee mit der Arbeitsgruppe Finanzierung der Verwaltungsstelle gut. Wir brauchen heute - ich sage ausdrücklich „heute“ - keine Satzungsänderung beim Paragraph 14 Absatz 6. Ich hoffe, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppe auch dafür sorgen, dass wir auf dem nächsten Gewerkschaftstag keine Änderung brauchen.

Meine Bitte: Schaut ganz genau hin, ob die Bilanz der positiven Verwaltungsstellen auch ohne die Finanzierung von Personal durch den Vorstand positiv wäre.

Achtet bitte auch in Zukunft auf die Machtbalance. Diese Machtbalance ist unsere Stärke, die Stärke der IG Metall.

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Lothar. - Das Wort hat jetzt Michael Unser von der Verwaltungsstelle Heilbronn-Neckarsulm, Bezirk Baden-Württemberg, mit der Delegiertennummer 442. Ihm folgt Angel Stürmlinger.

Michael Unser, 442

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Vorstand, in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich zum Geschäftsbericht zumindest noch eine Anmerkung machen; die kann ich mir nicht verkneifen. Und zwar hat das etwas mit der abgelaufenen Tarifrunde zu tun.

Diese Tarifrunde war für mich geprägt durch eine frühzeitige Planung durch eine gute Koordinierung zwischen den Bezirken. Es gab eine klare Struktur und eine saubere Kommunikation. Und das - Kolleginnen und Kollegen, das wisst Ihr genauso gut wie ich - war nicht immer so, wobei ich einmal an die Tarifrunde 2013 denke.

Lieber Jörg, Du weißt: Wer kritisiert, muss auch einmal etwas lobend anerkennen. Ich muss sagen: Auch im zukünftigen Vorstand wünsche ich mir, dass die Tarifpolitik weiterhin einen hohen Stellenwert hat.

Ich weiß, es ist noch nicht Weihnachten. Aber ich wünsche mir natürlich auch für die weiteren Tarifrunden, dass diese genau die Ausprägungen der Tarifrunde 2015 haben. Macht weiter so! Ich danke Euch! (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Michael. - Das Wort hat jetzt Angel Stürmlinger, Verwaltungsstelle Karlsruhe, Bezirk Baden-Württemberg, mit der Delegiertennummer 429. Ihm folgt Thomas Pretzl.

Angel Stürmlinger, 429

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein paar Sätze zur Bildungsarbeit der IG Metall sagen.

Vielleicht eine Vorbemerkung dazu: Mein Zugang zur Interessenvertretungsarbeit, zur politischen Arbeit - betrieblich und überbetrieblich, ehrenamtlich wie hauptamtlich - war die Bildungsarbeit unserer Organisation, der IG Metall.

Ich erinnere mich noch an mein erstes Seminar in Sprockhövel in den Siebzigerjahren; das ist eine Zeit her. Das gab mir die Motivation für eine aktive Interessenvertretungsarbeit im Betrieb und hat mich auch persönlich politisiert.

Seit dieser Zeit mache ich aktiv Bildungsarbeit in der IG Metall und bin auch noch als Bevollmächtigter für die Bildungsarbeit in meiner Verwaltungsstelle zuständig.

Kolleginnen und Kollegen, gewerkschaftliche Bildungsarbeit muss Zweckbildung sein, Zweckbildung, um unsere Teilnehmer zum gesellschaftlichen Engagement zu befähigen. So steht es in den 17 Thesen zur Bildungsarbeit von 1972. Ich denke, das gilt noch heute, egal, ob das 37.6er-Seminare oder 37.7er-Seminare sind, Kolleginnen und Kollegen.

Seit 1972 hat sich sehr, sehr viel verändert. Es gab einen massiven Strukturwandel. Tausende von Arbeitsplätzen, auch in der Verwaltungsstelle, aus der ich komme, wurden vernichtet; viele klassische Arbeitsplätze, bei denen wir sehr, sehr hohe Organisationsgrade hatten. Einher ging dieser Wandel auch mit dem Wandel in der Beschäftigungsstruktur - hin zu größeren Angestelltenanteilen und zu hochqualifizierten Arbeitsplätzen.

Damit haben sich auch die Anforderungen an die Bildungsarbeit der IG Metall verändert, Anforderungen unserer Betriebsräte und Vertrauensleute an die IG Metall.

Ich möchte ein paar Dinge dazu nennen. Ihr wisst es selber: Viele unserer Kolleginnen und Kollegen haben gesagt, ich möchte keine 14-tägigen Seminare mehr, bietet doch bitte mehr kürzere Seminare an, maximal eine Woche. - Viele wünschten sich Mehrtagesseminare beziehungsweise Eintagesseminare. Und insbesondere wünschten sie sich aber auch mehr Seminare vor Ort. Das aus unterschiedlichen Gründen, zum Beispiel aus familiären Gründen.

Ich behaupte, dass wir mit der Umstellung auch der Bildungsarbeit, der Stärkung der regionalen Bildungsarbeit solcher externen Bildungsträger wie Poko und ifb - und wie sie alle heißen - es auch geschafft haben, unsere Kolleginnen und Kollegen wieder zurückzuholen.

Ein stärkerer betrieblicher Praxisbezug in den Seminaren wurde von unseren Kolleginnen und Kollegen auch eingefordert.

Ich denke, unsere Bildungsarbeit in der IG Metall trägt dieser Entwicklung Rechnung. Nicht zuletzt die Module für Vertrauensleute und Betriebsräte werden diesen neuen Anforderungen auch gerecht.

Mit der stärkeren Vernetzung und Verzahnung von zentraler und regionaler Bildungsarbeit sind wir in den letzten Jahren ein sehr, sehr großes Stück nach vorn gekommen. Und ich denke, wir sind auf einem guten Weg, auch künftige Herausforderungen entsprechend zu bestehen.

Kolleginnen und Kollegen, es finden an den zentralen Bildungsstätten OV-Seminare, betriebliche Gremienseminare für Betriebsräte, für Vertrauensleute statt. Und ich sage an dieser Stelle: Ich möchte das nicht missen, (vereinzelt Beifall) weil dabei die Kompetenz der Bildungsstätten genutzt wird. Referentinnen und Referenten der Bildungsstätte stehen uns zur Bearbeitung von örtlichen Themen entsprechend zur Verfügung. Referenten der Bildungsstätte unterstützen uns auch in der regionalen Bildungsarbeit, bei der Qualifizierung zum Beispiel von ehrenamtlichen Referentinnen und Referenten.

Wir erfahren Unterstützung vor Ort von den Bildungsstätten, was die Qualifizierung von ehrenamtlichen Referenten anbelangt. Sie unterstützen uns bei örtlichen Bildungsmaßnahmen, aber auch bei Konferenzen, und sie unterstützen uns bei der Weiterentwicklung von Seminaren, die auch vor Ort durchgeführt werden, zum Beispiel der ERA-Seminare. Was hier die Bildungsstätten insgesamt - wir arbeiten logischerweise im Süden mehr mit Bad Orb und Lohr zusammen - leisten, ist einfach klasse, Kolleginnen und Kollegen. (Vereinzelt Beifall)

Nun weiß ich auch, dass die Kapazitäten an den Bildungsstätten begrenzt sind, aber ich bin davon überzeugt, wir haben dafür in der Vergangenheit Lösungen gefunden, und wir werden auch in der Zukunft Lösungen dafür finden.

Die Bildungsarbeit und die Organisation der Bildungsarbeit müssen sich wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft entsprechend weiterentwickeln. Was ich wahrnehme, ist, dass wir dabei auf einem sehr guten Weg sind.

An der Stelle - so denke ich - ist auch einmal ein Lob an die Abteilung und an das Vorstandsmitglied auszusprechen, Kolleginnen und Kollegen. - Herzlichen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Angel. - Das Wort hat Thomas Pretzl, Verwaltungsstelle Ingolstadt, Bezirk Bayern, mit der Delegiertennummer 345.

Thomas Pretzl, 345

Mein Name ist Thomas Pretzl, ich bin Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Airbus Defence and Space, der Verteidigungsindustriesparte von Airbus. Wir produzieren den Eurofighter.

Ich möchte natürlich die Wortmeldungen zur Rüstungsindustrie, die heute Vormittag waren, nicht unkommentiert stehen lassen. Faire Einkommen, anständige Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze - das wollen auch wir, die Beschäftigten der Wehr- und Sicherheitsindustrie. Deshalb sind wir ein Teil der IG Metall.

Natürlich sind wir keine Branche wie jede andere. Deshalb ist für uns gerade die Branchenarbeit der IG Metall nötig, wichtig und richtig.

Die hier angesprochene Konversionsdebatte der Achtziger und Neunziger ist keine Lösung. Die ist gescheitert. Sonst würden wir keine Eurofighter bauen, sondern Pflugschare.

Wir IG Metall organisieren Menschen, und wir organisieren Zusammenhalt. Wir sollten unsere Mitglieder nicht wegen der Produkte, die sie produzieren, spalten. Die Beschäftigten der Verteidigungsindustrie leisten eine sehr gute Gewerkschaftsarbeit, und wir lassen uns nicht in die Schmutzdecke drängen. Auch wir sind die IG Metall. - Danke. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Thomas. - Als Nächster hat das Wort der Kollege Siegfried Goldschmidt, Verwaltungsstelle Magdeburg-Schönebeck, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, mit der Delegiertennummer 278.

Siegfried Goldschmidt, 278

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Delegierte, ich bin Betriebsratsvorsitzender in der Schaeffler Motorenelemente AG & Co. KG, Werk Magdeburg. Ich komme also auch aus einem Ost-Betrieb, wobei ich das so sehe: Im Osten geht die Sonne auf. Wir schöpfen jeden Tag neue Hoffnungen. (Beifall)

Ich hatte das große Glück, dass ich schon am 24. September 2015 in Berlin an der Fachtagung „25 Jahre Deutsche Einheit - Bilanz und Perspektiven aus gewerkschaftspolitischer Sicht“ teilnehmen konnte. Nach solchen Veranstaltungen machen wir mit unseren Betriebsräten und Vertrauensleuten immer eine Auswertung. Einer der interessantesten Punkte war, als ich die Rede unseres Vorsitzenden Detlef Wetzel zitiert hatte - so in etwa wörtlich -: Trotz dieser guten Nachrichten - vorangegangen waren ein paar Erklärungen, welche Erfolge wir tatsächlich in den 25 Jahren im Osten zu verzeichnen hatten - bleibt das dringendste Handlungsfeld für uns die tarifpolitische Angleichung zwischen Ost und West. Dazu zählt für uns insbesondere die Angleichung der Entgelte und Arbeitszeiten, und so weiter, und so weiter.

Auch heute habe ich viele Themen dazu gehört, und immer wieder steht auf dem Programm die Angleichung zwischen Ost und West. Uns im Betrieb ist schon klar, dass das nicht so einfach geht: Gewerkschaftstag, beschließe mal, der große Vorstand legt den Schalter um, und morgen haben wir die 35-Stunden-Woche. - Denn die 35-Stunden-Woche ist ein großes Pfund, das erkämpft werden muss, wofür wir Kolleginnen und Kollegen in unseren Betrieben mobilisieren müssen und wozu wir gerade in den Ostbetrieben die Gewerkschaft noch durch Mitglieder erheblich stärken müssen.

Ich denke, ich weiß auch, wovon ich erzähle, denn ich komme aus einem Betrieb, in dem ich jetzt 16 Jahre Betriebsratsvorsitzender bin. Als ich vor 16 Jahren dort begonnen habe, hatten wir unter 20 Prozent Gewerkschaftsmitglieder. Ihr könnt Euch vorstellen: Die Jammerei war riesengroß.

Wir lagen bei etwa 85 Prozent des Flächentarifs. Wir sind nicht darüber hinausgekommen. Mit wem sollten wir auch etwas Besseres erstreiten?

Im Laufe der Zeit haben wir unsere Leute mobilisiert. Heute haben wir einen Organisationsgrad von etwa 80 Prozent. Da kann man schon mitreden. (Beifall)

Wir müssen, wie ich schon sagte, unsere Kolleginnen und Kollegen mobilisieren und ihnen klarmachen, dass es ein ernsthaftes Ziel unserer IG Metall im Osten ist, die 35-Stunden-Woche einzuführen.

Ich bekomme immer wieder die Frage gestellt: Wie soll das funktionieren, wenn nicht einmal innerhalb der großen IG Metall dieser Schritt vollzogen ist? Nach wie vor wird bei uns in der IG Metall unterschieden zwischen Ostverwaltungsstellen und, ich möchte jetzt nicht sagen: Westverwaltungsstellen, denn wir haben im Süden auch Verwaltungsstellen. Unsere Mitarbeiter in den Verwaltungsstellen haben eine 38-Stunden-Woche. Im Westen und im Süden unserer Bundesrepublik gibt es die 35-Stunden-Woche.

Ich kenne das aus unserem eigenen Betrieb. Da kommen oft Kolleginnen und Kollegen aus dem Konzernbetrieb zur Unterstützung. Da gibt es richtig Frust im Büro, weil die Kollegen, die aus dem Westen kommen, früher Feierabend machen können, einfach weil sie aus dem Westen kommen. Unsere eigenen Kolleginnen und Kollegen können das nicht.

Ich glaube, wir haben es gelernt: Verzicht hat noch nie Arbeitsplätze gerettet, auch wenn man uns das einreden will. Es ist höchste Zeit, hier etwas zu tun. Das ist ein Stück Kritik am Vorstand: Ich kann meinen Kollegen im Betrieb nicht erklären, warum das in der eigenen IG Metall bis heute nicht vollzogen ist, eine Angleichung zwischen West und Ost zu erreichen. - Danke schön. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Siegfried. - Als Nächster hat das Wort Karl Reif, Verwaltungsstelle Stuttgart, Bezirk Baden-Württemberg mit der Delegiertenummer 468.

Karl Reif, 468

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein ganz zentrales Thema hier auf dem Gewerkschaftstag und auch in unserer Arbeit sind die Themen prekäre Beschäftigung, Lohndumping durch Leiharbeit und Fremdvergabe durch Werkverträge. Ich möchte an diesem Beispiel etwas sagen zur Tarifbindung und der aus meiner Sicht ungenügenden Auseinandersetzung mit der Politik und den Regierenden hinsichtlich dieses Themas.

Ausgangspunkt meiner Überlegung ist, dass die Tatsache, dass wir 8 Millionen Menschen im Niedriglohnsektor haben, dass wir Millionen in Leiharbeit und in befristeten Arbeitsverhältnissen haben, kein Zufall ist. Dieses System von prekärer Beschäftigung durch Leiharbeit, von Befristungen und Werkverträgen ist politisch gewollt von der Regierung und dem Kapital. Es wurde politisch geschaffen. Ganz gezielt sind die entsprechenden Gesetze, die die vielen Sauereien, die wir hier miteinander besprechen, erst möglich machen, geschaffen worden, beispielsweise das Thema der völligen Öffnung der Leiharbeit, die Verschlechterungen bei den Befristungsregelungen und die Tatsache, dass wir keine Mitbestimmung bei Fremdvergaben und Auslagerungen in Werkverträge haben. Das ist politisch gewollt.

Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr dafür, diese Auswüchse betriebspolitisch und tarifpolitisch anzugehen und die Probleme über die tarifpolitische Regulierung in der Automobilindustrie und der Kontraktlogistik anzupacken. Das müssen wir machen: Betriebe organisieren, Tarifverträge abschließen und so weiter.

Meine These lautet: Wenn wir an diesem System der millionenfachen prekären Beschäftigung grundsätzlich etwas ändern wollen, müssen wir auch eine Auseinandersetzung mit der Politik führen. Meine These ist: Ohne politische Änderungen der Rahmenbedingungen, ohne gesetzliche Änderungen bei der Leiharbeit, bei Befristungen und der Erweiterung der Mitbestimmung werden wir keine grundsätzliche Verbesserung in diesem Zusammenhang erreichen, werden wir für viele Menschen keine gute Arbeit und auch kein gutes Leben durchsetzen.

In diesem Zusammenhang vermisste ich in den Geschäftsberichten ein bisschen eine klare Positionierung der IG Metall zur prekären Beschäftigungssituation, zur Leiharbeit und zur Befristung. Ich vermisste auch etwas eine Mobilisierungs- und Aktionsorientierung, die sich auch an die Regierenden richtet. Es reicht meiner Ansicht nach nicht aus, gute Beschlüsse zu fassen, sondern wir müssen diese Dinge gegenüber der Regierung in einer politischen Mobilisierung transparent machen und die Regierenden unter Druck setzen.

Ich glaube, dass wir in diesem Bereich nur dann tarifpolitisch Erfolg haben werden, wenn wir politischen Druck auf die Regierenden und die Herrschenden in diesem Land ausüben. (Beifall)

Am Ende besteht, wenn wir das nicht machen, die Gefahr, dass wir durch unsere berufspolitische und tarifpolitische Regulierung Dinge, die wir im Grundsatz für falsch halten - beim Thema Leiharbeit, beim Thema Befristung, beim Thema Outsourcing in Niedriglohnbereiche und Werkverträge -, akzeptieren. Das halte ich nicht für die richtige Orientierung.

Wenn im Geschäftsbericht zu diesem Thema nur gesagt wird, unsere Forderung sei die Umsetzung des Koalitionsvertrags im Bereich von Leiharbeit und Werkverträgen, dann frage ich mich: Ist das alles? Reicht unsere politische Vision da nicht weiter? Hatten wir nicht einmal eine Diskussion, dass Leiharbeit und Befristungen im Arbeitsleben grundsätzlich beseitigt werden müssen, dass wir eine sichere Beschäftigung brauchen? (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, ich finde es schon auffällig, dass sich der Aktionstag am 24. September fast ausschließlich an die Arbeitgeber der Automobilindustrie gerichtet hat und nicht im Wesentlichen auch an die Politik, dass diese Forderungen an die Politik eine kleine Rolle gespielt haben. Ich finde, Kolleginnen und Kollegen, dass wir da klarer und grundsätzlicher werden müssen. Noch ein Gedanke zum Thema Leiharbeit. Was im Koalitionsvertrag steht, ist wenig genug. Da wird bei der Mitbestimmung über Werkverträge nicht viel herauskommen, vielleicht eine bessere Informationsregelung. Wir werden keine entscheidenden Fortschritte haben.

Wenn bei der Leiharbeit 18 Monate als Verleihdauer die Regel sein sollen, dann frage ich mich, ob es wirklich sinnvoll ist, eine Diskussion über Tariföffnungen und Tariföffnungsklauseln in diesem Gesetz zu führen. Schon die Diskussion wird dazu führen - das ist meine Erfahrung -, dass wir das Gesetz verschlechtern. Vielleicht wird eine Verleihdauer von 36 oder 48 Monaten möglich gemacht. Das macht mich eher nervös.

Meine Zusammenfassung ist: In diesem Bereich der Dienstleistung in den Produktionsbereichen, die outgesourct sind oder werden, sind tarifliche Bedingungen zu schaffen. Es ist aber auch Druck auf die Regierung auszuüben. Die prekäre Beschäftigung als Modell muss politisch und tarifpolitisch bekämpft werden. Das gehört zusammen. Da sollten wir mehr machen. - Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Karl. - Das Wort hat Fabian Gauls, Verwaltungsstelle Mönchengladbach, Bezirk NRW mit der Delegiertennummer 97.

Fabian Gauls, 097

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich hier positiv zur Bildungsarbeit der IG Metall äußern. Ich komme aus der Verwaltungsstelle Mönchengladbach und bin ehrenamtlich in der Jugendarbeit in dieser Verwaltungsstelle und im Bezirk aktiv. Aus diesem Grunde nehmen meine Kolleginnen und Kollegen und ich häufig an Seminaren, BJAs und Workshops teil. Meine Erfahrung ist, dass das Team beispielsweise in Sprockhövel - das ist die Bildungsstätte, in der ich am häufigsten bin - und in Schliersee sich den Arsch aufreißt, um den Teilnehmern das nötige Wissen zu vermitteln. Das gelingt ihnen durch ihre hohe Kompetenz. Wir müssen weiter und noch viel mehr in die politische Bildung investieren. Da sind wir aber auf einem guten Weg. (Beifall)

Die Bildung ist unsere Zukunft, und sie lebt von den Kolleginnen und Kollegen, die sie übermitteln. Wie der Kollege Frank aus Wolfsburg vorhin schon angesprochen hat, sind natürlich Situationen ärgerlich und schade, in denen ein Seminar nicht in einer unserer großartigen Bildungszentren durchgeführt werden kann. Dafür sollten Lösungen gefunden werden, was aber leider nicht von heute auf morgen möglich ist. Jedoch darf es nicht dazu kommen, dass Seminare wegen fehlender Zimmer nicht stattfinden.

Unser Bildungsangebot darf sich nicht verringern. Jede Kollegin und jeder Kollege, die oder der sich engagieren möchte, muss die Möglichkeit haben, an ausreichenden Bildungsangeboten teilzunehmen. Es hängt am Gebäude. Die Referentinnen und Referenten sind der zentrale Inhalt unserer Bildungsarbeit. - Danke schön. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Fabian. Ich finde das toll und bezeichnend, dass unsere Debatte von jungen Leuten eröffnet wurde und von jungen Leuten geschlossen wird. Ich finde das gut, dass wir diesen jungen Menschen den Raum geben, zu diskutieren. Ich freue mich schon auf die Aktion, die die Jugend vorbereitet hat. Aber jetzt hat erst einmal Detlef Wetzel für ein Schlusswort zur Debatte das Wort.

Detlef Wetzels, Erster Vorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erst einmal ganz herzlichen Dank für die vielen Diskussionsbeiträge. Da soll mir noch mal jemand sagen, diese IG Metall diskutiert nicht.

Es ist jetzt ein bisschen ungünstig, nicht weil so viele gesprochen haben, sondern weil ich jetzt nicht eine halbe Stunde Pause habe, um die ganzen Wortbeiträge ein bisschen zu sortieren. Insofern seht es mir nach, wenn ich das nicht systematisch mache.

Jürgen, zur Sozialpartnerschaft: Wenn Du unterstellen würdest, dass Sozialpartnerschaft Friede, Freundschaft, Eierkuchen ist, dann hättest Du Recht. Aber ich glaube, Sozialpartnerschaft ist etwas anderes, insbesondere wie wir unsere Arbeit als Gewerkschaft verstehen. Wir sind mitgliederorientiert, wir sind beteiligungsorientiert, wir sind konfliktorientiert. Dort, wo wir mit den Arbeitgebern gemeinsame Interessen haben, wie zum Beispiel bei der Frage CO₂, bei der Frage der Zukunft der Industrie und bei vielen anderen Themen mehr, wären wir mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir nicht gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften versuchen würden, unsere Interessen durchzusetzen. Insofern teile ich das nicht. Insbesondere auch deshalb, weil beispielsweise die Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit, die Selbstverwaltung der Krankenkassen, um nur mal zwei Beispiele zu nennen, wo wir natürlich auch mit den Arbeitgebern und der öffentlichen Hand zusammensitzen, sozusagen die Inkarnation der Sozialpartnerschaft ist. Kein Mensch würde ja verlangen, dass wir aus der Bundesagentur für Arbeit oder aus den Verwaltungsräten der Krankenkassen ausscheiden, nur weil wir das Wort Sozialpartnerschaft nicht so mögen.

Also, ich meine, da sollten wir nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Britta, zu wenig Materialien zur mobilen Arbeit. Als wenn wir es gewusst hätten: Ab heute gibt es eine neue Broschüre, herausgegeben von Jörg und Christiane, zum Thema mobile Arbeit. Hier unten in der Ausstellung. Also, wir haben Dein Anliegen sozusagen im „vorausseilenden Gehorsam“ aufgenommen. Es gibt bereits eine neue Broschüre zum Thema mobile Arbeit.

Witich Roßmann, ich kann das nur unterstützen, was Du beschrieben hast, insbesondere beim Thema Hartz IV. Da fiel mir eben noch Spruch ein. Es wird ja immer gesagt, Hartz IV ist für die gute wirtschaftliche Situation in Deutschland verantwortlich. Ich sage nur: Damals wollte man mit Hartz IV Probleme lösen, die wir damals gar nicht hatten, und dadurch wurden Probleme geschaffen, die wir bis dahin gar nicht kannten. (Beifall) Das ist eigentlich das, was wir zu diesem Thema sagen können. Ansonsten teile ich sehr Deine Analyse.

Zum Thema Mitbestimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen: Man kann hier natürlich nicht alles in einem kurzen Rechenschaftsbericht darstellen. Ich glaube aber, dass ich gestern in der Eröffnungsrede deutlich gemacht habe, dass wir eine offensive Mitbestimmung gemeinsam mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften organisieren wollen. Wir haben natürlich ein klares Profil, was das Thema wirtschaftliche Mitbestimmung, die Frage Outsourcing, die Frage Gesundheitsschutz, die der Frage personeller Maßnahmen und und und angeht. Wir haben viele Forderungen zur Ausweitung der Mitbestimmung. Das steht natürlich ganz oben auf der Agenda der IG Metall. Aber wir müssen eine kluge Politik zusammen mit dem DGB und den anderen Gewerkschaften machen. Denn wir sind klar der Meinung, Kolleginnen und Kollegen: Wir haben nicht zu viel Mitbestimmung in Deutschland, sondern zu wenig Mitbestimmung. Nur müssen wir das noch in der gesellschaftlichen Debatte deutlich machen, damit wir genug Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu diesem Thema bekommen. (Beifall)

Ali, Du hast das Thema Rente im weitesten Sinne angesprochen. Ja, das ist alles richtig. Wir sind alle stolz, und ich ganz besonders, dass wir die Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren durchgesetzt haben. Ich will anknüpfen an das, was Jürgen in seinem Geschäftsbericht heute gesagt hat: Wenn vor zwei Jahren gesagt worden wäre, ob irgendeiner glauben würde, dass wir das politisch durchsetzen würden, ich hätte wetten können, dass keiner die Hand gehoben und gesagt hätte, ich bin sicher, dass wir das hinbekommen.

Wir haben es hinbekommen, weil wir jahrelang immer beharrlich dieses Thema strapaziert haben, immer wieder diskutiert haben, nicht lockergelassen haben, uns nicht mit dem angefreundet haben, was in der Politik zu diesem Thema gesagt worden ist. Deshalb haben wir an dieser Stelle zumindest einen Teilerfolg erzielt.

Dein Hinweis, dass das Thema Rentenniveau und betriebliche Altersvorsorge ein ganz zentrales Thema sei, ja, Kolleginnen und Kollegen, ich bin ganz sicher - ohne jetzt dem neuen Vorstand vorgreifen zu wollen -, dieses Thema Rentenniveau wird ein zentrales Thema in der Auseinandersetzung des nächsten Bundestagswahlkampfes werden. Wir werden als IG Metall unser Wort erheben. (Beifall) Denn das, was nach der Prognose beim Rentenniveau stattfinden wird, ist nicht akzeptabel für Menschen, die das ganze Leben lang gearbeitet haben. (Starker Beifall)

Das Thema Jugend hat einen breiten Raum in der Diskussion eingenommen. Adrian, David, Eva, Manfred, liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, Ausbildung ist wichtig. Was machen wir mit den 60.000 jungen Menschen, die keinen Schulabschluss haben? Was machen wir mit den 200.000 jungen Leuten, die sich in Warteschleifen befinden?

Ausbildung ist wichtig, und ich teile die Auffassung, dass derjenige, der heute über Fachkräftemangel jammert, immer den Nachweis dafür führen muss, ob er in der Vergangenheit genug ausgebildet hat. Da wird ein Teil der Wirtschaft als vorbildlich zu bezeichnen sein. Aber der größte Teil der Wirtschaft hat das nicht gemacht. Wir wissen doch, wie klein der Anteil der Firmen in Deutschland ist, die überhaupt ausbilden. Der größte Teil bildet ja überhaupt nicht aus.

Das ist natürlich eine klare Positionierung, die wir haben: Diejenigen, die nicht ausbilden, sollen sich verdammt noch mal auf die Socken machen und einen Beitrag zu ihrer eigenen guten Entwicklung in ihren Betrieben durch gute Ausbildung und einen Beitrag zur guten Entwicklung unserer Gesellschaft leisten, in der jeder junge Mensch eine Chance hat, einen betrieblichen Ausbildungsplatz oder einen Studienplatz zu bekommen. Das ist unsere Position als IG Metall. (Beifall)

Studierendenarbeit - ja, das ist wirklich eine Erfolgsgeschichte, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eva, als Du das so gesagt hast, kam mir noch einmal in den Sinn: Ich musste ja 2007, 2008 auch erst überzeugt werden. Da hatte der Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt die Dinge schon sehr weitgehend vorangetrieben. Wir haben das komplett übernommen. Das Thema Studierendenarbeit ist sicherlich eines der ganz zentralen Erfolgsmodelle, die wir in der IG Metall haben.

Es ist ja so notwendig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir beklagen doch immer, dass die jungen Leute von den Hochschulen in die Betriebe kommen, die die IG Metall nicht kennen und nichts von ihr wissen. Es ist ganz schwierig, die einzubinden in unsere gewerkschaftliche Solidarität. Da ist es doch viel besser, schon in der Hochschule Kontakte zu knüpfen, einen guten Eindruck zu machen und eine gute Zusammenarbeit mit den Studenten zu organisieren, damit sie schon eine Ahnung von der IG Metall haben und dann sehr gut vorbereitet in unsere Betriebe kommen können, um sie dann auch zu aktiven Mitstreitern für unsere gute Sache zu machen.

Insofern ist das Studierendenprojekt nicht nur, was die Mitgliederzahlen angeht, ganz hervorragend, sondern es ist auch strategisch für die IG Metall von unendlicher Bedeutung, dass wir die, die aus den Studiengängen in unsere Betriebe kommen, schon mit Gewerkschaften bekanntgemacht haben.

Ich kann nur den Appell von Eva und anderen unterstützen. Dual Studierende, Studierende, Auszubildende - wir brauchen die junge Generation. Kolleginnen und Kollegen, wir sind schon stolz darauf, dass wir die größte politische Jugendorganisation in Deutschland sind. Aber das Bessere ist der Feind des Guten. Deswegen, auch wenn wir dort gut sind, können wir noch etwas zulegen.

Ich bitte Euch, auch in diesen Monaten, in denen die Auszubildenden vielleicht noch nicht alle organisiert sind: Wenn alle Delegierten in den Betrieben, in denen sie beschäftigt sind, die Auszubildenden organisieren, dann würden wir uns in diesem Jahr überhaupt keine Sorgen machen, was das Thema Ausbildung und Mitglieder angeht. In den Jugendlichen liegt unsere Zukunft, und ohne Jugend wird die IG Metall keine Zukunft haben. Das ist eine Aufgabe, die wir zu lösen haben werden. (Beifall)

Zur Bildungsarbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Frank hat schon die Überbelegung der Bildungszentren kritisiert. Das ist wie im Betrieb. Reden wir da lieber über Überstunden - auch ein großes Thema -, oder reden wir lieber über Entlassungen? Nein, wir reden lieber über Überstunden.

Bertin Eichler und Irene haben mit einer großen Konsequenz und mit einem großen Erfolg gearbeitet. Die Belegungsquoten lagen in den Jahren 2007 und 2008 zwischen 50 und 60 Prozent. Da war nicht die Frage, wo denn unsere Seminare stattfinden, sondern die Frage war: Finden überhaupt Seminare statt? Wir hatten große Sorgen um die Auslastung unserer Bildungszentren. Jetzt haben wir das Blatt gedreht. Herzlichen Dank dafür an Euch beide. (Beifall)- Ja, das finde ich aber auch.

Jetzt reden wir über die Frage: Wie gehen wir mit dieser Situation um, dass wir jetzt Überbelegungen haben? Da bin ich ganz sicher, dass sich der neue Vorstand Gedanken darüber machen wird, wie wir jetzt mit diesem Problem fertig werden. Aber das wird leichter sein als das Thema: Wie kriegen wir überhaupt genügend Seminare in die Bildungsstätten, damit diese eine gute Auslastung haben?

Ich danke auch Angel und Fabian, die sehr deutlich gemacht haben, wie zufrieden wir letztendlich mit unserer Bildungsarbeit sein können.

Zum Thema Volkswagen. Hartwig, mit dem, was Du gesagt hast, rennst Du hier offene Türen ein. Es ist doch leicht durchschaubar, was in einigen Presseveröffentlichungen zurzeit stattfindet getreu nach dem Motto: Geht es der Firma gut, war es der Unternehmer; gibt es ein Problem, war es der Betriebsrat. Herzlichen Glückwunsch! Diese schlichte Sicht möchte ich auch mal haben. Das ist natürlich fatal und ist eigentlich nur Beleg für diejenigen, die mitbestimmungsfeindlich sind, die gewerkschaftsfeindlich sind und die Betriebsräte nicht leiden können, die überhaupt keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Gremien haben möchten, in denen es um Mitbestimmung und Beteiligung geht. Aber, Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht das letzte Jahrhundert, sondern das ist noch nicht einmal dieses Jahrtausend. Es ist so lange her, als solche Positionen salonfähig waren, dass ich mich schon gar nicht mehr daran erinnern kann.

Das Gleiche gilt auch für Volkswagen. Ich habe es schon einige Male gesagt: Es war nicht die Putzfrau, die dort irgendetwas veranstaltet hat, und es war auch nicht die Mitbestimmung. Die geht nämlich nicht so weit, dass der Betriebsrat Mitbestimmung hat bei der Frage, welche Komponenten an einen Motor angebaut werden.

Wir haben also allen Grund dazu, die Reihen an dieser Stelle geschlossen zu halten. Den zentralen Angriff auf die Mitbestimmung müssen wir zurückweisen. Und wir werden die Diskussion führen mit denen, die uns jetzt in die Ecke stellen wollen und uns zu Schuldigen machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ungefähr so, als wenn ein Bankräuber aus der überfallenen Bank rausläuft und brüllt: „Haltet den Dieb!“ - Ihr versteht, was ich damit sagen will? (Beifall) - Okay.

Zum Thema Angleichung Ost und West. Wir wissen alle, dass das ein sehr schwieriges Thema ist. Wir haben auch zu diesem Thema eine schwierige Geschichte. Eines ist sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn wir uns in dieser Frage nicht selbst helfen, dann hilft uns keiner. Und wenn wir uns bei der Frage Angleichung selbst helfen wollen, dann werden wir das nur durch unsere gewerkschaftliche Stärke tun können. Alles das, was wir nicht erkämpfen, werden wir nicht bekommen.

Wenn wir noch nicht alles haben, was wir brauchen, dann könnte es sein, dass wir noch nicht genügend Stärke gehabt haben, um die Dinge durchzusetzen. Deswegen ist für mich immer das Credo gewesen: Wir müssen zusehen, dass wir uns organisationspolitisch noch weiter verstärken. Wir müssen die Tarifbindung erhöhen. Wir müssen durchsetzungsfähiger werden, damit wir diese Themen - da geht es ja nicht nur um das Thema Arbeitszeit, sondern auch um andere Fragen - aufgreifen können.

Ich bin auch sehr froh darüber, dass sich der Vorstand, der jetzt noch im Amt ist, in weiser Voraussicht auch mit einem neuen Ressort auf diese Frage konzentriert hat: Wie können wir es organisieren, dass wir diesen Prozess vernünftig hinbekommen?

Roland, Heidi, Klaus Ahlborn und Thomas. Das, was Ihr gesagt habt, war eine interessante Debatte; da ging es um das Thema Rüstung. Zwei dieser Wortmeldungen hatten diese Meinung, zwei hatten eine andere zum Inhalt. Das ist genau das, was wir in der IG Metall haben, nämlich unterschiedliche Sichten auf ein solches Thema. Ich finde es schon sehr stark, dass wir als IG Metall diesen Spagat auch aushalten, dass wir uns gegenseitig respektieren und sagen: Ja, diese Sicht ist eine richtige, aber die andere Sicht ist auch existent. Wir müssen als IG Metall eine Verbindung hinbekommen zu diesen Themen, und ich glaube, das ist uns auch gut gelungen.

Ich will jetzt nicht jeden Einzelnen loben. Aber ich habe es sehr beeindruckend gefunden, wie Jürgen Kerner das in den letzten Monaten gemacht hat, wie er diese

Debatte aufgegriffen hat und wie Klaus Ahlborn und Thomas es auch beschrieben haben, wie wir versuchen, dieses Thema nach vorne und in eine vernünftige Fassung zu bringen.

Ansonsten verweise ich einfach auf die Anträge, die dazu vorgelegt worden sind. Ich glaube, die Inhalte dieser Anträge entsprechen genau dieser Diskussion, die wir hier heute auch geführt haben.

Zum Thema Betriebsratsmobbing, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat schon ein Anderer etwas gesagt. Das ist schon ein starkes Stück. Es gibt ja keine freie Gesellschaft ohne freie Gewerkschaften. Es gibt auch keine freien Gewerkschaften, zumindest nicht in Deutschland, ohne Betriebsräte und Vertrauensleute. Wer Gewerkschaften und Betriebsräte nicht anerkennt, von dem können wir nicht behaupten, dass er auf dem Boden des Grundgesetzes steht und unterstützendes Element unseres Gemeinwohls ist. Nein, wir haben allen Grund, diese Machenschaften, seien sie kriminell oder nur verkommen, aufs Schärfste zu bekämpfen. Wir müssen alle unterstützen, die in den Betrieben versuchen, ihre demokratischen Rechte durch die Wahl von Betriebsräten wahrzunehmen. (Lebhafter Beifall)

Heinz Pfeffer hat darauf hingewiesen, dass alles nicht so einfach ist. Betriebsräte zu gründen, ist sehr schwierig. Heinz hat darauf hingewiesen, wie erfolgreich die in einigen Betrieben durchgeführten Projekte stattgefunden haben. Er hat auch darauf hingewiesen, dass wir in der IG Metall auch unterschiedliche Welten haben. In den Firmen, die der Heinz uns stellvertretend für andere Verwaltungsstellen genannt hat, dort, wo er Belegschaften in kleinen und mittleren Betrieben organisiert, gibt es natürlich eine ganz andere Welt; die kommen ganz woanders her.

Heinz hat auch die Frage aufgeworfen: Wie machen wir es mit der Tarifbindung? Kolleginnen und Kollegen, ich kann Euch eines als meine persönliche Meinung sagen: Belegschaften müssen etwas haben, für das sie kämpfen. Die Ziele des Kampfes müssen realistisch sein. Jeder Kampf mit einem unrealistischen Ziel führt dazu, dass der Kampf automatisch verloren ist. Deswegen sage ich Dir, Heinz: Alles das, was besser ist, als es vorher war, müssen wir machen. Denn wir sind verpflichtet, nicht irgendwelchen Normen zu entsprechen, sondern unseren Kolleginnen und Kollegen Tag für Tag ein Stückchen mehr Geld, ein Stückchen bessere Arbeitsbedingungen und ein bisschen höhere Lebensqualität zu geben. Deswegen müssen wir den Weg gehen, den Du, Heinz, eben beschrieben hast. Herzlichen Dank dafür. (Beifall)

Lothar, zur Finanzierung der Verwaltungsstellen möchte ich jetzt gar nicht so viel sagen, weil angekündigt worden ist, dass es eine Arbeitsgruppe gibt, die über dieses

Thema sprechen wird. Insbesondere, weil ich morgen nicht wiedergewählt werden muss (Heiterkeit), möchte ich Folgendes sagen:

Nicht jede Verwaltungsstelle, die finanziell gut dasteht - ich mache es mal ein bisschen einfach -, kann etwas dafür. Dort gibt es gute Umstände, große Betriebe vielleicht. Und nicht jede Verwaltungsstelle, die im Minus ist, ist ohne Verantwortung für ihre Situation. Das kommt ja nicht wie ein Erdbeben oder wie ein Tsunami, sondern ist Ergebnis der langfristigen Arbeit in der Verwaltungsstelle. Und dann gibt es Verwaltungsstellen, die schwierige Umstände haben. Wir haben in den letzten Jahren viel getan: Entschuldung, Unterstützung der Verwaltungsstellen, die in schwierigen Umständen sind.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch da gilt, was ich eben gesagt habe: Wer sich nicht selbst hilft, dem hilft erst mal keiner. Und die Frage ist nicht: Wie verteilen wir unser Geld? Sondern die Frage ist: Wie verbessern wir unsere Arbeit? Und das ist die Aufgabe, die wir alle haben. Ob gut gehende Verwaltungsstelle oder nicht so gut gehende Verwaltungsstelle, wir müssen uns anstrengen, dass wir uns in den Verwaltungsstellen selbst erhalten können. Denn das ist das Höchste der Autonomie, liebe Kolleginnen und Kollegen: selbst klarkommen.

Deswegen bin ich ganz sicher, dass es da gute Lösungen geben wird. Ich habe in meinem Geschäftsbericht darauf hingewiesen, wie viel Geld wir ausgeben für Projekte. Das Geld ist für die Verwaltungsstellen. Wir haben ja auch noch weitere Projekte - ich will jetzt kein Fachchinesisch sprechen - wie Säule 1, 2 und 3, Personalentwicklung und vieles andere mehr, mit denen auch Verwaltungsstellen unter die Arme gegriffen werden kann, unabhängig von diesen Investitionsfondsprojekten. Aber wir werden nicht umhinkommen, uns mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Zum Thema Werkverträge und Leiharbeit haben Ute, Klaus, Robert, Yavuz und Karl etwas gesagt. Um die Jahrtausendwende hatten wir folgende Situation: Als ich noch als Delegierter zu Gewerkschaftstagen fuhr, hat die IG Metall, glaube ich, dreimal hintereinander beschlossen, das Verbot der Leiharbeit zu fordern, mit Macht, mit Wucht, mit guten Argumenten. Das große Problem war nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir Anfang dieses Jahrtausends feststellten, dass wir zwar das Verbot der Leiharbeit gefordert hatten, aber mittlerweile 800.000 Leiharbeiter in unseren Industrien beschäftigt waren. Es hatte keiner auf uns gehört.

Wir hätten auch weiterhin die Politik machen können, dass wir das alles furchtbar und schlimm finden. Dafür gibt es ja gute Argumente, die brauchen wir uns gegenseitig gar nicht zu erzählen. Aber gewerkschaftliche Handlungsorientierung ist doch, dann mit einer gegebenen Situation entsprechend umzugehen, und das haben wir getan. Wir haben Tarifverträge abgeschlossen, Mitglieder gewonnen und

die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter selbst in die Lage versetzt, mit den Stammbeslegschaften gemeinsam die Dinge zu organisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erst dann kam die Politik ins Spiel. Deswegen zu den Ausführungen von Karl: Wer glaubt, dass die Resolution eines Gewerkschaftstages oder die Resolution einer Gewerkschaftsversammlung nur radikal und hart genug ausfallen muss, um Eindruck auf die Politik zu machen, der irrt sich gewaltig. Das geht denen völlig am Arsch vorbei. (Beifall)

Erst in dem Maße, wie wir in der Lage gewesen sind, dieses Thema in den Betrieben anzupacken, indem wir Menschen dafür begeistert haben, unsere Position zu unterstützen, indem wir Betroffene zu Akteuren in diesem Prozess machten, wurden wir interessant für die Politik, sodass sie sich mit diesem Thema überhaupt einmal beschäftigt hat.

Das werden wir auch bei den Werkverträgen erleben, Kolleginnen und Kollegen. Wer denkt, wir hätten schon genug getan bei diesen Werkverträgen, der irrt gewaltig. Wir haben große Fortschritte gemacht; ich habe das eben erzählt. Wir haben am 24. September und 7. Oktober Aktionstage gemacht. Wir waren stolz auf das, was wir fertiggebracht haben. Aber lasst mich auch einmal als Antwort sagen: Es hätte auch ein bisschen mehr sein können. (Beifall) Das sage ich nicht im Sinne von Kritik, sondern im Sinne von Wirkung.

Wie können wir die Politik beeinflussen, sich mit diesem Thema Werkverträge zu beschäftigen? Wenn die Politik nicht den Druck verspürt, dass dies ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema ist, wenn sie nicht erkennt, dass man als Politik loost, wenn man sich dieses Themas nicht annimmt, wird nichts passieren. Das ist doch die große Frage, die wir uns stellen müssen.

Deswegen werden wir nicht entlastet, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen alle diese Themen in den Betrieben anpacken. Wir müssen dort gute Beispiele schaffen. Wir müssen zeigen, dass es geht, und wir müssen diese Themen durch unsere Aktivitäten auf die politische Tagesordnung setzen.

Es ist jetzt einige Monate her. Wir hatten ja so einen kleinen Durchhänger in der Sommerzeit beim Thema Werkverträge. Ich habe da mit einer Politikerin gesprochen - Ihr könnt Euch schon denken, wer es war -, und sie sagte mir: Weshalb soll ich denn jetzt das Thema Werkverträge so richtig scharf stellen? Das Thema ist doch gar kein Problem. Ich sagte ihr darauf: Warte mal ab, wir machen den 24. September und den 7. Oktober. Dann hast Du wieder das Problem und kannst es auch wieder bearbeiten.

Lange Rede, kurzer Sinn: Das ist der Zusammenhang, wie die Dinge funktionieren. Wir sollten uns da nichts vormachen. Leider Gottes ist dieser Weg, den ich beschreibe, der schwierigere. Der andere Weg ist der leichtere. Aber der eine Weg ist der erfolglose, und der andere ist der erfolgreiche. (Beifall)

Beim Thema Werkverträge haben wir die ersten Schritte gemacht. Wir beanspruchen die Zuständigkeit, und wir werden mit den Beschäftigten das auch realisieren in den Bereichen Kontraktlogistik, Logistikdienstleister und Facilitymanagement.

Robert hat, wenn ich es noch richtig im Kopf habe, am Beispiel von Schnellecke und BMW dieses Theater innerhalb der Gewerkschaften ja richtig beschrieben, Stichwort Gewerkschaftskonkurrenz, Tarifeinheit. Wisst Ihr, wozu diese Gewerkschaftskonkurrenz führt? Sie führt nur dazu, dass sich der Arbeitgeber die Gewerkschaft aussucht, die ihm am besten passt.

Robert und seine Kolleginnen und Kollegen und andere auch haben deutlich gemacht, dass wir die Arbeitgeber nicht aussuchen oder ablehnen lassen dürfen. Wir haben uns gemeinsam mit den Belegschaften organisiert. Wir waren tariffähig und haben große tarifpolitische Erfolge erzielt. So läuft es bei den Werkverträgen auch zukünftig. Da haben wir erst angefangen und haben noch einen ganz langen Weg vor uns.

Ute hat ein ganz schwieriges Thema aufgegriffen in dem Zusammenhang. Sie hat sinngemäß gesagt: Was machen wir jetzt mit den Werkvertragsfirmen, in denen Leiharbeiter sind, die nur den Flächengrundlohn und nicht die Branchenzuschläge bekommen, weil sie ja nicht zum Organisationsbereich der IG Metall gehören? Ja, das ist ein großes Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen sind wir dringend darauf angewiesen, dass wir unsere Anstrengungen noch einmal erhöhen und die organisationspolitischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir Flächentarifverträge zum Beispiel in der Kontraktlogistik abschließen können. Wenn das nämlich die Tarifverträge der IG Metall sind, dann würden für diese Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter auch die Branchenzuschläge gelten und wir hätten sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Das sind die wichtigen Strategien, die wir an dieser Stelle finden müssen.

Ute hat noch einen weiteren wichtigen Punkt angesprochen, nämlich dass wir mit unserem Betriebsbegriff nach dem Betriebsverfassungsgesetz, den wir heutzutage verwenden, nicht mehr weiterkommen. Wir erleben - und das ist ja auch die Grundlage unserer Werkvertragskampagne - gerade in den Großbetrieben, dass vielleicht 50 Prozent derer, die morgens durchs Werkstor gehen, gar nicht mehr bei der Firma beschäftigt sind, deren Name oben über dem Werkstor steht. Der Betriebsrat ist in

dieser Firma auch nur noch für die halbe Welt zuständig. Auch die Vertrauensleute sind ebenso wie die ganze IG Metall nur noch für die halbe Welt zuständig.

Wenn wir wieder für die ganze Welt zuständig sein wollen, müssen wir eben nicht nur unseren betriebsverfassungsrechtlichen Begriff für unsere gewerkschaftlichen Aktionen zugrunde legen. Deswegen haben wir gesagt, dass wir einen gewerkschaftlichen Betriebsbegriff benötigen, der beinhaltet, dass alle Kolleginnen und Kollegen an einem Standort, egal, in welcher Firma sie arbeiten, gemeinsam von der IG Metall wahrgenommen werden, auch wenn sie in unterschiedlichen Arbeits- oder Tarifsystemen arbeiten.

Wir müssen uns radikal umstellen und Antworten finden, wie wir diese organisatorischen Veränderungen auch gewerkschaftspolitisch gut in den Griff bekommen. Wir haben bis jetzt gute Ansatzpunkte gefunden. Wir müssen das aber verstetigen. Dann bin ich sehr optimistisch, dass wir das letztendlich auch hinbekommen.

Ich hoffe, ich habe auf alle Ausführungen geantwortet, außer auf die von Michael, der die Tarifrunde des letzten Jahres gelobt hat. Aber das lasse ich mal unkommentiert, weil es einfach richtig ist. - Danke schön. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Detlef, für Deine Erwiderung. - Bevor wir jetzt den Tagesordnungspunkt schließen, möchte ich Euch noch einmal daran erinnern, dass Ihr heute in der Mittagspause die Schilder zum Beschriften bekommen habt. Ich hoffe, Ihr habt schon etwas aufgeschrieben.

Heute Morgen habt Ihr auf Euren Plätzen auch die Resolution gefunden. Jetzt kommen wir zu der Aktion der IG Metall-Jugend. Ich möchte den Kollegen Tim Höwing bitten, dazu ans Mikro zu kommen und uns zu schildern, was die Jugend hier heute Abend noch vorhat. (Beifall)

Tim Höwing, 252

Ich habe mir gedacht, als ich nach vorne sollte, ich werde total nervös sein. Aber jetzt ist das vorbei, wo ich hier vorne stehe und sehe, wie viele Leute das T-Shirt unserer Aktion tragen und wie viele es auch tragen wollen - man sieht es Euch an - , aber nicht tragen können, weil wir nicht von allen Größen genug vorrätig hatten. Das tut mir ein bisschen leid - nein, das tut mir ganz doll leid. Wir würden uns freuen, wenn wir alle hier in diesen T-Shirts sitzen könnten. Dass das so ist, flasht mich total! Das ist so ein richtiges „Bam!“ hier vorne. (Lebhafter Beifall und Pfiffe)

Jetzt weiß ich genau, dass es vor drei Jahren der richtige Schritt war, in die IG Metall einzutreten, und ich freue mich, ein Teil dieser großen Organisation zu sein. (Beifall) Ich freue mich auch, mit der IG Metall-Jugend zu arbeiten und mich da aktiv zu beteiligen.

Jetzt haben wir uns vor dem Gewerkschaftstag als IG Metall-Jugend gefragt: Was bedeutet eigentlich Integration, und wo beginnt Integration?

Integration kommt zum einen von dem lateinischen Wort „integrare“ und bedeutet so viel wie „auffrischen“ oder „ergänzen“. In der Gesellschaft spricht man von Integration, wenn Menschen, die bisher aus unterschiedlichsten Gründen aus einer Gruppe ausgeschlossen waren, jetzt in diese mit einbezogen werden.

Wenn wir in dieser Gesellschaft von Integration sprechen, dann hören wir ganz oft Sätze wie „die müssen sich anpassen“ oder „wer hier herkommt, der muss lernen, sich zu integrieren“.

Integration ist aber nichts Abstraktes. Integration funktioniert auch nur mit einer anständigen Willkommenskultur. Wir alle, die wir hier im Raum sitzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mussten uns ebenfalls integrieren. Auch wir mussten uns in diese Gesellschaft integrieren. Es ist völlig falsch anzunehmen, jemand sei schon integriert, nur weil er oder sie hier geboren ist. (Beifall)

Wir alle mussten erst lernen, in dieser Gesellschaft Fuß zu fassen. Wir lernten zum einen die Sprache im Elternhaus, lernten das Miteinander im Kindergarten, und das Arbeiten in dieser Gesellschaft lernten wir in der Ausbildung.

In allen Lebensabschnitten konnten wir lernen, uns zu integrieren, weil uns dabei geholfen wurde. Der erste Schritt dabei war oft ein einfaches „herzlich Willkommen!“.

Menschen willkommen heißen - das ist der erste Weg zur Integration. Deshalb findet Ihr diese Schilder auf Euren Plätzen, die vorher ausgeteilt wurden und mit Eurer persönlichen Botschaft jetzt hoffentlich auch beschriftet wurden. - Diejenigen, die es noch nicht getan haben, bitte ich jetzt noch einmal, das Schild umzudrehen und auf das Schild - so wie ich - Eure persönliche Botschaft zu schreiben, was es für Euch bedeutet, willkommen zu sein.

Kommen wir zurück zu den Fakten: Die Bundesregierung spricht derzeit von bis zu 800.000 Geflüchteten, die allein im Jahre 2015 nach Deutschland kommen. Ja, das ist eine Herausforderung für die Politik und auch für unsere Zivilgesellschaft.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir als IG Metall unseren gesellschaftlichen Einfluss geltend machen und uns für folgende Forderungen stark machen:

Das ist zum einen die Sprache. Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Deshalb ist es notwendig, dass Geflüchteten ein hürdenfreier Zugang zu bezahlten Sprachkursen ermöglicht wird. Die IG Metall geht jetzt schon mit gutem Beispiel voran, zusammen mit der Organisation Teachers on the road.

Punkt zwei ist die Bildung. Bildung eröffnet Perspektiven, sichert die Zukunft und ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb ist es notwendig, dass die Voraussetzungen für den Zugang zu einer Berufsausbildung gelockert werden.

Darüber hinaus muss gewährleistet werden, dass für Geflüchtete, die in einer Berufsausbildung stecken, ein striktes Abschiebeverbot gilt. (Beifall)

Ferner müssen wir darauf hinarbeiten, dass Menschen nach der Ausbildung der gesicherte Aufenthalt nicht weggenommen wird, sondern fortbesteht. (Beifall)

Punkt drei: Die Einschränkung des Asylrechts muss aufgehoben werden. Das Recht auf Asyl ist ein Recht für jeden Menschen. (Beifall) Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht verhandelbar. (Lebhafter Beifall und Pfiffe)

Es kann keiner kommen und mir Sachen erzählen, wie es derzeit Pegida und Co probieren. Denn kein Mensch zwingt sich mit Hunderten Fremden in ein Boot, kein Mensch geht das Risiko ein, tot an einem Strand angespült zu werden - nur für ein paar Euro Taschengeld in Deutschland. (Beifall)

Darüber hinaus ist es eine unmenschliche Dreistigkeit der Bundesregierung, Länder als sichere Herkunftsstaaten zu klassifizieren, in denen Minderheiten immer noch struktureller rassistischer Verfolgung ausgesetzt sind. (Beifall) Am Rande muss man dazusagen, dass in genau diesen Ländern die Regierung wieder Bundeswehreinmärsche angeordnet hat. - So viel zu sicheren Herkunftsstaaten, liebe Bundesregierung! (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, ich sage dazu ganz deutlich: Das ist ein Armutszeugnis für die europäische Idee. Es gilt immer noch, die Ursachen von Flucht zu bekämpfen, und dafür brauchen wir eine funktionierende Friedenspolitik und keine Kriegseinsätze. (Beifall)

Wir brauchen eine echte Entwicklungshilfe und nicht eine solche Subventionspolitik, die ganze Regionen auf der Welt daran hindert, sich an nachhaltiger Entwicklung zu beteiligen.

Dass Städte in den Ländern zerstört wurden, können wir nicht mehr rückgängig machen. Wir können den Menschen auch nicht vollständig ihr Leid nehmen, das sie erfahren haben. Aber jetzt liegt es an uns, den Menschen, die ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, um Schutz zu finden, bei der Integration zu helfen, so wie es uns von Geburt an ermöglicht wurde.

Ich möchte einmal sagen: Lasst uns diese Herausforderung anpacken. Denn Menschen in Not zu helfen ist ein unverzichtbarer Akt der Solidarität. (Beifall)

Wenn ich eins gelernt habe: In der Zeit, wo ich mich jetzt gewerkschaftlich engagiere, dann ist es, dass wir das können. Ja, wir als IG Metall können das!

Es gibt uns jetzt seit fast 125 Jahren, und unsere Geschichte ist geprägt durch Migration und durch Integration. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir das doch gezeigt: Tausende von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern sind noch heute Kolleginnen und Kollegen, und gemeinsam, zusammen machen wir die unglaubliche Stärke dieser Organisation aus. (Beifall)

Unsere Ideale als Gewerkschafterin und Gewerkschafter verpflichten uns, hier zu handeln und einen großen Beitrag zu einer menschlichen Willkommenskultur zu leisten. Wir müssen einstehen für eine gerechte und solidarische Welt; denn nur das ist der Schlüssel für mehr Menschlichkeit. Und wir als IG Metall-Jugend stehen für mehr Menschlichkeit.

Jetzt bitte ich Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Schild zu nehmen und es mit der Seite „Refugees welcome“ in die Höhe zu halten und ein Zeichen zu setzen, dass Flüchtlinge willkommen sind: in der IG Metall, in Europa und auch in Deutschland.

(Die Delegierten halten Schilder in die Höhe)

- Und jetzt brauche ich einen Fotoapparat. (Lebhafter Beifall und Pfiffe)

Dann würde ich sagen, drehen wir das Schild auch einmal um und zeigen unsere persönliche Botschaft: Was bedeutet es für uns, willkommen zu sein?

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedanke ich mich recht herzlich und sage: Packen wir es an, und machen wir Deutschland ein Stück solidarischer! (Lebhafter, langanhaltender rhythmischer Beifall und Pfiffe)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Halt, stopp! Lauft nicht so weit weg! Bleibt da ruhig stehen, wenn es Euch nichts ausmacht! Ich fände es schön, wenn Ihr für den Rest des Abends da stehen bleiben könntet, (Heiterkeit) wenn das ginge. Das fände ich toll. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie vorhin schon angedeutet: Ihr hattet heute Morgen die Erklärung auf dem Tisch liegen, die Erklärung des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstags für eine solidarische Flüchtlingspolitik. Ich möchte Euch jetzt bitten, dieser Erklärung zuzustimmen, indem Ihr Euer Handzeichen gebt. - Ganz herzlichen Dank. - Ich habe einmal mitgestimmt. Ich darf es eigentlich nicht, weil ich keine Delegierte bin, aber ich möchte dieser Erklärung auch gern zustimmen. (Heiterkeit - Beifall)

(Anmerkung der Redaktion: Der Text der Erklärung „Für eine solidarische Flüchtlingspolitik“ findet sich im Anhang)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 6, Aussprache zu den Berichten.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7, Beratung der Anträge zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4, betreffend Entlastung des Vorstands und des Kontrollausschusses.

Die entsprechenden Anträge zur Entlastung des Vorstands und des Kontrollausschusses wurden heute Morgen schon vom Sprecher der Revisionskommission gestellt. Gibt es zu diesen Anträgen Eurerseits Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? Danke schön, das war einstimmig. (Beifall)

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 8, Beratung und Beschlussfassung der Anträge zu den Paragraphen 18 und 21 der Satzung. Das ist ziemlich schnell gemacht: Es gab keine Anträge. Damit ist auch der Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Ich würde Euch vorschlagen, da das wirklich ein sehr anstrengender Tag heute war, dass wir an diesem Punkt den Gewerkschaftstag unterbrechen und morgen früh um

9 Uhr weitermachen. Aber bevor Ihr jetzt den Saal verlasst, habe ich noch ein paar organisatorische Hinweise, weil heute ja der Bezirksabend ist.

Es stehen vor der Tür Busshuttles für die Hotels zur Verfügung - jetzt muss ich erst einmal genau lesen, damit ich nichts Falsches erzähle -, die weiter entfernt sind. Ihr werdet an den Bussen die Namen Eurer Hotels finden. Ich hoffe, Ihr habt sie Euch heute Morgen gemerkt. (Heiterkeit) Diese Busse werden Euch zu den Hotels bringen und auch morgen früh entsprechend - Ihr habt das in Euren Hotels sicherlich auch gesehen - wieder hier in die Halle.

Ich soll Euch bitte mitteilen, dass der Bezirksabend des Bezirks Baden-Württemberg im „Druckwasserwerk“ stattfindet. Die Abfahrt dazu ist vom Hotel um 19.30 Uhr. Die Rückfahrt wird ungefähr ab 23 Uhr im 30-minütigen Takt stattfinden - bis 1 Uhr. Hier steht nicht, was mit den Leuten passiert, die um 1 Uhr noch in dem Haus sind. Schauen wir mal!

Der Bezirk Küste ist im Orfeos Erben. Das ist ein Restaurant, das nicht weit von dem Hotel entfernt ist. Das könnt Ihr zu Fuß erreichen, hat man mir aufgeschrieben.

Die Bezirke Niedersachsen und Sachsen-Anhalt und Berlin-Brandenburg-Sachsen haben ihren Bezirksabend im Hotel. Das ist also am einfachsten zu finden.

Der Bezirk Mitte ist im Zentrum von Frankfurt und feiert im Ratskeller seinen Bezirksabend. Dazu hat man mir aufgeschrieben: Der wäre sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Der Bezirk NRW feiert im Japan-Tower. Die Abfahrt in unserem Hotel ist um 19.45 Uhr. Die Busse für Euch dorthin stehen vor der Tür abfahrtsbereit und warten. Da der Bezirk NRW eine ziemlich weite An- und Abfahrt auch zu diesen Kongressräumen hat, hat mir der Knut versprochen, heute Abend eine Extrarunde für seine Delegierten auszugeben. (Heiterkeit - Beifall - Pfiffe)

Ich wünsche Euch einen schönen, interessanten Bezirksabend.

Ich unterbreche den Kongress bis morgen früh, 9 Uhr. (Vereinzelt Beifall)

Ende des 1. Kongresstages: 18.16 Uhr

Anhang zum 1. Kongresstag:

Erklärung
des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall
„Für eine solidarische Flüchtlingspolitik“

Die Delegierten des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstages beschließen:

Hunderttausende Flüchtlinge suchen bei uns Schutz vor Krieg, Vertreibung und Armut. Dank des hohen Engagements der Bevölkerung und ihrer bemerkenswerten Hilfsbereitschaft gelingt es bisher, die Aufnahme der Flüchtlinge – trotz zahlreicher praktischer Hindernisse und Schwierigkeiten – zu meistern.

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise und auch der menschenwürdige Umgang mit den Flüchtlingen werden zu einem Prüfstein für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie.

Wir sind überzeugt, dass die Gesellschaft diese Herausforderungen meistern kann, aber nur, wenn alle Verantwortung übernehmen und an einem Strang ziehen. Hierbei sehen wir vor allem folgende Aufgaben:

- **Europa** muss endlich zu einer gemeinsamen und solidarischen Migrations- und Flüchtlingspolitik finden. Die EU muss sich als eine Wertegemeinschaft beweisen und auf die Einhaltung ihrer Grundrechtecharta drängen. Und sie braucht eine gemeinsame Außenpolitik, die darauf zielt, endlich die Ursachen von Flucht und Vertreibung anzugehen. Dringend erforderlich sind eine drastische Ausweitung der humanitären Anstrengungen sowie wirksame Hilfen in den Krisenregionen unter dem Dach der UNO.
- **Bund und Länder** müssen ihre Anstrengungen vergrößern, sowohl in der Bereitstellung der erforderlichen finanziellen und logistischen Ressourcen wie auch in der Sicherstellung einer zügigen und fairen Bearbeitung der Asylanträge.
- Die **Kommunen**, die zurzeit die Hauptlast tragen, müssen zügig entlastet und unterstützt werden. Das gilt kurz-, mittel- und langfristig vor allem für die Bereitstellung von wintertauglichen Unterkünften, einer ausreichenden medizinischen Versorgung sowie für Schul-, Bildungs- und Qualifizierungsangebote.
- Die Bevölkerung hat in den letzten Wochen und Monaten eine weltweit beachtete Solidarität und Hilfsbereitschaft unter Beweis gestellt. Das **ehrenamtliche Engagement** der Bürgerinnen und Bürger muss besser unterstützt und koordiniert werden.

- Um das Asylsystem zu entlasten, brauchen wir weitere legale Zuwanderungswege. Deshalb brauchen wir endlich ein **Einwanderungsgesetz**.

Entschieden gegen Rechtspopulismus

Neben der großen Hilfsbereitschaft gibt es auch besorgniserregende Entwicklungen. Die Zahl fremdenfeindlicher Angriffe steigt kontinuierlich. PEGIDA und AfD haben wieder Zulauf. Die Sorgen und Ängste vieler Menschen werden instrumentalisiert, um eine auf Abschreckung zielende Zuwanderungs- und Außenpolitik durchzusetzen. Landesregierungen verlangen „Notwehrmaßnahmen“ vom Bund, es werden Forderungen nach Schließung der Grenzen oder der Einrichtung von Transitzonen laut. Wir halten dies für keine geeigneten Maßnahmen. Ein Europa der geschlossenen Grenzen lehnen wir ab. Alle demokratischen Kräfte müssen sich entschieden gegen Rechtspopulismus, Ressentiments und Gewalt stellen sowie gegen alle Versuche, die Flüchtlingskrise zu instrumentalisieren.

Aufenthalt, Bildung und Arbeit

Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive sind ein sicherer Aufenthaltsstatus und ein schneller Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt. In keinem Fall darf dies jedoch zu Lohndumping oder zu Eingriffen in geltende tarifliche und gesetzliche Regelungen zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führen. Manche Arbeitgeber versuchen die Gunst der Stunde zu nutzen, um unliebsame Regulierungen im Arbeitsmarkt wieder zurück zu drehen. Wir dagegen sagen klar: Eine Aufweichung des Mindestlohns ist mit uns nicht zu machen!

Die Leitlinie muss sein, Perspektiven und Sicherheit am Arbeitsmarkt für alle zu schaffen – Flüchtlinge, Beschäftigte und Erwerbslose. Die Flüchtlingspolitik darf nicht zu einer Verdrängung zulasten einkommensschwacher Schichten führen!

Die IG Metall übernimmt Verantwortung

Die Ermöglichung von Integration und Teilhabe der Flüchtlinge stellt unsere Gesellschaft und ganz Europa vor große Herausforderungen. Diese Herausforderungen werden nicht von heute auf morgen gelöst werden. Ihnen stellen wir uns auch als IG Metall.

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit! Das sind unsere Werte seit nunmehr 125 Jahren. Aus diesen Werten resultiert eine Haltung des Respekts, der Anerkennung und Würde gegenüber Fremden, die vielleicht morgen Mitbürger und Kollegen sein werden! In dieser Tradition werden wir unseren Beitrag leisten und uns aktiv für eine solidarische und nachhaltige Flüchtlings- und Integrationspolitik einsetzen.

Frankfurt am Main, Montag, 19. Oktober 2015